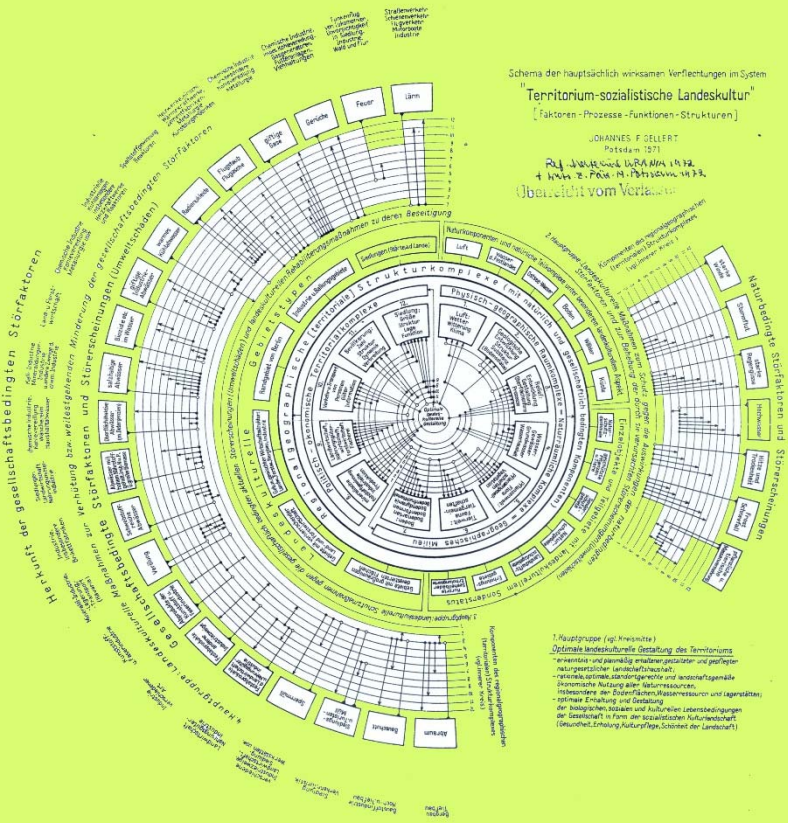
Studienarchiv Umweltgeschichte

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. an der Hochschule Neubrandenburg

ISSN 0949-7366 • www.iugr.net **Nr. 23 (2018)**



Vom Acker übers Jagdgebiet bis hin zum Vogelparadies • Ein Besuch bei den Ivenacker Eichen • „Natur“ – eine essayistische Betrachtung • „Heimat“ in den Landschaftswissenschaften • Territorialökonomische Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie Berlin • Kontinuität von Leitbildern räumlicher Entwicklung in der Entstehungsphase der Territorialplanung der DDR • Aus dem IUGR e. V. • Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte • Zugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte • Neue Bücher

Ein herzliches Dankeschön!

den zahlreichen **Spendern und Spenderinnen**, die Herstellung und Versand des Heftes und die Arbeit des Studienarchivs unterstützten! (Zeitraum: 17.8.2017–16.8.2018):
Albrecht, Baier, Bauer, Behrens, Bimboes, Brenning, C. Schopplich, Czerny, Damm, Deglmann, Dehne, Delling, Eckert, Eissing, Eschke, Gelbrich, Gomolka, Grünwald, Hiller, Hoffmann, Kaether, Kintzel, Könker, Kresse, Kullmann, Landesverband Sachsen Anhalt, Lehmann, Lehrkamp, Loesel, LPB Böhnert, Mohr, Mösch, Nedon, Ortmann, Pries, Reichhoff, S. Schopplich, Scheufler, Schikora, Sohler, Sohns, Tammer, Uhlig, Vetter, Volkmann, von Knorre, Wallaschek, Wegener, Wenck, Wohlgemuth, Ziebarth, Ziegler, Ziese, Zimdahl, Zuppke, AK Melioration und AK Wasserwirtschaft.

Ihre Spende ist herzlich willkommen !

Durch Ihre Unterstützung sichern Sie Herstellung und Versand der Zeitschrift.

Spenden bitte einzahlen unter dem Stichwort „**Studienarchiv**“ auf
Sparkasse Neubrandenburg-Demmin,
IBAN: DE21150502000301013837
BIC: NOLADE21NBS
Das IUGR e. V. ist berechtigt, Spendenquittungen auszustellen.

Studienarchiv Umweltgeschichte Nr. 23 (2018) im Internet: www. iugr.net

Impressum:
Studienarchiv Umweltgeschichte ● ISSN 0949-7366 ● Nr. 23 (2018)
Herausgeber: IUGR e. V. ● Redaktionsanschrift: IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395 5693-8201 oder -4500 ● Redaktion: Hermann Behrens & Jens Hoffmann ● V.i.S.d.P.: Hermann Behrens, Peckatel 38, 17237 Klein Vielen ● Druck: Steffen-Media, Friedland ● Auflage: 600 ● Erscheinungsweise: Einmal im Jahr ● Nachdruck: Kleinere Auszüge mit Quellenangabe, größere Auszüge nach Rücksprache mit der Redaktion oder dem/der jeweiligen Autor/in ● Die Redaktion lädt zur Mitarbeit ein. ● Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Abbildung Titelseite: Johannes F. Gellert: Grafik „Schema der hauptsächlich wirksamen Verflechtungen im System ‚Territorium-sozialistische Landeskultur‘. [Faktoren – Prozesse – Funktionen – Strukturen]“. StUG 016–1, Bestand J. F. Gellert.

Wasservogelreservat Wallnau – Vom Acker übers Jagdgebiet bis hin zum Vogelparadies

Marieke Müller

Einleitung

Die Natur auf einer flächenmäßig sehr begrenzten Insel zu schützen, gestaltet sich als schwierig, ganz besonders auf der Insel Fehmarn, da diese durch die Landwirtschaft und den Tourismus schon seit Langem von anthropogenen Einflüssen verändert wurde. Gerade in solch einer Kulturlandschaft ist es oft von Nöten, die Natur nicht zu konservieren, wie es im frühen Naturschutz üblich war, sondern sie von Menschenhand zu gestalten und an die Bedürfnisse von Flora und Fauna anzupassen. Das Wasservogelreservat Wallnau bietet genau dies auf 297 Hektar. Dank der Nutzung des Areals ist ein sicheres Refugium für Flora und Fauna, auch in Zusammenarbeit mit dem Tourismus, entstanden. Die größte Bedeutung hat das Gebiet für die Vögel, denen ein Brutplatz und Rastmöglichkeit geboten wird, sodass sich etwa die Hälfte aller 500 europäischen Vogelarten schon einmal im Gebiet eingefunden hat (Anders 2013: 3).

Im folgenden Bericht geht es um das Reservat und dessen Entwicklungsgeschichte beginnend mit der morphologischen Entstehung des Gebiets mit Hilfe der Ausgleichsküste. Anschließend wird auf die Geschichte der anthropogenen Gestaltung und Nutzung des

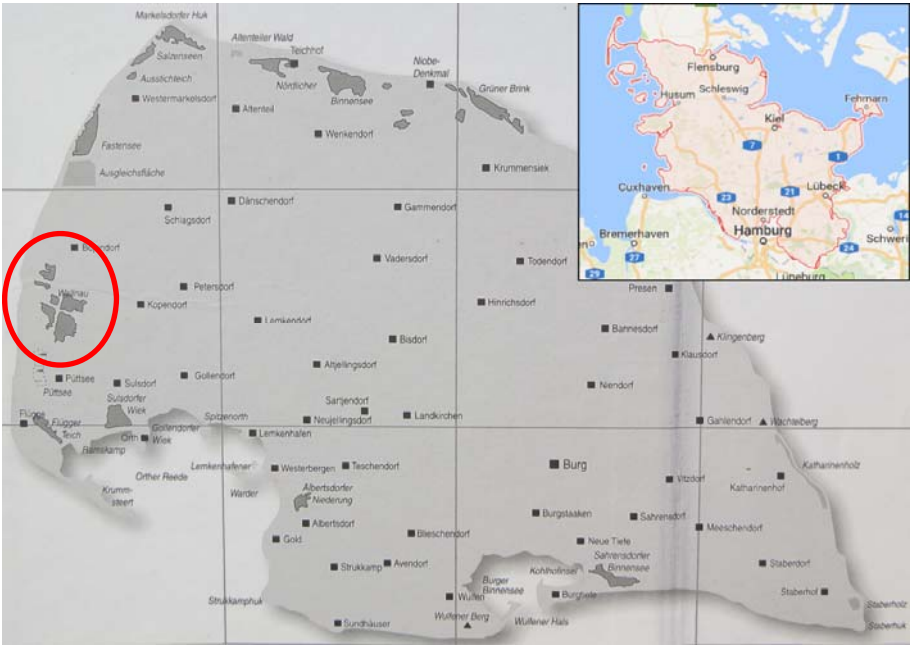


Abb. 1: Lage des Wasservogelreservat Wallnau (im roten Kreis) auf der Insel Fehmarn (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 1) und Lage Fehmarns in Schleswig-Holstein (Google Maps).

Areals eingegangen. Danach geht es um die Entwicklung seit der Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet und die daraus resultierenden Aufgaben und Herausforderungen in Bezug auf den herrschenden Tourismus auf der Insel. Zum Schluss wird auf die Naturschutzgeschichte der gesamten Insel Fehmarn eingegangen und es werden die durch die Vergangenheit entstandenen Probleme und Defizite im Naturschutz erläutert.

Lage und Entstehung des Wasservogelreservats

Das Wasservogelreservat liegt im Südwesten der Ostseeinsel Fehmarn, welche mit einer Größe von ca. 158 km² die größte Insel Schleswig-Holsteins ist. Sie befindet sich zwischen der Kieler und der Mecklenburger Bucht und ist durch den 1,2 km breiten Fehmarnsund vom Festland getrennt ist (*siehe Abb. 1*) (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 9; Schmidt 2016: 1).

Das heutige Naturschutzgebiet Wallnau befand sich um 1300 in einer Bucht der Ostsee und wurde nur durch einen Nehrungs- bzw. Strandhaken vom offenen Meer getrennt. Durch die Meeresströmung wurde im Norden der Insel Material abgetragen und lagerte sich an der Nehrung an, bis diese schließlich um 1700 die Geestinsel Flügge erreichte.

Daraus bildete sich anschließend auch der Nehrungshaken von Flügge, der sogenannte Krummsteert. Durch die *Abbildung 2* wird diese Entwicklung dargestellt (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 9; Jürgens, Mittendorf, Packschies & Schindler 1995: 8, 9).

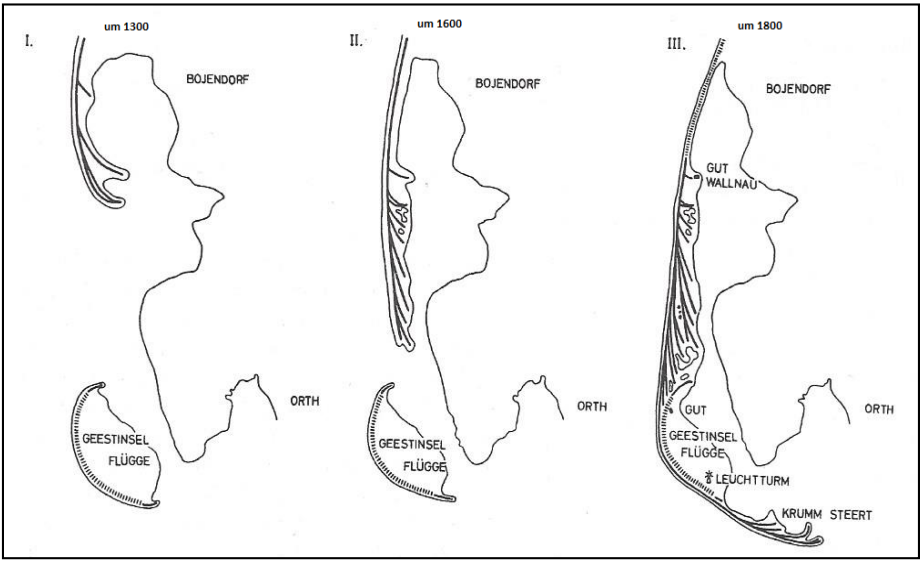


Abb. 2: Küstenmorphologische Entwicklung der Südwestseite Fehmarns von 1300 bis 1800 (Köster 1955: 10).

Nutzungsgeschichte

Bis das Gebiet 1975 vom Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV) gekauft wurde, hatte die Fläche schon einige Veränderungen und eine bewegte Geschichte hinter sich gebracht.

In Aufzeichnungen aus dem Jahre 1825 ist auf den Karten von Fehmarn an der Stelle von Wallnau lediglich ein durch einen Strandwall vom Meer getrennter Brachwassersee zu finden (*siehe Abb. 3*). Dieses änderte sich im Jahre 1866 mit der Fertigstellung des Deiches. Dieser wurde vom Ingenieur Gustav Heinrich Adolf Kröhnke errichtet, welcher das Gebiet (ca. 500 Hektar) ein Jahr zuvor erwarb, um es trocken zu legen und für den Getreideanbau zu nutzen (*siehe Abb. 3*) (Carstens, Dürkop, Friebel & Stolze 1986: 7).

Abb. 3: Zustand Wallnaus nach der Trockenlegung (Jürgens et al. 1995: 9).

Dank der letzten Eiszeit besteht Fehmarns Untergrund zu großen Teilen aus dem Bodentyp Gley, welcher einer der fruchtbarsten Böden in ganz Deutschland ist (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 9). Aus diesem Grund war die Landwirtschaft auf Fehmarn sehr lohnenswert, weshalb die Insel schon um 1500 als Kornkammer der Hansestadt Lübeck galt (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 16).

Die Flächen Wallnaus befanden sich seit jeher einen Meter unter dem Meeresspiegel und wurden/werden lediglich durch den Deich vom Salzwassereinfluss der Ostsee getrennt, was bereits in der Vergangenheit zu Problemen führte. Da es im Herbst an der Ostseeküste zu vielen Sturmfluten kam (und nach wie vorkommt), machte dies das Wirtschaften auf dem Areal äußerst schwierig.

Am 13. November 1872 kam es zu einer verheerenden Sturmflut, bei der der komplette Deich unterspült und zerstört wurde. Infolge dessen wurde das Gebiet überflutet, wobei 80 Rinder ums Leben kamen und das Land unbrauchbar wurde. Daraufhin betrieb Kröhnke nur noch Viehzucht, obwohl von 1876 bis 1878 der Deich erneuert wurde.

Trotz alledem verkaufte er das Land 1896 an die Familie Franck, welche in dem Gebiet eine Fischzucht formen wollte. Mit Dämmen und Gräben unterteilte die Familie die Flächen und überflutete diese mit dem Wasser aus der Kopendorfer Au, welche im Norden vom Gut Wallnau verläuft.

Gespeist wurde die Kopendorfer Au von den Ackerflächen um sie herum. Durch diese Maßnahmen entstanden mehrere Teichanlagen mit einer Wasserfläche von 320 Hektar, welche in *Abb. 4* zu sehen sind. Im Jahre 1908 war die Zucht mit Karpfen und Schleien bereits zu der größten in ganz Schleswig-Holstein geworden (Carstens, Dürkop, Friebel, Stolze 1986: 7; Anders 2013: 5 und Franck 2013: 33). Um die Fische aus den nur ca. 0,5 m tiefen Teichen zu bekommen, leitete die Familie das zuvor aus der Kopendorfer Au gewonnene Wasser wieder in diese ein, um die Teiche zu leeren (Giesecke 1910: 3). Auf Grund dieses Vorgehens wurde die Familie von den Dorfbewohnern aus Kopendorf

verklagt, da diese fürchteten, sie könnte zum falschen Zeitpunkt zu viel Wasser in die Au ableiten und somit eine Überschwemmung im Dorf herbeiführen. Eine Wasserlösungskommission stimmte den Dorfbewohnern zu, verwies jedoch auf ein Schreiben aus dem Jahre 1866, indem der Gutsbesitzer allein über die zeitliche Planung der Wasserwirtschaft des Gebiets bestimmen darf und die Dorfbewohner somit die Entscheidungen der Familie Franck akzeptieren müssen (Der Kreisausschuss des Kreises Oldenburg 1913: 1–6).

Neben der Fischzucht wurde später ebenfalls mit Reet gehandelt. Das Reet und die Fische wurden mit Pferd und Wagen an den Hafen nach Orth transportiert, um dann mit dem Schiff aufs Festland und schließlich mit der Eisenbahn nach Lübeck, Kiel oder Hamburg gebracht zu werden.

In einer Wertermittlung des Guts Wallnau aus dem Jahre 1910 kommt der Prüfer auf einen Gesamtwert, aus Boden und Anlagewert sowie dem Nutzwert der Teichwirtschaft, von 2.003.950 Reichsmark, mit einer Wasserfläche von 297 Hektar (Giesecke 1910: 10, 14). In dem Schreiben schwärmt er von den nahrungsreichen Gewässern und den großen Zuchterfolgen: „Karpfen und Schleie wachsen nicht nur gut ab, sondern auch die Brutaufzucht ist bisher dort mit grossem Erfolge betrieben. [...] Es gibt wohl selten Teichanlagen mit derartigen Massen von Naturnahrung“ (Giesecke 1910: 4, 5).

Abb. 4: Zustand Wallnaus nach dem Anlegen der Fischteiche (Jürgens et al. 1995: 9).

Zu diesem Zeitpunkt wurde Wallnau auch als das beste Wasservogeljagdgebiet Deutschlands bezeichnet. Außerdem war es ein hervorragendes Habitat für Amphibien (Giesecke 1910: 8). Die Besitzer Willy und Emil Franck waren Jäger und schützten durch das Abschießen von Wasservögeln ihren Bestand. Das Gebiet war durch die vielen Wasser- und Schilfflächen und das große Nahrungsangebot zu einem beliebten Brutgebiet für Wasservögel geworden. Die dokumentierten Abschusszahlen eines Julitages von 1908 zeigen den Vogelreichtum von Wallnau zu dieser Zeit: Es wurden 200 Blässrallen, 150 Löffel-, 120 Stock-, 20 Spießenten, insgesamt 60–70 Hauben-, Rothals- und Schwarzhalstaucher, einige Gänse und zwei Rohrweihen erlegt. Zu dieser Zeit wurden jährlich etwa zwei- bis dreitausend Enten geschossen (Carstens, Dürkop, Friebel & Stolze 1986: 7; Franck 2013: 41), wodurch folgender Satz an Wahrheit gewann: „An manchen Tagen war auf dem Teichgut die Hölle los. Gewehrsalven verbreiteten ohrenbetäubenden Lärm, und die Luft war von Pulverschwaden durchzogen“ (Zitat aus Carstens, Dürkop, Friebel & Stolze 1986: 7, 8). Trotz der hohen Schusszahlen bemühten sich die Francks um den Naturschutz. Sie versuchten das Abschießen der damals seltenen Graugänse zu verhindern und schützten sie vor Störungen. Außerdem versuchten sie, das damals in den Dörfern übliche Eiersammeln zu unterbinden. Des Weiteren waren sie stets an den Besuchen von Ornithologen erfreut und gewährten diesen gerne Eintritt.

Im Jahre 1913 wurde das Gebiet, wie schon einige Jahre zuvor, erneut von einer schweren Sturmflut getroffen, welche das Gebiet verkleinerte. In den Vogelbestandsschätzungen aus dem Jahre 1919 wurde bereits deutlich, dass die Jagd, trotz einiger Bemühungen der Francks, die in dem Gebiet einzigartige Vogelwelt massiv beschädigt hatte (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 25 f.).

In den 1920er Jahren schrumpfte das Gebiet aufgrund einer Erbteilung weiter. Die Teichwirtschaft blieb in dieser Zeit bestehen, jedoch in einem kleineren Rahmen. Da somit weniger Ertrag erzielt wurde, nutzte man die Pferdezucht und die Jagd auf Vögel weiter als Nebenerwerb (*siehe Abb. 5*) (Anders 2013: 5; Giesecke 1910: 8).

Das Gut wurde 1933 an den Sohn Bruno Franck verkauft, welcher das Gebiet 30 Jahre lang weiter bewirtschaftete. Dies fiel ihm jedoch durch Gebietsverluste und Bodenreformen nicht leicht, bis er es schließlich, auf Grund von Krankheit, an Ewald Albert weiterverkaufte. Die Fläche des Guts betrug nun nur noch 210 Hektar (Franck 2013: 31–33).

Der neue Besitzer stellte die Teichbewirtschaftung ein und legte alle Teiche, bis auf einen, für welchen Angellizenzen erworben werden konnten, trocken. Das Gebiet wurde zu einer Art Campingplatz für Touristen. Besonders ab 1963, nach dem Bau der Fehmarnsundbrücke, wurde das Touristenproblem auf Fehmarn immer größer. Wegen

Abb. 5: Aufnahme von Jägern samt Beute im Gebiet von Wallnau um 1920 (Blohm 1921: 6).

Strecke bis zum Frühstück.
Nach einer Aufnahme vom Verfasser.

Spaziergängern und Campern erreichten die Zahlen der Brutvögel und Durchzügler ihren Tiefpunkt. Aus Sorge um das Areal wandten sich Naturschützer an die Landesregierung, um die Verhältnisse zu ändern. Die Regierung erwirkte jedoch lediglich das Aufstellen von Verbotsschildern.

Im Frühjahr 1975 bot sich eine Chance für die Naturschützer. Ein Makler bot das Gebiet für einen Preis von 1.356.000 Mark zum Verkauf an. Daraufhin begann der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV), genügend Geld zu beschaffen, um das Gebiet zu erwerben. Dies war erst seit kurzem machbar, da es 1973 im amtlichen Naturschutz zu einer Besonderheit in Schleswig-Holstein kam. Es war nun möglich, die Pflege und Überwachung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten an Vereine zu übertragen. Durch diese Änderung kam es zu einem rasanten Anstieg an Naturschutzgebieten im Bundesland. Bereits 1980 gab es 93 Naturschutzgebiete, von denen die deutliche Mehrheit von Vereinen verwaltet wurde.

Da der Kaufpreis für Wallnau für den DBV alleine nicht zu bewältigen war, baten sie um staatliche Unterstützung. Diesbezüglich wurde von Prof. Wolfgang Erz ein Gutachten über die Schutzwürdigkeit des Gebiets erstellt. Das Gutachten von 1975 stellte fest, dass auf den Flächen 50 Brutvogelarten vorkommen, von denen 40 an Wasser- und Feuchtgebiete gebunden sind und 20 sich auf der Roten Liste der gefährdeten Arten befinden. Bezogen auf die geringe Größe war Wallnau eine der bedeutendsten Wasservogellebensstätten in Norddeutschland. Die große Bedeutung für die Vogelwelt hat Wallnau ebenfalls aufgrund seiner Lage als Bindeglied auf dem Landzugweg der Vögel zwischen Skandinavien und Deutschland erlangt. Des Weiteren entstand die Artenvielfalt, da das Gebiet aus einer Vielzahl verschiedener Lebensräume, wie Wasser- und Schilfflächen, Grünland, Trockenrasen, Deichflächen, Standwälle und Feuchtwiesen besteht. Aufgrund der hohen Konzentration an Amphibien, der drohenden Verbuschung/Verschilfung des Areals ohne richtige Pflege sowie der Gefahr der Zerstörung durch Touristen war der Ankauf notwendig, um die Vielfalt zu retten.

Da Prof. Erz nun selbst begeistert von Wallnau war, legte er den finanziellen Grundstock mit 200.000 DM aus Mitteln der Zoologischen Gesellschaft von 1885. Als die Landesgesellschaft Schleswig-Holstein für die Zwischenfinanzierung gewonnen wurde, konnte am 28.11.1975 der Vertrag über die ausgehandelte Summe von 1.000.000 DM unterzeichnet werden. Durch die bis dahin größte Spendenaktion im Naturschutzbereich wurden mit der Aktion „Wir und die Vögel“ in einem Jahr 500.000 DM gesammelt. Am 2. Februar 1977 kam es dann zum amtlichen Eintrag des Besitzes zu zwei Dritteln an den DBV und zu einem Drittel an den Kreis Ostholstein. Zu diesem Zeitpunkt war dies einer der größten Flächenankäufe im privaten Naturschutz und setzte neue Maßstäbe im deutschlandweiten Naturschutz. Zehn Monate später wurde das Gebiet mit einer Größe von 297 Hektar offiziell zum Naturschutzgebiet erklärt (Carstens, Dürkop, Friebel & Stolze 1986: 9, 10 und Anders 2013: 11, 12).

Wallnau seit der Unterschutzstellung

Durch die starke anthropogene Prägung des Gebiets wollte man die Grundstruktur erhalten und weiter durch Pflegemaßnahmen anpassen, nach einem Vorbild aus Großbritanni-

en. Die neue gestaltende Art des Naturschutzes entwickelte die englische „Organisation Royal Society for Protection of Birds“ (RSPB). Man entfernte sich vom traditionellen und bis dahin praktizierten Naturschutz des Konservierens und schloss den Menschen und die Nutzung in dem neuen System nicht mehr aus. In dem neuen Konzept ging es nun um Biotoppflege und das Management von Gebieten. Diese Praktik sollte nun auch in Wallnau durchgeführt werden, um die Nutzung zu erhalten und die in den letzten Jahren durch die Jagd und den unkontrollierten Tourismus zugefügten Schäden zu beseitigen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden zusammen mit Vertretern des RSPB und deutschen Kollegen die Voraussetzungen für ein Biotopmanagement geschaffen. Dabei ging es hauptsächlich um die Aufnahme und Erfassung des gesamten Gebietes mit dem Ziel, sinnhafte Konzepte zur Erhöhung der Artenzahlen zu entwickeln. In den nächsten Jahren wurden viele Umbaumaßnahmen umgesetzt, die wichtigste war der Ausbau und die Instandsetzung des Kanalsystems. Seither können die Wasserstände sämtlicher Teiche exakt geregelt werden, um z. B. Ebbe und Flut zu simulieren oder das Wasser mit Sauerstoff anzureichern. Außerdem wurden die Uferlinien der Teiche verändert, weitere Inseln als Brut- oder Rastmöglichkeit geschaffen und über fünf Zentner Jungfische in die Teiche eingesetzt, um die fischfressenden Vögel zu versorgen (Willner 2010: 4; Carstens, Dürkop, Friebel & Stolze 1986: 20 f.). Um den Bedürfnissen von bspw. Graugänsen nachzukommen, die lediglich kurzes, frisches Gras fressen, wurden die Weideflächen mit über 150 Schafen beweidet. Diese sorgten dafür, dass von jenem kurzen Gras ausreichend vorhanden war. Gleichzeitig wurden einige Weiden gemäht, um daraus Heu für die Schafe im Winter zu gewinnen. Außerdem wurden Flachwasserteiche und Gräben angelegt, um den Lebensraum für die charakteristischen Amphibien wie Wechselkröte, Kreuzkröte, Rotbauchunke, Moorfrosch und weitere Grünfrosche zu verbessern. Im Süden des Gebiets, in der Strandwallzone, wurden die Waldbestände, welche hauptsächlich aus Nadelhölzern bestanden, zu einem standortgerechten Laubholzbestand umgebaut. Ackerbau mit Getreide und Hackfrüchten wurde ebenfalls betrieben, jedoch nur auf ca. 6,3 Hektar im Osten des Reservates. Mit diesem Anbau sollte ein Wildacker für Gänse und Enten geschaffen werden, was jedoch nur einige Jahre aufrechterhalten wurde (Carstens, Dürkop, Friebel & Stolze 1986: 22).

Wichtig war dem DBV, neben der Schaffung und des Schutzes eines idealen Reservates für Vögel und andere Tiere und Pflanzen, auch die Bildung und Sensibilisierung der Menschen für die Natur. Aus diesem Grund wurde das alte Gutshaus zu einem Informationszentrum umgebaut.

Direkt hinter dem Gutshaus und im späteren Verlauf des Gebiets legte man ein paar künstliche Süßwasserteiche an. Sie hatten Vorbildfunktion und sollten zeigen, dass mit Kleinteichen ein Stück Natur in der Kulturlandschaft erhalten bleiben und entstehen kann. Sie wurden mit den typischen einheimischen Süßwasserpflanzen bepflanzt und somit zu einem Lebensraum für Insekten, Pflanzen und Amphibien. Das Prinzip des einfachen Biotopbaus sollte die Besucher zum Nachbauen anregen und anschaulich die Flora und Fauna von Sümpfen und Teichen darstellen.

Um den Besuchern die Natur nahe zu bringen, ohne diese zu stören, wurde ein Lehrpfad angelegt. Dieser lenkt die Touristen durch die Natur, ohne ihr zu schaden. Die Gäste kommen an zahlreichen Schautafeln vorbei, die beispielsweise Informationen zum The-

ma Vogelzug oder Amphibien enthalten. An verschiedenen Stationen können sie etwas über die Vögel oder die Art und Weise des Naturschutzes in Wallnau lernen und dies direkt erleben. An den Teichen wurden mehrere „Hides“, also Beobachtungshütten, gebaut, von denen aus die Betrachter die Vögel beobachten können, ohne von diesen wahrgenommen zu werden. Dadurch ist die Distanz zwischen Mensch und Wildvogel äußerst gering und die Touristen können das Verhalten der Vögel sehr gut beobachten. Im Süden des Besucherbereichs befindet sich ein 15 Meter hoher Turm, von dem aus das restliche Gebiet Wallnaus überblickt werden kann (*siehe Abb. 6*). Bis auf den Bereich für die Gäste ist das restliche Land in der Brutzeit nicht zugänglich und auch im Winter dürfen nur Mitarbeiter des Naturschutzgebietes in diese Bereiche vordringen. Durch diese Kombination aus ‚Natur erleben und schützen‘ ist Wallnau ein gutes Bespiel für die Integration des Menschen in den Naturschutz (Carstens, Dürkop, Friebel & Stolze 1986: 27–31).

Auf Grund einer erfolgreichen Betreuung des Gebiets über die Jahre hinweg wurde dem DBV im Jahre 1989 auch das Naturschutzgebiet „Grüner Brink“ im Norden der Insel mit einer Fläche von 134 Hektar zugeteilt. Des Weiteren kam ebenso die Betreuung des Naturschutzgebietes „Krumsteert/Sulsdorfer Wiek“ im Südwesten der Insel im Jahre 1980 hinzu, mit einer Fläche von 298 Hektar (Jürgens, Mittendorf, Packschies & Schindler 1995: 52, 24). 1990 wurde der DBV in den „Naturschutzbund Deutschland“ (NABU) umbenannt, was jedoch nichts an den Zielen und Grundsätzen des Vereins veränderte.

In den Jahren 2002 bis 2004 kam es zu einem Umbau des Gutshauses, der alten Werkstätten und des kleinen Hauses. Außerdem sollte eine dauerhafte Ausstellung entstehen und der Lehrpfad erneuert werden. Ziel dieser Maßnahmen war es, die Umweltbildung noch weiter auszubauen, Wallnau zu einem Lernort für Schulklassen zu machen und mehr Platz für freiwillige Helfer zu schaffen.

Um dies zu erreichen, sollte das Wasservogelreservat Wallnau in das Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schleswig-Holstein“ eingebunden werden. Mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und der Europäischen Union wurden dann im Jahre 2004 alle Erneuerungen erreicht und das neue Wasservogelreservat eröffnet. Seitdem gibt es unter anderem eine sanierte Wohnung für den jeweiligen Gebietsverwalter, damit die ganzjährige Betreuung gewährleistet ist, und neue Werkstätten für die Verarbeitung von Holz und Metall.

Darüber hinaus entstand ein kleines Haus für bis zu 12 freiwillige Helfer, das Gutshaus wurde für weitere Mitarbeiter saniert sowie eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach installiert. Der Besuchereingang des Gutshauses wurde entsprechend einer Ansicht von 1915 gestaltet, um die Geschichte des Hauses zu bewahren. Im unteren Bereich des Gutshauses entstand ein Besucherbereich mit einem Shop und Café. Von diesem Bereich beginnt auch der Eingang in die neue Ausstellung mit dem Titel „Ein Traum vom Fliegen“, welche sich mit dem Thema des Vogelzugs befasst. Das Thema Vogelzug fasziniert die Menschen schon sehr lange, und die Ausstellung soll diese Faszination auch auf die Besucher übertragen. Es werden die Notwendigkeit und Probleme des Vogelzugs, welche sich aus den anthropogenen Veränderungen in der Welt ergeben, anschaulich dargestellt und die Besucher werden auf spielerische Art und Weise informiert und zum Nachdenken angeregt.

Abb. 6: Das Wasservogelreservat Wallnau aus der Vogelperspektive (Müller 2012).

Da das Reservat auf dem Prinzip der Wasserwirtschaft basiert, entstand ein Wasserwirtschaftsmodell, welches die Teiche und Gräben sowie das Pumpensystem zeigt und von den Besuchern selbst gesteuert werden kann. Der gesamte Besucherbereich im Haus und der Lehrpfad wurden behindertengerecht gestaltet. Außerdem wurde ein Konzept zur besseren Öffentlichkeitsarbeit ausgearbeitet, um den Natur-Tourismus zu fördern und mehr Besucher nach Wallnau zu bringen. Auch die Fehmaraner sollten nach Wallnau gebracht werden, denn durch die starke Prägung der konventionellen Landwirtschaft herrscht auf der Insel große Skepsis gegenüber Naturschutz und Naturschutzmaßnahmen (Siegert 2005: 1–17). Aus diesem Grund kam es im Juli 2004 auch zu Protesten bei der Neueröffnung Wallnaus. Diese richteten sich hauptsächlich gegen das Konzept von Natura 2000, da die Bewohner befürchteten, von ihrem eigenen Land ausgeschlossen zu werden (Rochell 2004: 2). Durch Veranstaltungen und ein transparenteres Konzept sollen die Einheimischen mehr in das Thema Naturschutz integriert werden und die Skepsis verlieren, denn Wallnau bietet einen Anziehungspunkt für Touristen, wovon die Wirtschaft ganz Fehmarns profitiert (Siegert 2005: 18). Dass dieses Konzept funktioniert und Wallnau eine gute Mischung aus Information und Unterhaltung für die Besucher bietet, beweisen die jährlichen Besucherzahlen von 30.000 pro Jahr (Siegert 2005: 15).

Seit dem Umbau gilt das Wasservogelreservat Wallnau als größtes Naturschutzzentrum an der deutschen Ostseeküste (Willner 2010: 3). Vor ein paar Jahren wurden die für die Beweidung zuständigen Schafe durch Galloway-Rinder und Konik-Pferde ersetzt. Durch den Verkauf der Tiere und das Fleisch der Rinder wird der Erhalt des Reservates mitfinanziert (Nabu o. J.).

Die Vogelwelt im Reservat wird durch regelmäßige Zählungen kontrolliert und beobachtet. Außerdem werden wissenschaftliche Untersuchungen im Bereich der Flora und Fauna im Gebiet durchgeführt (Willner 2010: 3).

Das oberste „Ziel des NABU-Wasservogelreservats ist es, ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge“ zu vermitteln und durch gezieltes Erhalten und Entwickeln der verschiedenen Lebensräume einen idealen Lebensraum für Flora und Fauna zu schaffen und diese für die Besucher sichtbar zu machen (Nabu 2016).

Situation des Naturschutzes auf Fehmarn

In der Geschichte von Fehmarn taucht der Naturschutz erstmalig mit dem Erwerb von Wallnau durch den DBV auf. Bedingt durch die im Bericht bereits erwähnten ausgezeichneten Böden der Insel stand die Landwirtschaft immer im Fokus der Bevölkerung. Eine weitere gute Voraussetzung für ertragreiche Landwirtschaft bot ebenso das Klima der Insel, da dies sehr mild ist und auch viele Sonnenstunden bietet, wodurch die Ernte sehr früh eingefahren werden kann (Anders 2013: 3; Gieseke 1910).

In den Anfängen der Landwirtschaft auf Fehmarn um 1500 wurden die Felder durch „Knicks“ (oder auch Wallhecken) voneinander abgegrenzt. Diese Art der Grenzlinie bietet viel Platz für Flora und Fauna und schuf einen Biotopverbund über die gesamte Insel.

Doch bereits im 19. Jahrhundert wurde Fehmarn immer mehr zu einer „Agrarsteppe“. Die kleinen Felder wurden zusammengelegt und Knicks entfernt, wodurch die ursprünglich artenreiche Landschaft vernichtet wurde. Gleichzeitig stieg durch die gute Einnahmequelle der Landwirtschaft die Einwohnerzahl stark an, von 7.266 im Jahre 1863 auf 10.300 im Jahre 1925.

Im Jahre 2005 wurden ca. 95 % der Insel ackerbaulich genutzt. Extensive Bewirtschaftung mit Rinderbeweidung findet lediglich auf 560 Hektar statt, wobei sich der größte Teil dieser Weiden in Wallnau befindet (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 14).

Mit dem Bau der Fehmarnsundbrücke und der daraus resultierenden direkten Anbindung an das Festland wurde der Tourismus zu einer immer stärker werdenden Branche. Nur 22 Jahre nach dem Bau der Brücke war erstmals der Ertrag aus dem Fremdenverkehr höher als der aus der Landwirtschaft, wodurch noch mehr Natur durch den Bau von Straßen und besonders durch Campingplätze an den Küsten zerstört wurde (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 16). Jährlich kommen etwa 2,5 Millionen Touristen auf die Insel (Schmidt 2016: 3). Aus diesem Grund leiden die Küstenbereiche und Deiche zunehmend unter der Nutzung durch Spaziergänger und Radfahrer. Die Strände und Buchten sind von Badegästen und Surfern oder Seglern „übersät“. Dadurch werden die dort vorkommenden Vogelarten stark gestört oder sogar ganz vertrieben. Hinzu kommt die Nutzung der Windenergie, welche aufgrund der kräftigen Winde an der Ostsee sehr rentabel ist und daher von den Landwirten der Insel stark unterstützt wird (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 16, 18). Durch diese starke landwirtschaftliche, energetische und touristische Nutzung der Insel ist der ungestörten Natur lediglich in Schutzgebieten der Platz erhalten geblieben.

Verglichen mit anderen touristisch genutzten Inseln weist Fehmarn besondere Probleme in Sachen Naturschutz auf. Doch durch Naturschutzgebiete wie Wallnau, in denen bewiesen wurde, dass Tourismus und Naturschutz zusammen funktionieren können, stieg die Akzeptanz für den Naturschutz in den letzten Jahren auf der Insel stark an. Auch da die Touristen gerade aufgrund der Natur in Verbindung mit dem Meer und der Stille nach Fehmarn kommen, ist die Wichtigkeit des Schutzes gegeben und dieser wird inzwischen besser umgesetzt.

Derzeit gibt es auf Fehmarn drei vom NABU betreute Naturschutzgebiete: Wallnau, Grüner Brink und Krummsteert/Sulsdorfer Wiek. Somit sind 1,9 % der Insel Naturschutzgebiete (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 22). Küstengebiete im Norden und Westen der Insel sowie die Ostsee in diesem Bereich (ebenfalls das Wasservogelreservat Wallnau) gehören zu dem EU-Vogelschutzgebiet „Östliche Kieler Bucht“. Weitaus kleinere Küstenabschnitte im Süden der Insel (beim Südstrand) und die Ostseegebiete um den Südwesten der Insel herum gehören zu dem EU-Vogelschutzgebiet „Ostsee östlich Wagrien“ (Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein).

Im Inneren der Insel befinden sich keinerlei Schutzgebiete, da in diesem Bereich nach wie vor Landwirtschaft betrieben wird und schon seit Jahrzehnten kaum mehr „natürliche“ Strukturen vorhanden sind. Dies macht ein Zitat des Fehmaraner Heimatforschers Peter Wiepert aus einem Artikel zum Thema Natur- und Umweltschutz und zu dem Naturverständnis seiner Mitbürger in der Zeitschrift „Heimat“ aus dem Jahre 1965 deutlich: „Wir stehen heute auf dem Lande vor der nüchternen Tatsache, dass Bäume, Büsche, Sträucher, wild wachsende Blumen, Kräuter, Gräser usw. mit allem, was um sie herum kräucht und fleucht, ausgerodet, übergewalzt, verbrannt oder vergiftet werden, wenn sie dem modernen Menschen im Wege stehen und ihrer Habgier verfallen sind. Einen Ausweg scheint es nicht mehr zu geben, das muss jeder klar und deutlich feststellen, der Gelegenheit hat, die unsinnigen Zerstörungen in den Landschaften zu beobachten. Auf der Insel Fehmarn sind sie besonders schlimm“ (Zitat aus Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 21).

Auch wenn der Kauf von Wallnau damals einen Umschwung für die bis dahin negative Naturschutzbilanz der Insel brachte und seitdem mehr Land auf der Insel unter Schutz steht, werden der Tourismus und die Landwirtschaft wohl stets im Vordergrund der Landnutzung von Fehmarn stehen (Berndt, Hein, Koop & Link 2005: 30).

Fazit

Die sehr bewegte Geschichte des Wasservogelreservats Wallnau zeigt die lange Nutzung von schwer zu bewirtschafteten Flächen durch den Menschen. Das wertvolle Gebiet wurde einst durch den Menschen erschaffen, und auch wenn der Naturschutz bis 1975 nicht im Fokus der Besitzer war, so haben sie dennoch ihren Teil zum Entstehen des Reservats beigetragen. Besonders durch Gustav Kröhnke wurde aus der Bucht überhaupt ein Stück Land gewonnen und der Grundstein für die später folgende Fischzucht gelegt. Trotz der vielen Überschwemmungen und Zerstörungen des Gebiets hielten die Besitzer an ihren Ideen fest und die Familie Franck formte trotz vieler Rückschläge die Landschaft maßgeblich zum Vorteil der Vogelwelt. Nach dem Aufgeben der Fischzucht droh-

te das Gebiet von Touristen zerstört zu werden, weshalb der DBV rechtzeitig einschritt, um Wallnau zu retten, sodass es bis heute bestehen geblieben ist und wirtschaftlich genutzt wird.

Inzwischen jedoch werden Maßnahmen im Sinne des Naturschutzes vorgenommen und durch wissenschaftliche Forschung und Vogelbeobachtungen an die Bedürfnisse der Flora und Fauna angepasst, sodass das Vogelparadies bestehen bleibt. An diesem Beispiel ist sehr gut zu sehen, dass auch der Schutz durch Eingreifen, im Sinne von Biotopmanagement, positive Auswirkungen auf die Natur haben kann und der frühe Naturschutz des „Konservierens“ nicht immer die beste Lösung ist. Außerdem wird ersichtlich, dass Tourismus unter bestimmten Voraussetzungen durchaus zusammen mit Naturschutz funktionieren kann, und dass das Konzept des Biotopmanagements die Bedürfnisse von Natur und Mensch zusammenbringen kann.

Quellenverzeichnis

Literatur

Anders, U. 2013: Von der Fischzucht zum Vogelparadies – Das Wasservogelreservat Wallnau auf der Insel Fehmarn. In: Collet, D. & Jakubowski-Tiessen, M. (Hg.): Schauplätze der Umweltgeschichte in Schleswig Holstein. Werkstattbericht. Graduiertenkolleg 1024, Interdisziplinäre Umweltgeschichte. Universitätsverlag Göttingen: 3–15.

Berndt, R.K., Hein, K., Koop, B. & Link, S. 2005: Die Vögel der Insel Fehmarn. Druck- und Verlagsgesellschaft mbH u. Co. KG, Husum.

Carstens, M., Dürkop, K., Friebel, H. & Stolze, H. 1986: Wasservogelreservat Wallnau. 2. Auflage. Vogel und Heimat Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Oelixdorf.

Der Kreisausschuss des Kreises Oldenburg 1913: Im Namen des Königs! In der Verwaltungsstreitsache des Gutsbesitzers E. Franck zu Wallnau. Cismar 20. Oktober 1913. In: Archiv NABU-Wasservogelreservat Wallnau **4**, Fehmarn.

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) k.A.: Östliche Kieler Bucht (EGV DE 1530-491) URL: http://www.umweltdaten.landsh.de/public/natura/pdf/gebietssteckbriefe/1530-491.pdf [abgerufen am 20.01.2017].

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) k.A.: Ostsee östlich Wagrien (EGV DE 1633-491) URL: http://www.umweltdaten.landsh.de/public/natura/pdf/gebietssteckbriefe/1633-491.pdf [abgerufen am 20.01.2017].

Frank, W. 2013: So lebten sie auf Flügge und Wallnau. Fehmarn, wie es früher einmal war. Edition Forsbach, Fehmarn.

Giesecke (Fischerei-Sachverständiger der Landwirtschaftskammer zu Hannover) 1910: Gutachten betr. Wertermittlung der Teichwirtschaft des Gutes Wallnau auf Fehmarn. Hannover. In: Archiv NABU-Wasservogelreservat Wallnau **4**, Fehmarn.

Jürgens, E., Mittendorf, M., Packschies, M. & Schindler, J. 1995: Wasservogelreservat Wallnau. Natur erleben, Natur verstehen. 4. Auflage. Natur Verlag GmbH. Neumünster.

NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. (Hg.) k.A.: Biotopmanagement im Wasservogelreservat. Aktive Lebensraumgestaltung. URL: https://wallnau.nabu.de/dasgebiet/biotopmanagement/ [abgerufen am 20.01.2017].

NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. (Hg.) 2016: Wasservogelreservat Wallnau. Erlebnis Vogelzug (Flyer).

Rochell 2004: Proteste auf dem Weg nach Wallnau. Vor Einweihung „Gegenwind“. In: Fehmarnsches Tageblatt vom 8. Juli 2004: 2.

Schmidt, V. 2016: Fehmarn. Sonneninsel in der Ostsee. Schöning GmbH & Co KG. Lübeck.

Siegert, M. 2005: Der Manager der Mönche, das Naturparadies Wallnau auf Fehmarn lädt ein. In: Naturschutzbund Deutschland e.V. 2005: Naturschutz heute, der Wegweiser zu NABU-Zentren von der Küste bis zum Bodensee, Ausgabe 2/05, Bonn: 14–15.

Siegert, M. 2005: NABU Wasservogelreservat Wallnau. Vernetzte Umweltkommunikation im NABU-Informationszentrum Wallnau auf Fehmarn. Abschlussbericht über die Umbau- und Sanierungsarbeiten der Gebäude des Wasservogelreservates Wallnau. Osnabrück.

Willner, C. 2010: Potentiale der außerschulischen Bildung für den Sachunterricht in Kooperation mit einem Wasservogelreservat. Grin Verlag, München.

Abbildungen

Abbildung 1: Lage des Wasservogelreservat Wallnau (im roten Kreis) auf der Insel Fehmarn. In: Berndt, R.K., Hein, K., Koop, B. & Link, S. 2005: Die Vögel der Insel Fehmarn. Druck- und Verlagsgesellschaft mbH u. Co. KG, Husum und Lage Fehmarns in Schleswig-Holstein: URL: https://goo.gl/maps/Qj8uo7pt2Mo [abgerufen am 23.01.2017].

Abbildung 2: Küstenmorphologische Entwicklung der Südwestseite Fehmarns von 1300 bis 1800 (Köster 1955). In: Berndt, R.K., Hein, K., Koop, B. & Link, S. 2005: Die Vögel der Insel Fehmarn. Druck- und Verlagsgesellschaft mbH u. Co. KG, Husum.

Abbildung 3: Zustand Wallnaus nach der Trockenlegung. In: Jürgens, E., Mittendorf, M., Packschies, M. & Schindler, J. 1995: Wasservogelreservat Wallnau. Natur erleben, Natur verstehen. 4. Auflage. Natur Verlag GmbH. Neumünster: 9.

Abbildung 4: Zustand Wallnaus nach dem Anlegen der Fischteiche In: Jürgens, E., Mittendorf, M., Packschies, M. & Schindler, J. 1995: Wasservogelreservat Wallnau. Natur erleben, Natur verstehen. 4. Auflage. Natur Verlag GmbH. Neumünster: 9.

Abbildung 5: Aufnahme von Jägern samt Beute im Gebiet von Wallnau um 1920 (Blohm 1921) In: Anders, U. 2013: Von der Fischzucht zum Vogelparadies – Das Wasservogelreservat Wallnau auf der Insel Fehmarn. In: Collet, D. & Jakubowski-Tiessen, M. (Hg.): Schauplätze der Umweltgeschichte in Schleswig-Holstein. Werkstattbericht. Graduiertenkolleg 1024, Interdisziplinäre Umweltgeschichte. Universitätsverlag Göttingen: 3–15.

Abbildung 6: Müller, M. 2012: Aufgenommen vom Aussichtsturm des Wasservogelreservats in Richtung Süden, Blick auf Rinderweide.

Umwelt hat Geschichte!

Berichtigung zu „Studienarchiv Umweltgeschichte“ Nr. 22 (2017)

Im Beitrag „Zur Geschichte des Zentralen Fachausschusses (ZFA) Ornithologie und Vogelschutz im Kulturbund der DDR“, Studienarchiv Umweltgeschichte **22** (2017), hat sich in die Legende zur Abbildung 3 auf Seite 78 ein Fehler eingeschlichen. Ganz rechts steht nicht Dr. Hans Schiemenz, sondern bei den beiden Personen dort handelt es sich um das Ehepaar Holupirek. – Herrn Joachim Neumann/Neubrandenburg gilt herzlicher Dank für die Korrektur!

Ein Besuch bei den Ivenacker Eichen, dem ersten Nationalen Naturmonument in Deutschland

Hermann Behrens

Der Kellner auf dem Rigi fragt: „Wie befehlen Sie? Zuerst Souper und dann Sonnenuntergang oder in umgekehrter Reihenfolge? Für beide Eventualitäten ist gesorgt.

(Ernst Rudorff, 1880)

Kürzlich waren wir wieder einmal zu Besuch in Ivenack mit seinen berühmten „1000-jährigen Eichen“ nahe Stavenhagen im Nordwesten der Mecklenburgischen Seenplatte. Das „wieder einmal“ verweist darauf, dass wir schon mehrmals dort waren, in den 1990er und 2000er Jahren. Wir erlebten Ivenack, das einstige Kloster- und gutsherrschaftliche Dorf mit seinem bemerkenswerten Schloss aus dem 18. Jahrhundert, dem Schlosspark mit Schlosskirche, Orangerie und Teehaus und natürlich den besagten Eichen damals noch ein wenig so, wie Fritz Reuter die Stätte einst beschrieb, als „diese liebliche, eine der Ruhe geweihte Oase in dem rings durch Mühe und Arbeit durchfurchten Lande, die, einer schlummernden Najade gleich, sich auf grünender Au und blumiger Wiese gelagert hat, und ihr vom Laube tausendjähriger Eichen umkränztes Haupt in dem flüssigen Silber des Sees spiegelt“ (Reuter 1855: 1).

Nun also wieder auf zu einem Ausflug dorthin und das aus aktuellem Anlass. Und der bestand nicht darin, dass die Ivenacker Eichen im August 2017 mit einem Festakt zum ersten Nationalen Naturmonument (NNM) in Deutschland gekürt wurden, sondern darin, dass ich im Frühjahr dieses Jahres die Witwe von Olaf Festersen besuchte, der ein halbes Jahr zuvor verstorben war. Und im Gespräch über ihn fiel auch die Bemerkung, dass er sich nicht gefreut hätte, wenn er sähe, was sich in jüngster Zeit im unmittelbaren Umfeld der letzten fünf sehr alten Eichen etabliert hat.

Denn ebenfalls im August 2017 wurde dort ein „Baumkronenpfad“ eröffnet. Rund vier Millionen Euro wurden in diese Anlage investiert. Zwei Drittel davon kamen aus dem Landwirtschaftsfonds der Europäischen Union als „Investition zur Steigerung des Freizeitwertes der Wälder“, der Rest wurde durch einen aus der Region stammenden Mäzen finanziert.

Die Landesforst Mecklenburg-Vorpommern als Verwalterin des NNM präsentiert den Baumkronenpfad mit erkennbarem Stolz: „Im Herzen von Mecklenburg-Vorpommern wurde im Ivenacker Tiergarten der neue ‚Baumkronenpfad Ivenacker Eichen‘ am 30. August 2017 feierlich eröffnet. Rund 100 geladene Festgäste, unter anderem Dr. Till Backhaus, Minister für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern sowie der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern, wurden auf der Eröffnungsfeier willkommen geheißen. Mit dem Neubau können die Besucher auf einem 620 Meter langen Baumkronenpfad den Wald aktiv erleben. Die 40 Meter hohe Aussichtsplattform, die mit Hilfe eines Aufzugs erreichbar ist, bietet einen Rundumblick über die Baumkronen der uralten Eichen und den Ivenacker See. Die Gäste des Ivenacker Tiergartens haben die Möglichkeit, auf 14 Stationen Wissenswertes über den Wald zu erfahren und die beeindruckenden Baumriesen vom Stamm bis zur Krone aus der Nähe zu erkunden.

Der gesamte Pfad einschließlich der Wendelrampe und Turm ist barrierefrei erschlossen und für die Benutzung mit Kinderwagen und für Rollstuhlfahrer geeignet.

Die Integration des Baumkronenpfades in den schützenswerten Waldbestand wurde durch eine außerordentlich filigrane Konstruktionsweise erreicht. Dabei wurde eine in dieser Form einmalige und völlig neuartige Konstruktionsform der gewendelten Erschließungsrampe verwendet. Diese ermöglicht es die Baumriesen vom Stamm bis zur Krone aus nächster Nähe zu erleben.

Im 2. Bauabschnitt wird der Baumkronenpfad durch eine geflochtene Hängebrücke mit einer Gesamtlänge von 43 Metern erweitert. Damit handelt es sich um das längste Beispiel dieser Brückenart in ganz Deutschland.

Hier einige Eckdaten:

Gesamtlänge: 620 m, Rampenlänge: 230 m, verbaute Stahlmenge: 230 Tonnen, verbaute Holzmenge: 200 m³, Anzahl der Staketen: 1500 Stück, Holzpalisaden Eiche: 250 Stück, Pfadhöhe: 16–23 Meter über dem Waldboden, Aussichtsturm Gesamthöhe: 40 m, Aufzug im Turm: mit drei Haltestationen, Begehbare Fläche: 1200 m²“ (Landesforst M-V 2018, Internetquelle).

Wahrlich beeindruckend!!

Aber warum hätte dieses „Wunder der Technik“ Olaf Festersen geärgert? Wer war Olaf Festersen überhaupt? Dazu weiter unten mehr. Zunächst aber soll kurz auf das Nationale Naturmonument als neuer Schutzgebietstyp eingegangen werden und darauf, warum die Ivenacker Eichen ausgewählt wurden.

Nationale Naturmonumente

Im März 2010 wurde das Bundesnaturschutzgesetz um die Schutzgebietskategorie „Nationale Naturmonumente“ erweitert. In § 24 Abs. 4 heißt es, dass als Nationale Naturmonumente rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete gelten, die (1.) aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, kulturhistorischen oder landeskundlichen Gründen und (2.) wegen ihr Seltenheit, Eigenart oder Schönheit von herausragender Bedeutung sind. Nationale Naturmonumente sind demnach wie Naturschutzgebiete zu schützen.

Der neue Schutzgebietstyp lehnt sich an Kategorie III der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur (IUCN) an. Bei den Nationalen Naturmonumenten kann es sich demnach um national bedeutsame Naturerscheinungen, aber auch spezielle herausragende geologisch-geomorphologische Erscheinungen oder solche, in denen sich besondere Natur- und Kulturwerte verbinden, handeln.

„Im Unterschied zu Nationalparken können Nationale Naturmonumente deutlich kleinflächiger sein. Das Ausweisungskriterium der nationalen Bedeutung der Gebiete haben sie jedoch gemeinsam. Im Gegensatz zu Naturschutzgebieten spielt bei Nationalen Naturmonumenten (NNM) der Kulturwert neben dem Naturwert eine wichtige Rolle, ebenso müssen NNM die Anforderungen an Seltenheit und Eigenart erfüllen. Naturdenkmäler unterscheiden sich von NNM durch ihre lokale oder regionale Bedeutung sowie den Umstand, dass diese nur Objekte und keine Gebiete schützen.

Da es sich kaum um vollkommen natürliche, unberührte Gebiete handeln wird, sondern diese meist vom Menschen beeinflusst werden, müssen zum Schutz und zur Erhaltung der Nationalen Naturmonumente Managementanforderungen untersucht und definiert werden. Aufgrund der Attraktivität der ‚Nationalen Naturmonumente' ist von einem starken Besucherinteresse bzw. bereits bestehendem Besucherdruck auszugehen" (Bundesamt für Naturschutz (BfN) 2018, Internetquelle). Daher sollten (auch) für NNM Managementpläne aufgestellt werden, für die das BfN im Rahmen eines F+E-Vorhabens Managementleitlinien erarbeiten ließ.

Mittlerweile gibt es in Deutschland zwei solcher NNM: Im August 2016 wurde mit den Ivenacker Eichen in Mecklenburg-Vorpommern das erste und im April 2017 mit den Bruchhauser Steinen (24 ha) im Sauerland in Nordrhein-Westfalen das zweite ausgewiesen. Geplant ist, das „Grüne Band" in Thüringen als drittes NNM auszuweisen.

Das Nationale Naturmonument „Ivenacker Eichen"

Nicht erst im August 2017, sondern schon mit der Verordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommerns vom 13. Juli 2016 (GVOBl. M-V 2016 S. 623) wurde ein ca. 75 ha großer „Ausschnitt einer Waldlandschaft mit den in ihr befindlichen Uralteichen" bei Ivenack als Nationales Naturmonument „Ivenacker Eichen" gesichert.

Das gesamte Gebiet ist Teil eines mit der Schutzwaldverordnung „Ivenacker Hudewald" vom 8. Februar 2010 (GVOBl. M-V 2010 S. 171) festgesetzten Schutzwaldes und zugleich Bestandteil des 278 ha großen Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung „Ivenacker Tiergarten, Stavenhagener Stadtholz und Umgebung" (DE 2243-302), für das im Jahr 2017 ein Managementplan erstellt wurde. Es gehört außerdem zum 302 ha großen Landschaftsschutzgebiet „Ivenacker Tiergarten".

Abb. 1: Die Ivenacker Eichen Ende des 19. Jahrhunderts. Foto aus: Schlie 1902: 178. Aufnahme wahrscheinlich von A. & R. Ahrens, Schwerin, siehe Ahrens & Ahrens 1911.

Im Absatz 1 des § 3 der Schutzverordnung werden die Schutzgründe erläutert: „Die ‚1000-jährigen Eichen von Ivenack' haben ein geschätztes Alter von 600 bis 1 000 Jahren und werden daher als Uralteichen bezeichnet. Sie gehören zu den ältesten Bäumen Deutschlands und besitzen eine besondere Symbolkraft für Nachhaltigkeit im Umgang des Menschen mit der Natur. Die mächtigste der alten Eichen gilt als volumenreichste Eiche in Europa. Die Uralteichen bilden gemeinsam mit einer

Vielzahl von jüngeren Starkeichen ein Ensemble, das in seiner Gesamtheit die besondere Bedeutung des Gebietes begründet. Der Wald als Natur- und Kulturraum ist ein Zeitarchiv für die generationenübergreifende Auseinandersetzung des Menschen mit seiner natürlichen Umwelt, für ökologischen Reichtum, sozialen und wirtschaftlichen Wandel sowie kulturelles und religiöses Wirken des Menschen. Diese Dimensionen der Nachhaltigkeit finden im Ivenacker Hudewald ihren besonderen Ausdruck. Die Baumart Eiche ist hierbei Sinnbild für Stetigkeit, ihr Holz für Dauerhaftigkeit. Eichenholz prägt in Fachwerkbauten die Bilder historischer Stadtkerne und findet als Rohstoff maßgeblichen Eingang in die Wirtschaftsgeschichte. Darstellungen der Eichen von Ivenack in Geschichten, Sagen und Gedichten sind Bestandteil der regionalen, nationalen und europäischen Kultur. Die ältesten Eichen sind hierbei Zeugnis einer besonderen spirituellen Ausstrahlungskraft. Die Nutzungsgeschichte dieses Waldes als Hudewald und später als Wildgatter führte zu einem Waldbild, das über viele Jahrhunderte in Europa landschaftsprägend war und noch in Resten vorhanden ist. Einzigartig ist, dass in Ivenack die Waldweide über Jahrhunderte nahezu durchgehend betrieben worden ist.“

Als Erhaltungs- und Entwicklungsziele werden nicht nur der Erhalt der Eichen, auch als Lebensraum (etwa des Eremiten) und die „Erhaltung und Entwicklung der Eigenart des Naturensembles in seinen historischen Strukturen als Hudewald“ genannt, sondern auch die „Ermöglichung einer der nationalen Bedeutung entsprechenden Erlebbarkeit der kulturhistorischen sowie waldökologischen Besonderheiten, soweit dies mit dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen der Nummern 1 und 2 vereinbar ist“ (§ 3 (2) VO NNM „Ivenacker Eichen“ vom 13. Juli 2016)

Abb. 2: Die schönste der alten „Ivenacker Eichen“.

So ist denn, um offenbar die „der nationalen Bedeutung entsprechende Erlebbarkeit“ des Objektes zu ermöglichen, der gewaltige Baumkronenpfad in den „Tiergarten“ eingebaut worden.

Ein kleiner Reisebericht

Derart mit Informationen ausgestattet, traten wir an einem schönen (Sommer-)Sonnabendmorgen im August unseren Ausflug an, um uns das Spektakel anzusehen.

Ivenack empfing uns wie bei unseren früheren Besuchen, ein wenig verschlafen, keine Leute auf der Dorfstraße, ein, zwei Autos kamen uns entgegen, wir stellten unser eigenes mitten im Dorf an der „Eichenallee“ ab. Per pedes sollte es zunächst zu den Eichen mit dem Baumkronenpfad gehen, und dann wollten wir weiter um den Ivenacker See wandern.

Abb. 3: Am Ivenacker „Tiergarten“.

Hinter dem Schloss ein ganz anderes Bild: auf dem dort gelegenen Parkplatz stand Bus an Bus, Pkw an Pkw. Kleine und größere Touristengruppen liefen auf der ausgebauten Straße Richtung Tiergarten oder von dort zurück.

Abb. 4: Ein Teil des Baumkronenpfades.

Abb. 5: Gesamtlänge: 620 m, Rampenlänge: 230 m, verbaute Stahlmenge: 230 Tonnen …

Auch am „Tiergarten“ selbst Dutzende Pkw auf einem Parkplatz und zwischen den Alleebäumen, die am Zaun zum Eichen-Park entlang die Straße zur heutigen Bundesstraße 194 zwischen Stavenhagen und Demmin säumen.

Am Eingang zum Tiergarten reihten wir uns in die Schlange an der Kasse ein, denn umsonst ist die „Erlebbarkeit“ des Nationalen Naturmonuments nicht zu haben: Erwachsene zahlen für den Besuch des Tiergartens 5 Euro, wenn sie auch den Baumkronenpfad begehen wollen, 9 Euro. Ermäßigt kostet das Ganz 4 bzw. 8 Euro und für Kinder von 6 bis 14 Jahren 2 bzw. 3 Euro.

Im Tiergarten selbst Leute über Leute, das Nationale Naturmonument tatsächlich ein „Besuchermagnet“. Eine der geschützten alten Eichen (*s. Abb. 1, S. 19*) gerät sofort in den Blick, hier sollte – ein Tipp – unbedingt lange innegehalten werden, um über den alten Hudewald-Rest „als Natur- und Kulturraum“, als Hort „für ökologischen Reichtum“, für „kulturelles und religiöses Wirken des Menschen“ oder für Sagen, Geschichten und Mythen nachzudenken und die Eiche als Sinnbild für „Stetigkeit“ und „Dauerhaftigkeit“ und „spirituelle Ausstrahlungskraft“ sehen und auch empfinden zu können. Denn bald darauf wird Kontemplation durch das „Event“ Baumkronenpfad mit seinem Getriebe oben wie unten abgelöst, die Eichen nebenan geraten zu seiner Kulisse. Ganz in der Nähe, unter einer jüngeren Eiche, wurde den privaten finanziellen Förderern des Baumkronenpfades ein Gedenkstein gewidmet.

Abb. 6: Erinnerungsstein für den Mäzen des Pfades.

Lange hielten wir uns dort nicht auf, weiter ging es in Richtung „Klockower Tor“, dem kleinen Ausgang zum Rundweg um den Ivenacker See. Wir verweilten noch ein wenig in dem renovierten Barock-Pavillon, der eine interessante waldpädagogische Ausstellung beherbergt. Dann ging es weiter, vorbei an einem Gebäude mit stark frequentierter gastronomischer Einrichtung.

Kaum hatten wir das umzäunte Gelände verlassen, kehrte Ruhe ein. Auf dem drei Kilometer langen Weg begegnete uns kein Mensch, die Reutersche Najade, die Nymphe in der griechischen Mythologie, die, auf grünender Au und blumiger Wiese lagernd, über Quellen, Bäche, Flüsse, Sümpfe, Teiche und Seen wacht, war hier noch zu vermuten. Und vom Laube umkränzte Häupter geschätzt 400 bis 500 Jahre alter Eichen begleiteten uns auch hier, wenngleich sie sich nicht im Ivenacker See spiegelten, da dessen Ufer zugewachsen sind, denn wie andernorts gibt es auch hier leider keine Grünlandnutzung mehr, die bis an seine Ufer reicht.

Abb. 7: Eiche am Rundweg um den Ivenacker See.

Unser Rundweg führte auch an einigen ABM-Ruinen vorbei. In den 1990er Jahren hatten hier über den zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigte den Wanderweg mit Bänken und einer Aussichtsplattform bestückt, und dass für deren langfristige Pflege dann die Arbeitskräfte und die Sachmittelförderung ausgehen würden, konnte sich damals niemand vorstellen. Aber: Die mit der Vereinigung einhergehende soziale Großzügigkeit – schon längst oder vielleicht doch vorerst – vorbei!

Die Wanderung endete im Schlosspark Ivenack, dessen Besuch schon ganz allein lohnt. Einsam durchwanderten wir diesen altbaumbestandenen Park, dem allerdings anzusehen ist, dass die Pflege historischer Gärten in einem der reichsten Länder der Erde augenscheinlich peu á peu zum scheinbar verzichtbaren Kladderadatsch wird.

Vom Umgang mit der Geschichte

Auf der Internetseite der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern und auf Erläuterungstafeln im Ivenacker Tierpark wird knapp auf die Geschichte des alten Hudewaldes mit seinen alten Eichen eingegangen: „Waren es zuerst slawische Siedler, so trieben vor 750 Jahren Hirten des Zisterzienserklosters aus Ivenack ihr Vieh hier in den Wald. Nach der Reformation (1555) gingen die Ivenacker Eichen in das Eigentum des herzoglichen Amtes Ivenack über. Im Jahre 1709 wurde das Amt Ivenack Rittergut. Kurze Zeit danach entstand der ‚Thiergarten‘, der bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 Bestand hatte. Die Rolle des Weideviehs wurde vom eingegatterten Damwild übernommen. Damwild wird in Ivenack seit Ende des 17. Jahrhunderts gehalten. Nachdem das Tiergehege 1929 auf-

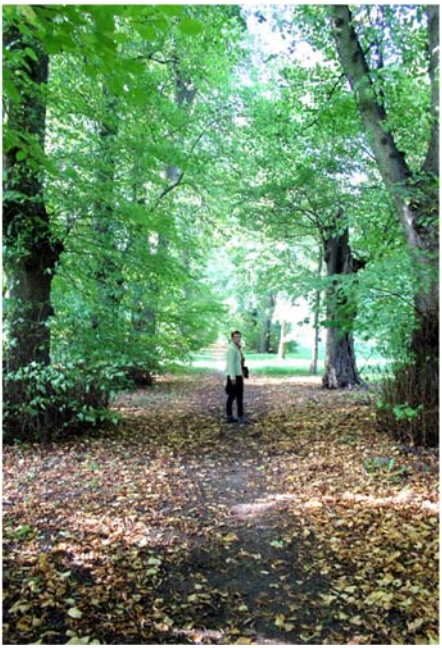


Abb. 8 und 9: Im Ivenacker Schlosspark.

gelöst worden war, konnten plötzlich junge Bäume aufwachsen und der Charakter des Hudewaldes ging allmählich verloren. Im Jahr 1972 begann man den Tiergarten in einem kleineren Gatter, das wiederum mit Damwild besetzt wurde, neu entstehen zu lassen. Den Alteichen wurde durch sorgsames Beseitigen des Jungwuchses wieder Raum zum Wachsen gegeben.“[1]

Hier kommt mit dem Jahr 1972, eigentlich erst 1973 – natürlich ohne, dass er irgendwo im Zusammenhang mit dem Nationalen Naturmonument erwähnt wird – Olaf Festersen ins Spiel und nicht nur dieser. Denn bereits 1947 gab es eine Schutzanordnung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) für die Eichen, die von Abholzung durch die örtliche Bevölkerung bedroht waren (Jeschke & Schmidt 1977: 22). Die Ivenacker Eichen waren bereits in den 1930er Jahren unter Naturdenkmalschutz gestellt worden, damals 11 an der Zahl (Arnswaldt 1939: 30), und mit der Schutzanordnung der SMAD galt dieser Schutz für die übrig gebliebenen Uralteichen fort. Und 1962 wurde das Gebiet vom Rat des Bezirkes Neubrandenburg zum Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Ivenacker Tiergarten“ erklärt.

Die Schutzkategorie LSG sollte nach DDR-Naturschutzrecht nicht allein dem Schutz und der Pflege der ausgewählten Gebiete dienen, sondern vor allem auch Erholungszwecken.

[1] https://www.wald-mv.de/Forstaemter/Stavenhagen/Nationales-Naturmonument-Ivenacker-Eichen/ (16.8.2018).

Nach dem Landeskulturgesetz der DDR von 1970 war für LSG ein Landschaftspflegeplan zu erarbeiten, der neben Schutz- und Pflegezielen auch solche der touristischen Erschließung enthalten sollte.

Festersen erhielt Anfang 1973 den Auftrag, einen solchen Landschaftspflegeplan für das LSG Ivenacker Tiergarten zu erarbeiten. Festersen war damals Mitarbeiter des Büros für Territorialplanung im Bezirk Neubrandenburg und für die Gebietserholungsplanung im Bezirk zuständig. Ehrenamtlich nahm er zudem die Funktion eines Bezirksbeauftragten für Naturschutz wahr.

Im Zusammenhang mit den Planungen setzten sich Jeschke und Schmidt auch etwas intensiver mit der Landnutzungsgeschichte um Ivenack auseinander, stellten Kartenvergleiche an, studierten zeitgenössische Quellen und interpretierten den daraus ablesbaren Landschaftswandel. Ihre Schilderung liest sich spannender als die knappe Darstellung im Park selbst:

„Als die Slawen nach der Mitte des 1. Jahrtausends unserer Zeitrechnung in das Gebiet vordrangen, hatte sich im Waldbild der das Land weithin bedeckenden Urwälder gerade die Rotbuche durchgesetzt. Über die Dichte der altslawischen Besiedlung wissen wir so gut wie nichts. Wenige Jahrhunderte später müssen jedoch bereits große Waldflächen gerodet worden sein, wie zahlreiche slawische Ortsnamen aus dieser Zeit belegen, z. B. Ivenack von iva = Weide (Salix), Basepohl von bože pole, Klockow und Stavno (= Stavenhagen). Aus dem Kartenwerk von SKALOVÁ (1965) ist zu entnehmen, daß das Gebiet um Stavenhagen zum Ende des ersten Jahrtausends dichter besiedelt war als die nördlich anschließenden ebenen Grundmoränenflächen. Seeufer, Inseln und auch Mineralbodeninseln in Mooren waren bevorzugte Siedlungsplätze der Slawen.

1252 wurde das Kloster Ivenack als Nonnenkloster der Zisterzienser gegründet. Zum Kloster gehörten 10 Dörfer in der näheren und weiteren Umgebung Ivenacks.

Wir können also davon ausgehen, daß bereits vor der Jahrtausendwende die Wälder um Stavenhagen und Ivenack infolge der Nutzung als Weideland stark aufgelichtet worden waren. Anstelle von geschlossenen Hochwäldern halten sich unter dem Einfluß der Beweidung sogenannte Hude- oder Hütewälder herausgebildet. Die Waldweide war in Mitteleuropa eine über viele Jahrhunderte übliche Form der Nutzung.

Das Vieh weidete den Bodenbewuchs des Waldes ab und verhinderte so die natürliche Verjüngung, dadurch wurden die Bestände im Laufe der Zeit mehr und mehr aufgelichtet. Nur in Perioden relativer Unterbeweidung gelingt es lichtliebenden Holzarten, wie z. B. Eichen, aufzuwachsen. Im Hudewald spielt die Konkurrenz um das Licht keine Rolle, die Stämme sind deshalb gedrungen und tragen eine meist bis fast zum Erdboden reichende Krone. Charakteristisch ist die Ausbildung einer Weidegrenze, die durch das Abfressen der unteren, vom Vieh erreichbaren, Zweige entsteht. Auch hinsichtlich des Verhältnisses von Höhenwachstum zu Dickenzuwachs bestehen zwischen einem Hudewald und einem geschlossenen Hochwald Unterschiede. Die alten lvenacker Eichen weisen Höhen zwischen 20 und 33 m auf.

Im ausgehenden Mittelalter und noch im 17. und 18. Jahrhundert bestimmten solche stark aufgelockerten Hudewälder in Mitteleuropa das Bild vieler Landschaften.

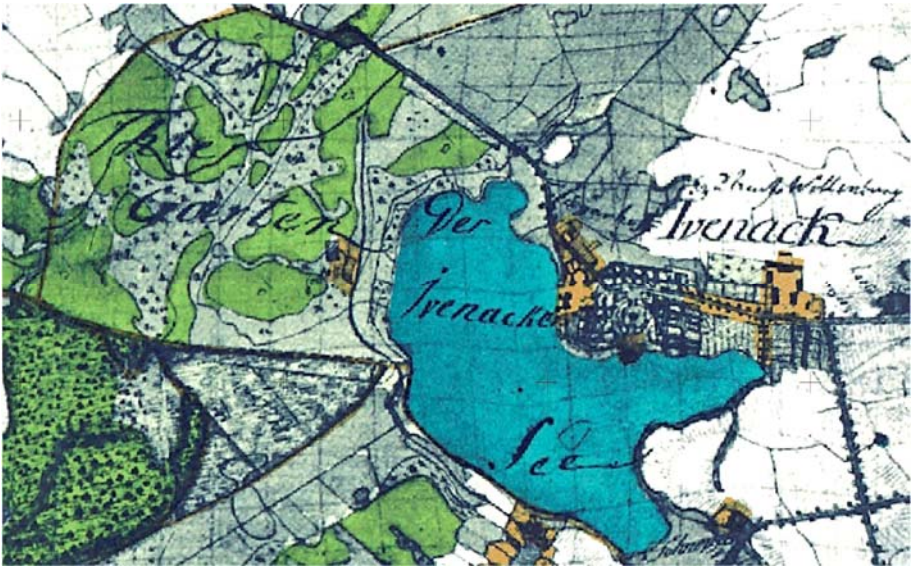


Abb. 10: Ivenack mit dem „Thier-Garten“ auf der Wiebekingschen Karte von 1786. Quelle: Universität Rostock, Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät, Geoinformatik-Service.

Die gelegentlich anzutreffende Meinung, die alten Eichen im Ivenacker Tiergarten seien Reste jener ‚Urwälder‘, die nach dem Abzug der germanischen Stämme während der Völkerwanderung unser Gebiet bedeckten, ist nach unseren heutigen Kenntnissen falsch. Vielmehr handelt es sich bei diesen Baumveteranen um Reste eines sehr alten Hudewaldes, die hier aufgrund einer Reihe glücklicher Umstände erhalten geblieben sind. In erster Linie war das die mehr oder weniger kontinuierliche Nutzung des Geländes als Weideland. Die Viehherden der slawischen Siedlungen wurden von denen des Klosters abgelöst. Aber auch nach der Aufhebung des Klosters und dessen Umwandlung in ein herzogliches Amt (um 1555) wird der Eintrieb von Vieh in das Gelände des Tiergartens eine wesentliche Form der Nutzung gewesen sein.

Im Jahre 1709 wird das Amt Ivenack durch Tausch privates Rittergut, ‚da der Herzog sein Amt Walsmühlen abzurunden, daneben aber auch ausreichendes Land für seine Parforcejagd zu gewinnen wünschte‘. Der neue Besitzer von Ivenack scheint indessen auch etwas für die Jagd übrig gehabt zu haben, denn bald nach der Übernahme dürfte im Gebiet des Tiergartens ein Wildgatter eingerichtet worden sein. Auf der SCHMETTAUschen Karte von 1788 erscheint erstmals die Bezeichnung ‚Thiergarten‘. […].

Die Ufer des Ivenacker Sees waren damals noch gehölzfrei und der übrige ‚Thiergarten‘ muß ein Mosaik von waldfreien und mit Bäumen bestandenen Flächen gewesen sein – wie es für Hudewälder, die übrigens Vorbilder für die Gestaltung der englischen Landschaftsparks waren – charakteristisch ist.

Die Rolle des Weideviehs wurde nach Einrichtung des ‚Thiergartens‘ vom Wild über-

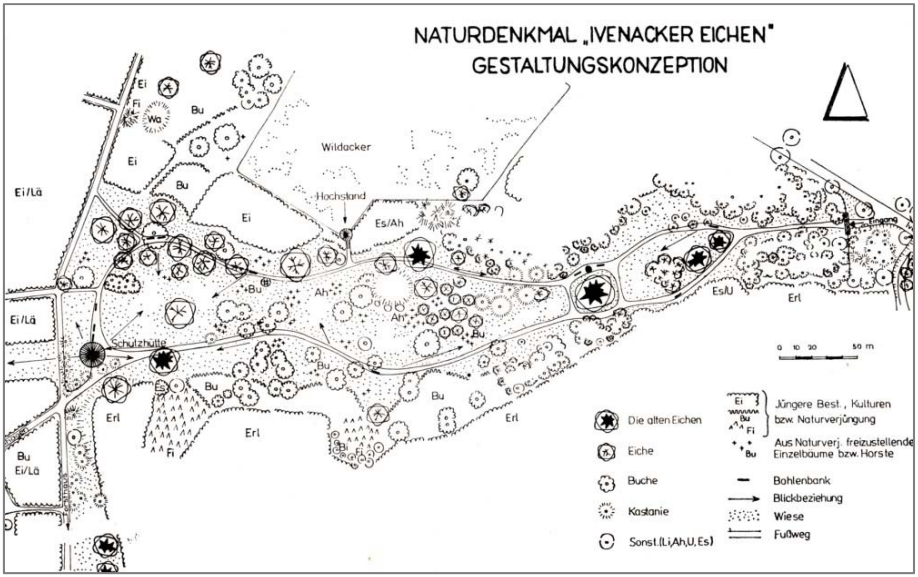


Abb. 11: Gestaltungskonzeption für das (Flächen-)Naturdenkmal „Ivenacker Eichen".
Quelle: Festersen 1977: 15.

nommen. Zum Zeitpunkt der Auflösung des Wildgatters in den Jahren 1927 bis 1929 enthielt es 400 Stücken Damwild. In den folgenden Jahren wurden alle Blößen und ein Teil der Waldwiesen aufgeforstet (Eichen, Fichten, Lärchen etc.), so daß schließlich der Charakter des Hudewaldes völlig verschwunden war. Inzwischen sind aufgrund der starken seitlichen Beschattung und Einengung der Kronen eine ganze Reihe alter Eichen abgestorben. Es war daher eine zwingende Notwendigkeit, so schnell wie möglich einzugreifen, um die noch vorhandenen wertvollen Bäume zu retten" (Jeschke & Schmidt 1977: 17 f.). Jeschke & Schmidt lieferten hier also auch die schlüssige Begründung dafür, warum Festersens Landschaftspflegeplan für das LSG allgemein und für die Rettung der noch vorhandenen alten Eichen im Besonderen notwendig war.

Festersen formulierte als Pflege- und Entwicklungsziele, im gesamten LSG die noch überall im Gebiet anzutreffenden markanten Einzelbäume durch Freistellungen und Beschilderung zu erhalten und zu pflegen, ein System von Wanderwegen anzulegen mit Parkplätzen, Bänken, Schutzhütten, Spielplätzen und Freistellung von Aussichtspunkten und die Wanderwege mit Informationstafeln zu beschildern. Wilde Müllkippen im Gebiet sollten unterbunden und störende Bebauungen verhindert werden. Der Ivenacker See sollte saniert werden, weil er damals durch Siedlungs- und Landwirtschaftsabwässer sowie Mineraldüngereinschwemmungen stark eutrophiert war und durch seine Faulschlammablagerungen für den Badebetrieb gesperrt werden musste. Die kulturhistorisch wertvolle, unter Denkmalschutz stehende barocke Dorflage Ivenack sollte für die Bevölkerung erhalten und in diesem Zusammenhang der Park rekonstruiert und die Dorfstraße

begrünt werden. Für die erhalten gebliebenen Gebäude der Schlossanlage stellte er sich eine touristische Nutzung vor.

Eine spezielle „Gestaltungskonzeption“ entwarf er für das Umfeld der „1000-jährigen Eichen“. Bei der Gestaltung des Bereiches ging er davon aus, dass eine dem Naturdenkmal auf Grund der historischen Entwicklung gemäße Form zu wählen war, die für die Besucher sowohl ästhetische als auch bildende Erlebniswerte schaffen sollte. „Ausgehend vom Vorbild des lichten ‚Hudewaldes‘ wurde deshalb ein parkartiges Waldbild angestrebt, das die Freistellung der Baumriesen mit einer möglichst langen Überlebenschance ermöglicht und gleichzeitig den heutigen Erfordernissen eines Erholungswaldes weitgehend entspricht. Gleichzeitig mußte eine ökonomisch tragbare Form der Bewirtschaftung gefunden werden“ (Festersen 1977: 12).

Die Gestaltungskonzeption wurde im Rahmen eines Gemeinschaftswerks des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle, Zweigstelle Greifswald, der Bezirksnaturschutzverwaltung, des Instituts für Denkmalpflege Berlin, des Forstbetriebs Malchin, der Gärtnerischen Produktionsgenossenschaft Teterow, der Wasserwirtschaftsdirektion/ Oberflussmeisterei Neubrandenburg, des Rates des Kreises Malchin und des Rates der Gemeinde Ivenack umgesetzt. Die Bäume wurden wieder freigestellt, in ihrem Umfeld Wiesen angelegt und in Absprache mit dem zuständigen Forstbetrieb ein Gatter von etwa 70 ha Größe eingerichtet, das mit ca. 60 Stück Damwild besetzt wurde, die die Beweidung des Geländes gewährleisten und so die historische Bewirtschaftung eines Hudewaldes nachahmen sollten. 1989 waren es dann etwa 100 Tiere, die die Landschaftspflege besorgten (Festersen 1990: 18). Im Tierpark selbst wurde ein neues Wegenetz angelegt, auch, um die Baumscheiben der alten Eichen besser zu schützen. Die Bäume selbst wurden durch Holzbarrieren abgeschirmt, „um das Beklettern und die Beschädigung der unteren Stammpartien durch die Touristen zu unterbinden“ (Festersen 1977: 13). Zudem wurden in einem Bereich des Parks einige etwas jüngere Eichen und Buchen im Alter von 300 bis 500 Jahren als „Nachwuchsbäume“ einbezogen, um langfristig abgängige Baumriesen zu ersetzen und die parkartige Gestaltung zu unterstützen.

Der Park wurde mit Eingangs- und Ausgangsdrehtüren, treppenartigen Zaunübergängen, Bohlenbänken, Papierkörben, Hinweistafeln und einer Schutzhütte bestückt, „in landschaftsgerechter, stabiler Waldbauweise“ (Festersen 1990: 19).

Die Umsetzung der Gestaltungskonzeption war die Voraussetzung dafür, dass das, was heute noch vom Tierpark und seinem Umfeld übrig ist, in einem Ausschnitt als Nationales Naturmonument gesichert werden konnte.

Der Rückblick auf diesen Entstehungszusammenhang des Parks erschöpft sich in der aktuellen Geschichtsdarstellung in weniger als einem Halbsatz. Die damaligen Akteure, allen voran Festersen, sind heute vergessen. An sie erinnert im „Tiergarten“ nichts. Aber sie waren es, die die Ivenacker Eichen wohl gerettet haben.

Wie ich Olaf Festersen in Erinnerung habe, hätte er sich wohl eher geärgert über das mächtige, „seine“ Eichen überragende Bauwerk „Baumkronenpfad“, das er als nicht landschaftsgerecht und als einer „Waldbauweise“ nicht angemessen empfunden hätte.

Aber Baumkronenpfade sind derzeit „in“, ob an den Ivenacker Eichen, an der Thiemsburg im Nationalpark Hainich, an den Beelitzer Heilstätten, am Hoherodskopf im hohen

Vogelsberg und und und… Mal sehen, wie lange diese Mode anhält und was die nächste Modewelle bringt.

Was soll´s, dem Publikum gefällt´s. Und letztendlich haben die Akteure der 1970er Jahre mit ihrem sparsamen Erholungspark-Konzept schon damals ein kleines Tor zur „Erlebniswelt Eichen“ geöffnet. Die heutige kurzatmige und kostenintensive Festivalisierung bemerkenswerter Naturerscheinungen entspricht dem kapitalistischen Zeitgeist und verwertet in diesem Fall alte Eichen, ruft aber mancherorts auch erheblichen Widerstand hervor, wie an den Auseinandersetzungen um eine neue Aussichtsplattform am Königsstuhl auf Rügen zu sehen ist.

Dem Baumkronenpfad in Ivenack ist jedenfalls eine besucherlenkende Funktion nicht abzusprechen. Alles konzentriert sich im Bereich des Nationalen Naturmonuments, und so kann man vollkommen ungestört um den Ivenacker See oder durch den Ivenacker Schlosspark und das Dorf Ivenack wandern.

Olaf Festersen

Der Planer des Ivenacker Eichen-Parks, Olaf Festersen, wurde am 21.8.1931 in Blankensee, Kreis Neustrelitz, geboren.

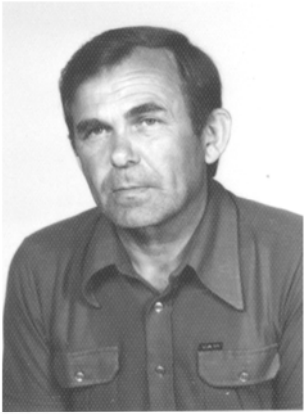


Abb. 12: Olaf Festersen. Foto: privat.

Nach einer Gärtnerlehre, die er von 1946 bis 1949 im Gartenbaubetrieb H. Blank, Neustrelitz, absolvierte, war er von 1949 bis 1954 selbständiger Gärtner und Neubauer in Blankensee. Von 1954 bis 1957 besuchte er die Fachschulen für Gartenbau in Werder an der Havel und Erfurt, Fachrichtung Garten- und Landschaftsgestaltung. Nach erfolgreichem Abschluss nahm er eine Tätigkeit als Landschaftsarchitekt im Entwurfsbüro für Hochbau bzw. im Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Neubrandenburg, und ab 1965 arbeitete er als Landschaftsarchitekt im nun so genannten Büro für Territorialplanung Neubrandenburg. Dort blieb er bis 1990. Als nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten das Amt für Raumordnung und Landesplanung Neubrandenburg eingerichtet wurde, blieb er dort als Landschaftsarchitekt in den Arbeitsbereichen Natur und Landschaft sowie Tourismus bis zum Übergang in den Ruhestand Ende 1995 tätig.

Er engagierte sich ehrenamtlich im Naturschutz und übernahm 1968 die Funktion des Bezirksnaturschutzbeauftragten, die er bis 1990 ausübte. Seine Aufgaben bestanden darin, die Bezirksnaturschutzverwaltung beim Rat des Bezirkes Neubrandenburg zu unterstützen. Besonders war er zuständig für die Wahrnehmung von Grundsatzfragen im Rahmen der Territorialplanung und Raumordnung des Bezirkes Neubrandenburg bzw. der Region Mecklenburgische Seenplatte und für die Wahrnehmung von Grundsatzfragen im Zusammenhang mit Landschaftsschutzgebieten. Dabei hatte er sich vor 1990 fachlich immer mit dem damaligen Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz, Zweigstelle Greifswald, sowie dem Kulturbund abzustimmen.

Festersen war praktisch der einzige Landschaftsplaner im Bezirk Neubrandenburg. Als solcher war er 1962 an der Erarbeitung von Grundlagen und Planungsunterlagen für ein bezirkliches System von Landschaftsschutzgebieten (LSG) und 1965 an der Konzeption zur Erholungsplanung im Bezirk Neubrandenburg beteiligt. Er erarbeitete 1968 auch Grundlagen für die Ausweisung eines Systems von Schon- und Sonderforsten in den Erholungsgebieten des Bezirkes Neubrandenburg. Eine Vorbildwirkung für andere Bezirke in der DDR erzielten seine „territoriale Entwicklungskonzeption Landschaftsplan Feldberg“, die er 1977 vorlegte, und sein in den 1980er Jahren entworfener Landschaftsplan für die Südkreise des Bezirks – Waren, Röbel, Neustrelitz und Templin. Insofern verwundert es nicht, dass er als Mitglied einer Arbeitsgruppe des Bundes Deutscher Architekten in Berlin maßgeblich an der Ausarbeitung einer Methodik für Landschaftsrahmenpläne beteiligt war. Er wirkte in der „Wende“ dann auch an der Ausweisung der Großschutzgebiete (Nationalparke, Naturparke) der DDR mit.

Festersen war langjähriges Mitglied im Kulturbund, erhielt die Ehrennadel des Kulturbundes für heimatkundliche Leistungen in Bronze (1965) und Gold (1980), die Johannes-R.-Becher-Medaille in Bronze (1978) und die Ehrennadel für besondere Leistungen im Naturschutz in Silber.

Olaf Festersen verstarb am 21.8.2017 in Neubrandenburg.

(Alle Fotos im Text, die nicht gesondert mit Quellen nachgewiesen sind, stammen vom Autor.)

Quellen

Ahrens, A. & Ahrens, R. 1911: Bilder-Atlas zur mecklenburgischen Heimatkunde. Schwerin.

Arnswaldt, G. v. 1939: Mecklenburg – Das Land der starken Eichen und Buchen. Schwerin.

Bundesamt für Naturschutz (BfN) 2018. Nationale Naturmonumente. Internetquelle: https://www.bfn.de/themen/gebietsschutz-grossschutzgebiete/nationale-naturmonumente.html (9.8.2018).

Festersen, O. 1977: Die „Ivenacker Eichen“ – ein Beispielsobjekt sozialistischer Landschaftspflege. Naturschutzarb. Meckl. **20** (1–2): 10–16.

Festersen, O. 1990: Landschaftsschutzgebiet „Ivenacker Tiergarten“, Ivenack. Geschützte Natur zwischen Peene und Küstrinchenbach. Wanderempfehlungen. Neubrandenburg, Zentrum für Landschaftspflege und Naturschutz der Bezirksnaturschutzverwaltung: 17–19.

Festersen 1999, 2000 und 2006: Gespräche Behrens mit Olaf Festersen am 7.12.1999, 27.1.2000 und 28.7.2006.

Jeschke, L. & Schmidt, H. 1977: Zur Geschichte des Ivenacker Tiergartens und seiner Altbaumbestände. Naturschutzarb. Meckl. **20** (1–2): 16–23.

Rudorff, E. 1880: Über das Verhältniß des modernen Lebens zur Natur. Preußische Jahrbücher **45** (3): 261–276.

Reuter, F. 1855: De Reis‘ nah Belligen – poetische Erzählung in niederdeutscher Mundart. Treptow.

Schlie, F. 1902: Kloster Ivenack. In: ders.: Die Kunst- und Geschichts-Denkmäler des Grossherzogthums Mecklenburg-Schwerin. V. Band. Schwerin: 169–184.

Schutzwaldverordnung „Ivenacker Hudewald“ vom 8. Februar 2010 (GVOBl. M-V 2010 S. 171).

Verordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommerns vom 13. Juli 2016 (GVOBl. M-V 2016 S. 623).

Heimat in den Landschaftswissenschaften – Annäherung an einen umstrittenen und drangsalierten Begriff

Helen Andrews, Florian Braun und Christina Schott

Als Studierende im Master Landnutzungsplanung an der Hochschule Neubrandenburg kennen wir uns bereits sehr gut in unserem Fachgebiet aus. Wir können Tiere, Pflanzen und Bodentypen bestimmen, wir sind in der Lage, Fachpläne zu lesen und zu erstellen und nicht zu vergessen: Wir sind Profis im Lesen, Schreiben und Verstehen wissenschaftlicher Texte und komplexer naturwissenschaftlicher Zusammenhänge. Selbstverständlich verstehen wir auch bestens die gängigen Begrifflichkeiten unseres Fachzusammenhangs.

Zumindest dachten wir das, bis wir uns mit unserem ‚grandiosen' Wissen im Rahmen eines Seminars den Spiegel vorhielten.

Schockierend war die Erkenntnis, dass wir seit einigen Jahren u. a. im Studium mit Worten wie *Wildnis, Natur, Landschaft, Heimat* und deren Bedeutung blind hantieren und diese weder wahrlich verstehen noch reflektiert haben, dass nicht nur wir, sondern scheinbar sämtliche Personen unseres Fachgebietes sie nicht wirklich begreifen.

Diese (und andere) Begriffe werden allesamt im Naturschutz, der Landschaftsplanung und der Ökologie sowie ganz anderen Disziplinen als sprachliches Mittel zur Vermittlung von Theorien und Erkenntnissen verwendet, ohne dass es allgemeingültige Definitionen für sie gibt. Es ist sogar noch schlimmer: weder verständigt man sich, zumindest disziplinintern, auf den Inhalt dieser Worte, noch interessiert man sich für deren tatsächliche Bedeutung, Etymologie oder Resonanz in der (Fach-) Öffentlichkeit. Man bedient sich einfach so des eigenen Verständnisses und verschwendet keinen weiteren Gedanken an die Folgen dieser unglaublichen Ignoranz. Das führt zwangsläufig dazu, dass häufig aneinander vorbeigeredet wird und bspw. Naturschutzmaßnahmen in der Bevölkerung auf völliges Unverständnis stoßen. Man kann fast sagen, dass wir mit unserem Studium einen Abschluss zu buchstäblichen ‚Scheinexperten' anstreben. Selbsterklärend stellt dies auch in anderen Fachrichtungen ein großes Problem dar.

Wem kann man das vorwerfen? Den Studierenden, den Lehrenden, den unterschiedlichen Ansätzen und Schulen, der Bevölkerung, der Gesellschaft? Eine müßige Frage, die äußerst schwierig zu klären sein dürfte und ohnehin bedeutungslos ist. Von großer Wichtigkeit jedoch ist es, diese Problematik anzuerkennen und zu lösen, sich in sämtlichen Bereichen die Frage zu stellen: Worüber reden wir eigentlich? Die Pflicht liegt hier vor allem bei den Menschen, die Politik und Bildungssysteme bestimmen. Den Lehrenden und Lernenden, folglich der Bevölkerung, muss dringend die Möglichkeit geboten werden, das Thema des Nicht-Befassens mit umstrittenen Begrifflichkeiten und mangelhaften Definitionen in die Lehre zu integrieren und das eigene kritische Denken derjenigen zu fördern, die zukünftig in Studium, Beruf und Leben mit solchen Ausdrücken konfrontiert sein werden und mit ihnen richtig umgehen müssen.

Um uns der Angelegenheit in unserem Fachgebiet, den Landschaftswissenschaften, anzunähern, beschäftigten wir uns mit dem Begriff *Heimat*. Die Auswahl gerade dieser Vokabel hatte keine nähere Bewandtnis. Wir prüften einige Fachgesetze und Konzepte,

wie das Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsrahmenpläne oder das Stadtentwicklungskonzept Neubrandenburgs. Diese zeigten, dass *Heimat* nicht erklärt, sondern das Verständnis vorausgesetzt wird, dass dieses Wort und Teilworte wie *Heim*, fast ausschließlich im Kontext mit der Kultur der Menschen, Vertreibung und Wiederkehr oder als Synonym für *autochthon* oder *indigen* verwendet werden. Wir fragten uns, ob selbst die Autoren solcher Texte, also vermeintliche Fachleute, dem Problem der klaren Definition aus dem Weg gehen oder aber sich dieser Problematik gar nicht bewusst sind. Außerdem tauchten im Laufe der Arbeit folgende Fragen auf: Was war ursprünglich mit dem Wort *Heimat* gemeint? Wie hat es sich vom Rechtsbegriff zum emotionalen, sozialen Gefühl entwickelt? Wie wird mit ihm in unserem persönlichen Umfeld umgegangen und welchen Nutzen kann es für den Naturschutz bedeuten? Die Recherche zeigte schnell und klar, dass weder eine einheitlich verstandene noch fachspezifisch konkrete Definition existiert.

Seit dem 15. Jahrhundert ist der Begriff *Heimat* nachweisbar. Sein althochdeutscher Vorläufer *heimouti*, ist das Antonym zum althochdeutschen *elilenti*, dem *Elend*, was so viel wie *Fremde* bedeutet. Ursprünglich war *Heimat* ein Rechtsbegriff mit geografischer Orientierung und bedeutete den Besitz von Haus und Hof bzw. eines Stücks Land sowie ein Aufenthaltsrecht. Es handelte sich also um die materielle Absicherung und das Anrecht auf Versorgung in Notzeiten.

Erst durch die großen gesellschaftlichen Veränderungen, die u. a. durch die Industrialisierung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert erfolgten, kam es zu einem gemeinschaftsstiftenden, territorialen Heimatverständnis, welches stark „*[…] durch die drei Faktoren Idealisierung, Emotionalisierung und Ästhetisierung charakterisiert wurde. So geriet der Heimatbegriff im bürgerlichen Verständnis der Zeit zum idealisierten Gegenbild der sich durch die Industrialisierung verändernden Gesellschaft mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spannungen. Die Emotionalisierung zeigt sich ausformuliert in einer – im Übrigen bis zur Gegenwart fortwirkenden – starken Gefühlsempfindung, die in Bildern von Harmonie und Innigkeit schwelgt und sich als Wertgefüge versteht. Und Ästhetisierung umschreibt den künstlerisch-gestalterischen Ausdruck von Heimat, wie er beispielsweise in der breit sortierten Heimatliteratur ebenso greifbar ist wie landauf- landab in den Bemühungen um retrospektiv orientierte Ortsbild- und Landschaftspflege, um Brauchtums- und Volkskulturpflege, wo nach augenfälligen Darstellungsformen intakter Harmonie in Rückbindung an die Tradition gesucht wird*“ (Seifert 2016).

Die allumfassende Abgrenzung zur Ideologie des nationalsozialistischen Regimes des Deutschen Reiches und der damit einhergehende negative Beigeschmack des Heimatbegriffs wirken noch heute sehr stark. Man traute sich überhaupt erst ab den 1960er Jahren, dem Begriff neues Leben einzuhauchen und verknüpfte mit ihm vor allem eine entpolitisierte, ländlich-naturverbundene Auffassung bzw. ein Ergebnis aktiver Gestaltung aufgrund persönlicher und identitätsstiftender Lebenserfahrungen. Dies geschah besonders in der frühen Heimatbewegung der DDR, wo der Begriff stark mit der Bewahrung der Natur und der Kultur der Menschen verstanden wurde: „*[...] Heimat als unmittelbarer Bereich des Erkennens und Erlebens, aber auch des Gestaltens. Hier gibt es keine Tren-*

Abb. 1: Zeitschriften- und Buchtitel(-ausschnitte). Quelle: Studienarchiv Umweltgeschichte.

nung von natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen, da die Heimat beide umfaßt“ (Weinitschke 1976: 71).

Die Vielzahl der Definitionsversuche zeigt, dass in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen die jeweilige Disziplin (z. B. Sozial-, Geistes- oder Naturwissenschaften) im Vordergrund steht, das heißt, der Fokus der Auslegung und die Rangordnung der Bedeutung des sozialen, emotionalen oder geografischen Aspektes des Wortes *Heimat* ist sehr unterschiedlich. Als einzig stetige Merkmale finden sich in allen Auslegungen die Länge der Definition und der Bezug zum Raum (z. B. Landschaft, Nation, Alltagsumwelt, Ort). Hier sei erwähnt, dass auch der Begriff des *Raumes* interdisziplinär sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit sehr unterschiedlich verstanden und definiert wird. So kann hier Wohnraum in einem Gebäude, ein unter geografischen und politischen Aspekten als Einheit verstandenes Gebiet der Erde, der Wirkungs- und Handlungsradius gemeint sein und viele Dinge mehr. Genauso divers interpretiert ist der Raumbegriff aber eben auch innerhalb der Heimatdefinition. Der Raumbezug kann je nach Auslegung vage und sehr verschieden sein. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass versucht wird, einen schwammigen Begriff durch weitere schwammige Worte zu beschreiben. Wie sollte auch etwas schwer Greifbares einfach erklärt werden? Nun aber zurück zu unserem Thema.

In seiner großen Bedeutungsoffenheit beschreibt die Bezeichnung *Heimat* also soziale und emotionale Aspekte, wie Erlebnisse an einem bestimmten Ort, die im Bezug zum Raum Identifikation und Unterscheidbarkeit sichern. Alle von uns betrachteten Definiti-

onen, mit Ausnahme der des Dudens, sind unpräzise, lang und versuchen durch Umschreibungen und Verwendung anderer schlecht abgegrenzter Vokabeln den Charakter einer Definition zu erreichen, die die Voraussetzungen für die Existenz einer persönlichen ‚Heimat' und das ‚Gefühl von Heimat', nicht aber den Begriff selbst erklären.

Auch in unserer Umfrage zum allgemeinen Gebrauch und Verständnis des Wortes unter zwanzig befragten Personen aus unserem privaten Umfeld stellten wir fest, dass es keine allgemeingültige Begriffsbestimmung gibt. Ähnlich nebulöse Bezeichnungen (aus unserem Fach) wie *Natur* oder *Landschaft* werden mit dem Wörtchen *Heimat* verbunden. Besonders nahe standen jedoch emotionale und soziale Worte wie *Familie*, *Freunde* und *Menschen* sowie raumbezogene Begriffe wie *Heimatort* oder *Heimatstadt*/*Heimatdorf*/*Aufwuchsort*. Die Umfrage war natürlich nicht repräsentativ, ergab aber einige Indizien für den allgemeinen Sprachgebrauch von *Heimat*.

Heimat wird also, wie die Fülle an offiziellen und privaten Definitionsversuchen zeigt, unterschiedlich und vor allem subjektiv verstanden. Der persönliche Heimatbegriff entwickelt sich aus emotionalen und sozialen Erlebnissen und Beziehungen, die mit einem bestimmten Ort verbunden sind. Der gesellschaftlich vermittelte Begriff aus Politik, Werbung, Tourismus, usw. wird als dynamisches Ergebnis mit vorrangig regionaler und ästhetischer Ausrichtung verstanden. Für beide Interpretationen gilt das Attribut der aktiven Gestaltung der *Heimat*. Sie ist nicht einfach da, sie entsteht.

Gegenwärtig wird, bei gleichzeitig negativer Behaftung des Wortes, das Potential hinter *Heimat* erkannt und genutzt. So zeigt sich eine außerordentliche Renaissance des Heimatbegriffs in fast allen Lebensbereichen. Manfred Seifert fasst dies in seinem Aufsatz „*Heimat*" im „Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa" der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg treffend zusammen: „*Früher zunächst in juristischen Kontexten, dann zunehmend in politisch-nationalen Diskursen verwendet, wird der Begriff ‚Heimat' heute jenseits der quasi angestammten Themenfelder von Heimatpflege und Heimatvertriebenen von Unterhaltungsmedien, Tourismus und Werbung ebenso aufgegriffen wie etwa in den Bereichen Nahrung, Wohnungsausstattung und Freizeit eingesetzt. Zunehmend gerät ‚Heimat' zum Stimulans, Versprechen und Erklärungsangebot in den Bereichen Lebensstil, Konsum, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Dies erscheint bemerkenswert angesichts jahrzehntelanger Zurückhaltung, ja teilweiser Abstinenz als Reaktion auf eine Instrumentalisierung während des sog. ‚Dritten Reichs' sowie nachfolgende gesellschaftspolitische Setzungen sozialistischer Politik. Und so mischen sich auch unter die gegenwärtig so leicht anmutende Handhabung des Heimatbegriffs härtere Lesarten. Seinem Einsatz als inflationäre Lifestyle-Attitüde stehen einerseits auf Anerkennung und andererseits auf Ausgrenzung bedachte Sprechweisen von Heimat und sogar handgreiflich ausschließende Positionen rechtsextremer Kreise gegenüber*" (Seifert 2016).

Unsere Beobachtungen im Alltag und Erkenntnisse aus der Recherche bestätigen Seiferts Aussage. Im Supermarkt, der Werbung oder in der Politik, überall begegn(et)en wir diesem Wort.

Im Naturschutz begann dieses Comeback bereits Anfang der 2000er Jahre. Zuletzt wurde 2001 während der Sommerakademie des Bundesamtes für Naturschutz auf der Ostseeinsel Vilm unter Fachleuten diskutiert, ob und wie das Wörtchen *Heimat* dem Naturschutz

dienen kann. Im Tagungsbericht „*Heimat und Naturschutz – Die Vilmer Thesen und ihre Kritiker*“ wurden sämtliche Ergebnisse der Tagung zusammengeführt. Den Heimatbegriff zu nutzen, um eine bessere Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen in der allgemeinen Bevölkerung zu erreichen, war eine der Kernaussagen. Die in den Thesen zusammengestellten Versuche und Anregungen wurden jedoch in der Praxis nicht weiter umgesetzt. Wenn Naturschutz anhand eines malerischen Schwarzwald-Motivs auf Einkaufstaschen (aktuell bei „Kaufland“) und der Aufforderung „Heimat neu entdecken!“ knapp 900 km entfernt in Neubrandenburg für den Naturpark Schwarzwald wirbt, kann dieser Versuch eigentlich kaum ernst genommen werden. Mit *Heimat* zum Naturschutz aufzufordern, funktioniert(e) nicht. Logisch, wenn man begriffen hat, dass der Schutz von Flora, Fauna und der nicht belebten Umwelt (ha, schon wieder ein solch unspezifisches Wort) mit einem Begriff begründet werden soll, den eben keiner begreift, sondern jeder unterschiedlich und für sich auslegt.

So stellten wir fest, dass wir weder von dieser Diskussion gehört, noch den Heimatbegriff im Zusammenhang mit unserem Studium bisher verwendet haben, dass er offenbar für unsere Disziplin keinerlei Relevanz besitzt. Ob dies an der Schwammigkeit und freien Interpretierbarkeit der Definition liegt, der Uneinigkeit unter Fachleuten oder an sonstigen Dingen, eines ist sicher: die Diskussion und die Idee der erfolgversprechenden Funktion, die *Heimat* für den Naturschutz und die Landschaftsplanung haben könnte, ist so schnell gegangen, wie sie gekommen ist. Der Versuch, eine Brücke zwischen der Welt der ‚Normalsterblichen‘ und der theoretischen Wissenschaftswelt unserer Fachleute zu schlagen und Menschen durch ihr individuelles Heimatempfinden (komplizierte) wissenschaftliche Konzepte, Pläne und Ideologien zugänglich zu machen, ist nicht gescheitert, sondern gar nicht erst geschehen.

Der Hauptgrund hierfür liegt unserer Ansicht nach darin, dass nicht einmal in unserer Fachdisziplin ansatzweise Konsens über die Bedeutung, geschweige denn die Sinnhaftigkeit der Verwendung des Begriffes für ‚unsere Sache‘ besteht. Zeuge dieses Versagens ist nicht zuletzt die eingeschlafene Diskussion in unserem Fachzusammenhang nach dem Erscheinen der Vilmer Thesen 2001, sondern vielmehr die Tatsache, dass wir als gebildete Masterstudierende diesem Begriff im ganzen Studium nicht begegnet sind, bis zu dem erwähnten Seminar. Für ‚Scheinexperten‘ halten wir uns allerdings trotzdem nicht, wir hätten nur deutlich früher lernen müssen, über den Tellerrand zu schauen und vermitteltes Wissen zu hinterfragen.

Quellen

Seifert, M. 2016: Heimat. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im ostlichen Europa, 2016. URL:http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p42287 (Stand: 2.9.2016).

Weinitschke, H. 1976: Natur und Heimat – Teil der kulturpolitischen Verpflichtung des Kulturbundes der DDR. Referat auf der Präsidialtagung am 21.11.1975 in Berlin. Natur und Heimat, Arbeitsmaterial 1976, Hrsg.: Kulturbund der DDR, Berlin. Berlin, 71 S.

Abbildung 1: Zeitschriftentitel „Natur und Heimat“ 5/1960, Buchtitel Ahrens, A. & Ahrens, R. 1911: Bilder-Atlas zur mecklenburgischen Heimatkunde. Schwerin, Ausschnitte aus Buchtitel: Erlebte Heimat – der Hände Werk. Marktneukirchen 1956 und aus Buchtitel Lange, G. 1975: Heimat – Realität und Aufgabe. Berlin.

Natur – Eine essayistische Betrachtung

Max Geyer

Vorab möchte ich einige wenige Worte über den Schreibstil loswerden. Das Essay gilt als persönliche, oft subjektive Auseinandersetzung mit einem Begriff der Kunst, Geschichte oder Philosophie. Wissenschaftliche Methoden, wie das Zitieren von Quellen, können dabei vernachlässigt werden. In Anbetracht der brisanten Zeit, in der wir uns befinden, wenn es um falsch dargestellte Tatsachen oder nicht fundierte Aussagen geht, die in verantwortungsvollen Positionen getätigt werden, finde ich es durchaus angebracht, in einem Essay die wichtigsten Quellen zu nennen, um dem mündigen Leser die Möglichkeit zu bieten, getätigte Aussagen nachzuschlagen. Daraus resultiert – so meine Hoffnung – Begriffe mit großer Tragweite, wie Natur, stärker zu reflektieren.

Als Student des Studiengangs „Naturschutz und Landnutzungsplanung“ bzw. „Landnutzungsplanung“ und verwandter Studiengänge verwendet man häufig den Begriff ‚Natur‘. Die Studierenden haben sich seit Beginn des Studiums, oder schon davor, ein eigenes Bild von Natur geschaffen, von dem sie ungern oder nur sehr schwerfällig abrücken wollen, sofern sie die Brisanz und die Kontroversität dieses Begriffes verstehen. Das Verständnis dieses Begriffes ist sehr dualistisch geprägt, unter Lehrkräften sowie unter Studierenden. So kommt es oft zu verständnislosem Kopfschütteln oder es werden die ideologischen Scheuklappen der selbsternannten Naturretter heruntergefahren, wenn man versucht, Begriffe wie Natur zu definieren und wenn es zu unterschiedlichen Definitionen kommt, diese zu diskutieren.

In unserer Fachdisziplin des Naturschutzes wurde das Naturverständnis besonders durch wissenschaftliche Begriffsdefinitionen von *Natur* geprägt. In den Natur- oder Ingenieurswissenschaften wird Natur inhaltlich nicht bestimmt. Wenn dies geschieht, so ist die Natur nur ohne menschlichen Einfluss Natur, andernfalls wird der Begriff Kultur verwendet. Natur wird vielmehr als etwas Gegebenes vorausgesetzt und als bloße Materie und Objekt der Forschung angesehen. Das ‘Wesen‘ der Natur wird auf präzise zu beschreibende Formen reduziert, auf mathematische und logische Strukturen. Die Naturwissenschaften unterteilen in ihrer Naturdeutung die Natur in eine belebte (organische) und eine unbelebte (anorganische) Natur. Der Mensch versteht seine Rolle als Beherrscher der Natur, welche in der ethischen Betrachtung von Natur per se als schlecht verstanden wird.

Dass dieser Dualismus zwischen Natur und Kultur nicht tragfähig ist und somit zu keinen nennenswerten Unterscheidungen zwischen Naturformen beiträgt, zeigt die Verwendung des Naturbegriffes in der Umgangssprache. Hier fungiert er überwiegend als Synonym für die „grüne Umwelt“ des Menschen mit ihren Pflanzen, Tieren und Landschaftsbildern. Dabei handelt es sich häufig um die friedliche, vom Menschen ‘gezähmte‘ Natur, die als Kulturlandschaft ihre Unberührtheit verloren hat, aber nichtsdestoweniger Natur an sich ist. Wöbse führte bereits 1990 dazu aus:

„Kultur ist Natur, auch Natur. Wenn man den Menschen als Ausgangs- oder Kristallisationspunkt von Kultur sieht, darf man nicht außer Acht lassen, daß der Mensch ein Stück

Natur ist. Ursprünglich heißt Kultur pflegen, bebauen. Pflegen kann man nur, was vorhanden ist […]“ (Wöbse 1990: 91).

„Im allgemeinen Sprachgebrauch erhält der Naturbegriff auch oftmals einen Symbolcharakter, wird zur Chiffre für paradiesische und auch utopische Zustände, sowie zur Sehnsucht nach dem Nicht-Entfremdetsein, nach Ganzheit und Glück. Gefühle, die z. B. als Symbole in der Werbeindustrie gerne genutzt werden, da dort das Bild einer zerstörten bzw. geschädigten Umwelt nicht existiert“ (Pusch 1997: 16).

Da sich diese beiden Positionen gegenüberstehen und sich das unterschiedliche Verständnis von Natur nicht in einen gemeinsamen Kontext bringen lässt, liegt unser Augenmerk nun auf den philosophischen Grunddeutungen des Begriffes Natur. Im Gegensatz zur allgemeinen, landläufigen Interpretation und dem naturwissenschaftlich geprägten Naturbegriff greifen die philosophischen Grunddeutungen häufig auf den ursprünglichen Wortstamm zurück. Der Begriff Natur stammt vom griechischen Terminus „physis“ und steht ursprünglich für den Vorgang des „Gebärens und Wachsens“. Die „physis“ umschließt alles das, was entsteht und entstehen wird und erfasst so das Weltall in seiner Gesamtheit (Heisenberg 1955: 133). Als Übersetzung des lateinischen Wortes „natura“ bedeutet der Ausdruck Natur etwas wie „geboren werden“ oder „entstehen“. Das „Hervorbringende“ ist Natur, alles was ohne fremdes Zutun wird und sich nach den innewohnenden Kräften und Gesetzen einer jeden Wesenheit entwickelt (Hoffmeister 1955: 421). Das heißt, Natur ist auch als Gegensatz zum Menschenwerk, zu den Schöpfungen des menschlichen Geistes, der Kultur und schließlich des menschlichen Geistes schlechthin verstehbar.

Setzt man diesen philosophischen Grundkontext voraus, entstehen besonders im angewandten Naturschutz Widersprüche. Sofern ein Gebiet ‚renaturiert‘ wird, also mit Hilfe des menschlichen Geistes und menschlicher Arbeit so geformt wird, dass es einem Naturbild ohne den Menschen näherkommt, so ist dieses Gebiet nach Hoffmeister immer noch keine Natur, da sie vom menschlichen Handeln durchdrungen ist. Bei dieser Vorstellung befindet sich der Mensch mit seinen Tätigkeiten außerhalb der Natur, wie Schelling bereits 1797 anführte und kritisierte:

„*Solange ich selbst mit der Natur identisch bin, verstehe ich, was eine lebendige Natur ist, so gut, als ich mein eigenes Leben verstehe; … sobald ich aber mich […] von der Natur trenne, bleibt mir nichts übrig als ein totes Objekt und ich höre auf, zu begreifen, wie ein Leben außer mir möglich sey*“ (Schelling 1988: 47 f.).

Neben Spinoza unterschied Schelling zwischen *natura naturans* (schaffende, hervorbringende Natur) und *natura naturata* (geschaffene, hervorgebrachte Natur). Erstere sei laut Schelling die Natur der Naturphilosophie und steht in Verbindung mit der Identität der schöpferischen Kraft des menschlichen Geistes, also der absolute Erkenntnisakt selbst. Sie steht damit im Gegensatz zur Natur der Naturwissenschaft (*natura naturata*), die Natur als totes Objekt und nicht als Subjekt behandelt (Pusch 1997: 16).

Oft wird von Naturschützern an das „Naturverhältnis“ der Bevölkerung appelliert. Sie kritisieren den Umgang mit der Natur durch den Menschen und seine Landnutzung. Jedoch muss, bevor man sich ‚richtig‘ zur Natur verhalten kann, die Natur hinsichtlich des Naturverständnisses erörtert werden. Das Wort „Naturverständnis“ besagt, in wel-

cher Weise Natur inhaltlich in einer Zeitperiode, Gesellschaft oder Kultur und durch deren Wissenschaft, Religion, Kunst und Philosophie verstanden wird. Demnach ist der Ausdruck Naturverständnis im allgemeinen Sinn ein Oberbegriff, der die Verständnismöglichkeiten von Natur aufzeigt und mit Begriffen wie „Naturvorstellung“, „Naturbild“, „Naturdeutung“ etc. synonym aufgefasst werden kann.

Zwischen Naturverständnis und Naturverhältnis besteht ein wesentlicher Unterschied, da das Naturverhältnis an das Naturverständnis gekoppelt ist. Das Verhalten beruht auf dem Verstehen, auf Erkenntnissen, Ideologien und Bildern, die im Bewusstsein verankert sind. So ist das „Missverhalten“ gegenüber der Natur so gesehen ein Resultat ihres „Missverstehens“, so wie das „Missverstehen“ u. a. ein Resultat der nicht ganzheitlichen Ausbildung von bspw. Studierenden darstellt, die als spätere Entscheidungsträger fungieren und somit als forschende bzw. ausführende Instanz Einfluss auf das zukünftige Naturverständnis der Allgemeinheit haben werden. Jedoch gründet das „sich zur Natur verhalten“ nicht ausschließlich auf das „Verstehen der Natur“, sondern steht in enger Wechselwirkung mit zahlreichen psychologischen Komponenten, wie z. B. dem emotionalen Bezug des Einzelnen zur Natur. „Die uns eigene Psychologie beinhaltet eine spezifische innere Werthaltung mit der entsprechenden Weise des Wahrnehmens, Denkens, Fühlens und Handelns“ (Pusch 1997: 19).

Das „ganzheitliche Naturverständnis“ vereint die zahlreichen individuellen, fragmentarischen oder spezialisierten Auffassungen zu einem komplexen Bild. Dies geschieht u. a., wenn natur- und geisteswissenschaftliche Betrachtungsweisen ineinandergreifen und zu einem übergeordneten, generellen Verständnis von Natur führen können.

Unter dem Einfluss der Trennung von Geistes- und Naturwissenschaften entwickelte sich die naturwissenschaftliche Forschung und Theorienbildung weitgehend unter Ausschluss ethischer Prinzipien. Erst wenn die naturwissenschaftlichen Lehren mit ethischen und naturphilosophischen Erkenntnissen untermauert werden, kann eine interdisziplinäre, ganzheitliche Weiterentwicklung des Naturverständnisses zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur führen (Pusch 1997: 13). Carl Friedrich von Weizsäcker weist darauf hin, dass das Verhaltensschema der Wissenschaft den Hintergrund einer Ethik brauche, den uns die Wissenschaft selbst nicht zu geben vermag (von Weizsäcker 1964: 16). Diese These ist durchaus mit Ernst zu betrachten, da die gesellschaftliche Beeinflussung durch wissenschaftliche Weltanschauungen größer denn je ist, da diese als „Bewusstseinsbildner“ einer Kultur fungieren. Somit dient das von den Hochschulen ausgehende Naturverständnis als Leitbild und Orientierungsmaßstab für das allgemeine Naturverständnis und -verhältnis. Die Hochschulen wirken somit langfristig auf die Bildung des individuellen Umweltbewusstseins und tragen demnach große Verantwortung, nicht nur allein deswegen, weil die Studierenden als heutiger wissenschaftlicher Nachwuchs die gesellschaftlichen Entscheidungsträger von morgen stellen werden. Denn das Wissen um ethische Prinzipien und interdisziplinäre Zusammenhänge dient letztlich dem einzelnen als Handlungs- und Entscheidungsbasis.

Beim Lesen der Literatur zeigt sich, dass ein ganzheitliches Verständnis des Naturbegriffes besonders in modernen Industriegesellschaften fehlt. Davon lassen sich auch die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, die Philosophie und die Naturwissenschaften nicht ausschließen. Insbesondere die konträren Auffassungen, ob der Mensch

ein unlösbarer Teil der Natur ist oder aber, dass er sich selbst ausschließlich als ihr Beherrscher versteht und somit nur gegen die Natur arbeiten kann, erschweren die Bildung einer einheitlichen Naturauffassung. So muss der Naturbegriff im Kontext verschiedenster Fragestellungen weiter untersucht werden (Pusch 1997: 17). Ganzheitliche Ansätze, die Verbindung von naturphilosophischen und wissenschaftlichen Ansätzen, müssen weiter forciert werden. Besonders Definitionen aus einer anderen Fachdisziplin können dazu beitragen, Natur nicht nur aus dem fachspezifischen Blickwinkel zu betrachten, der zuweilen subjektiv und oft durch Ideologien geprägt ist. Meiner Meinung spiegelt besonders Goethes Naturansatz diesen ganzheitlichen Ansatz wider:

Abb. 1: Holzteller „Gepflegte Landschaft – gepflegte Umwelt". StUG 012–14.

„Natur ist inhaltlich der Inbegriff, die Gesamtheit aller unmittelbaren Wirklichkeit, aller Dinge und Geschehnisse in ihrem ganzheitlichen Zusammenhang und formal das Sein überhaupt: Sie ist alles."

Der Mensch ist damit ein integraler Teil der Natur, sein Denken und Handeln ist Bestandteil der Natur. Diese umweltethische Fragestellung wird in zukünftigen Naturauffassungen zunehmend an Bedeutung gewinnen (Schischkoff 1991: 501). Natur und Geist sind somit einander polar entgegengesetzt und zugleich untrennbar miteinander verbunden.

„Wer das höchste will, muss das Ganze wollen; wer vom Geiste her handelt, muss die Natur, wer von der Natur spricht, muss den Geist voraussetzen oder im Stillen mitverstehen" (Schischkoff 1991: 502, zitiert in Pusch 1997: 18).

Natur ist nicht als reiner Gegensatz zu etwas Anderem, z. B. zur Kultur aufzufassen, sondern beinhaltet dieselben Ausdrucksformen menschlichen Handelns, die sich je nach Intensität der Nutzung unterscheiden.

Um abschließend an den gesunden Menschenverstand in Landschaftsplanung und Naturschutz zu appellieren, sei Georg Leber zitiert. Seine Worte stellen die gegenseitige Abhängigkeit von Mensch und Natur sowie den Wunsch des Menschen sich als Teil des Ganzen (der Natur) zu sehen, dar. Außerdem verdeutlichen sie den Aspekt, wie Kultur und Bildung sowie seine Umwelt selbst den einzelnen Menschen in seinem Umweltempfinden beeinflussen:

„Bei allem, was von der Umwelt für den einzelnen Menschen ausgeht, erhebt sich die Frage, wie der einzelne Mensch die Umwelt empfindet: Etwa als etwas Fremdes, als ein Übel, das es in einer so dicht bewohnten Welt sein kann, oder als ein freundliches Ganzes, zu dem man sich zugehörig fühlt. Es gibt genügend Beweise dafür, daß der Mensch sich selbst bewußt als soziales Wesen, als Teil des Ganzen begreift und das, was außer

ihm ist, nicht als etwas lästiges anderes, sondern als etwas sieht, in das er selbst eingebettet ist und eingebettet sein will" (Georg Leber zitiert in Buchwald 1965: 65).

Literatur:

Buchwald, K. 1965: Landschaftspflege und Naturschutz in der industriellen Gesellschaft. In: Fahrbach, G. (Hg.): Naturschutz – eine politische Aufgabe? Stuttgart: 59–105.
Heisenberg, W. 1959: Das Naturbild der heutigen Physik. Hamburg.
Hoffmeister, J. 1955: Wörterbuch der philosophischen Begriffe. 2. Auflage. Hamburg.
Pusch, M. 1997: Revision des Mensch-Natur-Verhältnisses. Ethische und ganzheitliche Ansätze für die universitäre Lehre. München.
Schelling, F.W.J. 1988: Einleitung zu seinem Entwurf eines Systems der Naturphilosophie. Stuttgart.
Schischkoff, G. (Hg.) 1991: Philosophisches Wörterbuch. 22. Aufl. Stuttgart.
Weizsäcker, C. F. 1964: Die Tragweite der Wissenschaft. Stuttgart.
Wöbse, H. H. 1990: Der Einfluß von Wissenschaft und Technik auf die Wahrnehmung von Natur und Landschaft. In: Natur ist Kultur. Beiträge zur ökologischen Diskussion. Hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Hannover.

www.naturschutzgeschichte-ost.de

Territorialökonomische Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie (Berlin)

Berthold Fege und Wolfgang Menge

Alle Wissenschaften müssen sich auf die Natur gründen.
Ludwig Feuerbach

1. Die Bildung des Instituts und die Begründung der Territorialökonomie[1]

Es gehört zu den wichtigen Erkenntnissen der Ökonomie, dass die räumliche Anordnung und Verknüpfung der Elemente des gesellschaftlichen Lebens wesentlichen Einfluss auf die Effektivität der wirtschaftlich Agierenden, der Ausnutzung der Ressourcen, der Siedlungsweise, der Lebensbedingungen der Bevölkerung und insgesamt der Umweltsituation in den Staaten und ihren Wirtschaftsgebieten hat. Es bedarf aber stets der ordnenden Hand zur Herbeiführung und zum Ausbau einer effektiven räumlichen Organisation des gesellschaftlichen Lebens. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts finden wir in zunehmendem Maße Belege hierfür. Es sind Begriffe wie Raumordnung und Raumplanung, Landes-, Stadt- und Regionalplanung, Standortplanung und auch Territorialplanung, die zeigen, dass dem räumlichen Aspekt im Rahmen der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Einwirkung insbesondere staatlicher Organe wird auf allen Ebenen des Staatswesens sichtbar und das Ziel der Herbeiführung einer bestimmten räumlichen Organisation und Ordnung rückt immer stärker in den Rang der übergeordneten gesellschaftlichen Zielsetzungen. Diese sind daher nicht unabhängig vom Charakter des jeweiligen Staates und seinen Aufgaben. Selbst das Instrumentarium der Raumordnung ist somit nicht systemneutral: Seine Einbindung in eine Marktwirtschaft oder in eine zentralisierte Planwirtschaft entscheidet über seine Wirkungsweise.

So war es nur folgerichtig, dass bereits bei Gründung einer modernen wirtschaftswissenschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtung – der damaligen Hochschule für Planökonomie – dem räumlichen Aspekt der volkswirtschaftlichen Entwicklung in Lehre und Forschung Beachtung geschenkt wurde. Dies zeigte sich in der Anfang des Jahres 1952 beschlossenen Einrichtung eines Instituts für Ökonomische Geographie und Standortplanung. Dieses Institut, das sich unter leicht wechselnden Namen letztendlich zu einem Wissenschaftsbereich Territorialökonomie entwickelte, wurde bis zu seiner Abwicklung im Jahre 1991 zur führenden Lehr- und Forschungseinrichtung der Territorialökonomie und -planung in der DDR. Zunächst übernahm dieses Institut im Rahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Grundausbildung die obligatorischen Vorlesungen im Fachgebiet Politische und Ökonomische Geographie. Bereits nach wenigen Jahren konnte eine

[1] Der Beitrag stützt sich in den Abschnitten 1 und 2 auf die Ausarbeitung: Wissenschaftliches Kolloquium „30 Jahre territorialökonomische Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie“. Beiträge des WB Territorialökonomie. Herausgegeben unter Leitung von G. Kehrer; Berlin 1982. – Einige Passagen des Beitrages sind von den ehemaligen Mitarbeitern Dr. D. Casper und Dr. L. Schilde zugearbeitet worden.

relativ breite Palette von Vorlesungen und Seminaren zum Wirtschaftsterritorium beider deutschen Staaten, zu den territorialen Grundlagen der Volkswirtschaft, zur Ökonomischen Geographie der Sowjetunion und zur Wirtschaftskartographie angeboten werden. Damit wurde für die künftige Entwicklung einer Territorialökonomie und Territorialplanung als Lehr- und Forschungsgegenstand des Instituts eine solide Basis geschaffen.

Es ist leicht nachvollziehbar, dass in dieser ersten Periode vor allem die Sicherung der Lehre der Hochschule im Vordergrund aller Forschungsvorhaben stand. Dazu trugen die sich entwickelnden gegenseitigen Kontakte zu den geographischen Instituten der DDR bei. In diesem Zusammenhang sei an die Verdienste von G. Mohs (späterer Mitarbeiter und Direktor des Instituts für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR in Leipzig und u. a. Präsident der Geographischen Gesellschaft der DDR) erinnert. Er untersuchte am Institut die wirtschaftsgeographischen Grundlagen des Fachgebietes und deren Beziehung zur sich herausbildenden Territorialökonomie und hatte einen wesentlichen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung der ökonomisch-geographischen Lehraufgaben des Instituts.

Mit dem 1958 erfolgten Zusammenschluss der Hochschule für Ökonomie mit der Hochschule für Außenhandel wurden die dort tätigen ökonomisch-geographisch orientierten Mitarbeiter in das seit 1956 umbenannte Institut für Ökonomische Geographie und Regionalplanung integriert. Das Institut erreichte mit ca. 10 wissenschaftlichen Mitarbeitern eine auf längere Zeit stabile Personalausstattung. Damit wurden unter anderem zusätzliche Lehrveranstaltungen zur ökonomischen Geographie der Weltwirtschaft, zur Rohstoffwirtschaft der Erde oder zu bestimmten Ländergruppen (für Studenten der Fakultät Außenhandel), aber auch der weitere Ausbau der territorialökonomischen Ausbildung gesichert.

Für diesen immer wichtigeren Aufgabenbereich des Instituts, der sich von Anfang an allerdings unter der Bezeichnung „Standortplanung“ nicht etwa auf die betriebswirtschaftliche, objektbezogene Standortplanung, sondern vielmehr die gebietliche und vor allem gesamtvolkswirtschaftliche Planung der Standortverteilung der gesellschaftlichen Produktion bezog, waren ebenfalls völlig neue Grundlagen zu schaffen. Zwar gab es eine Reihe von wichtigen Hinweisen, Materialien und Veröffentlichung sowjetischer Institutionen und Autoren, die jedoch vielfach nicht auf die spezifische Situation der DDR übertragbar waren: Man denke hier z. B. an die Herausbildung weitgehend autarker Wirtschaftsgebiete, an die Organisation großer Territorialer Produktionskomplexe, wie des Ural-Kusnetzker Kombinats UKK, an raumordnerischer Maßnahmen zur Erschließung von Neulandgebieten, an den Einfluss der Nationalitätenpolitik u. Ä., die in der Sowjetunion die Forschungen und Maßnahmen zur räumlichen Entwicklung des Landes bestimmten. Aus dieser Situation ergaben sich für DDR-Ökonomen eine Fülle von Aufgaben, um zunächst die Berücksichtigung räumlicher Aspekte im System der Volkswirtschaftsplanung zu sichern und so den Wiederaufbau der Wirtschaft, die Überwindung durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufener Disproportionen, die Verringerung des Nord-Süd-Gefälles oder von gravierenden Unterschieden z. B. der infrastrukturellen Ausstattung zwischen Stadt und Land auch von dieser Seite her zu unterstützen.

Für diesen Aufgabenbereich war es in den Anfangsjahren H. Roos (Promotion 1955 über die Regionalplanung in der DDR), der im Institut (und später als Abteilungsleiter für

Regionalplanung in der Staatlichen Plankommission) wesentliche Grundlagen erarbeitete. Er initiierte die Feldforschung zur Herausbildung von Wirtschaftsgebieten in der DDR und zur Entwicklung von Instrumentarien für ihre Planung. Insbesondere die Erarbeitung von Bezirksökonomiken zur regionalen Analyse und zur Ausarbeitung perspektivischer Entwicklungsprogramme aller Bezirke der DDR bestimmte über einen langen Zeitraum den Inhalt der Regionalplanung und sollte im Ergebnis eine langfristige räumliche Planung in den Bezirken sichern. Mit dieser Aufgabe veränderte sich die Rolle der Planungsorgane in den Bezirken und z. T. auch in den Kreisen von der Verantwortlichkeit für die Entwicklung der örtlich geleiteten Betriebe zu Organen einer langfristigen räumlichen Planung mit dem Ziel einer komplexen Gebietsentwicklung. Für die Lehre dieses Bereichs wurden Lehrveranstaltungen über die Aufgaben und die Stellung der Regionalplanung im Planungssystem der DDR angeboten, zusammen mit anderen über die Theorie der Wirtschaftsgebiete, die Siedlungsstruktur und die Stadt-Land-Beziehungen, über Probleme der administrativen Gliederung und ihres Verhältnisses zur Gliederung der objektiven Wirtschaftsgebiete. Diese Themen waren auch Forschungsgegenstand und damit auch Grundlage für stabile Praxisbeziehungen des Instituts zur staatlichen Plankommission und zahlreichen Bezirksplankommissionen und damit zu den wichtigsten Einsatzstellen der späteren Absolventen.

Grundlegend für den Gesamtbereich der Lehr- und Forschungsarbeit des Instituts war das Wirken von *Gerhard Schmidt-Renner* (Institutsdirektor von 1952 bis 1967). Seine Veröffentlichungen, Vorlesungen und Vorträge spiegeln die Herausbildung eines weitgehend umfassenden Ideengebäudes wider. In seiner Habilitationsschrift „Standort, Stadt und Territorium“ (1957) untersuchte er Zusammenhänge und Erkenntnisse für die Herausbildung wichtiger territorial-ökonomischer Kategorien und begründete damit faktisch eine sozialistische Raumökonomie, die Territorialökonomie. Er kann heute als ihr Nestor bezeichnet werden, der eine hohe internationale Anerkennung genoss.

Abb. 1: Gerhard Schmidt-Renner (1911–1988).

Seine Publikationen dokumentierten ein breites Spektrum ökonomisch-geographischer und raumökonomischer Forschung: Broschüren und Artikel zur räumlichen Verteilung der Produktivkräfte (1953), zu regionalen Problemen der Städteplanung (1955), zum Verhältnis von Standort, Stadt und Territorium (1958) sowie die Elementare Theorie der Ökonomischen Geographie (1961/66). Auch das Buch „Wirtschaftsterritorium der DDR“, die erste Ökonomische Geographie der DDR, entstand unter seiner Leitung durch ein Autorenkollektiv des Instituts. Es erschien mit 3 Auflagen im Zeitraum von 1959 bis 1960 (eine russischsprachige Ausgabe erschien 1963 unter dem Titel „Ökonomische Geographie der DDR“) in Moskau. Darüber hinaus sorgten zahlrei-

che Veröffentlichungen auch aller Mitarbeiter des Instituts in Fachzeitschriften (Petermanns Geographische Mitteilungen, Geographische Berichte), in den Verlagen Die Wirtschaft Berlin, Hermann Haack (Gotha/Leipzig), der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie, in Publikationen zu wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzberichte im Eigenverlag der Hochschule sowie eine Vielzahl von Lehrbriefen für das Fernstudium für die Verbreitung von Forschungsergebnissen des Instituts.

In diesen ersten Jahren begann auch zusammen mit einer zunehmenden Anzahl progressiver Geographen der DDR sein Einsatz für eine von ihm des Öfteren so bezeichnete „Ökonomische Geographie im wohlverstandenen Sinne“, die den Schritt von einer vorwiegend beschreibenden zu einer stärker anwendungsorientierten Wissenschaft vollzog: Die Darstellung des räumlichen Erscheinungsbildes und seiner historischen Entwicklung erweiterte sich damit zur Analyse der Einflussfaktoren auf die räumliche Entwicklung der Territorialstruktur und damit auch zur Formulierung und Begründung von Vorschlägen für deren weiteren Entwicklung. Damit erhöhte sich die Praxisorientierung und -wirksamkeit der Ökonomischen Geographie beträchtlich. Dies sollte in den folgenden Jahren beispielsweise die Bildung einer Forschungsleitstelle für Territorialplanung der Staatlichen Plankommission (1971) ermöglichen, welche die raumrelevanten Forschungen der Territorialökonomen, Geographen, Soziologen und Städteplaner in den Hochschul- und Forschungseinrichtungen der DDR sowie auch den 1965 gebildeten Büros für Territorialplanung[2] bei den Bezirksplankommission koordinierte.

2. Profilierung der Lehre und Forschung zwischen 1960 und 1990

Eine neue Etappe in der Entwicklung des Instituts, das von 1956 bis 1968 den Namen „Institut für Ökonomische Geographie und Regionalplanung“ trug, wurde mit der Eingliederung der Arbeitsgruppe „Leitung und Planung durch die örtlichen Organe“ des Instituts für Volkswirtschaftsplanung *(*Leitung: *R. Bönisch*) im Jahre 1963 eingeleitet. Damit wurde eine Aufspaltung des Forschungsgegenstandes und der Lehre auf zwei verschiedene Institute der Hochschule überwunden und der Zusammenhang zur „Gebiets- und Standortplanung“ im Rahmen der Territorialplanung hergestellt. Dies förderte die Herausbildung der Territorialökonomie als wirtschaftswissenschaftliche Teildisziplin.

Für die Lehre des Instituts wurde Mitte der sechziger Jahre zusätzlich zur allgemeinen territorialökonomischen Qualifizierung aller Volkswirtschaftler mit der Studienrichtung Territorialökonomie eine vertiefende Ausbildung in dieser Disziplin eingeführt. Seitdem gab es eine territorialökonomische Spezialausbildung im Direkt-, Fern- und später auch im postgradualen Studium. Damit konnte das Institut nun endlich auch einen unmittelbaren Beitrag zur Ausbildung und Qualifizierung von Kadern für die Territorial- und Gebietsplanung leisten.

---

[2] Aus den 1958 gegründeten Entwicklungsbüros für „Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung“, die den Bauämtern der Bezirke unterstellt waren, wurde 1965 die Gebietsplanung in die neu gebildeten „Büros für Territorialplanung“ als nachgeordnete Einrichtungen der Bezirksplankommissionen überführt. Diese Büros wurden erst 1977 zu eigenständigen haushaltsgeplanten Büros bei den Bezirksplankommissionen.

Im gleichen Zeitraum ergaben sich mit der staatlichen Orientierung für eine vorrangige Entwicklung führender Zweige der Volkswirtschaft sowie die Einführung eines Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) der Volkswirtschaft gravierende Auswirkungen auf die Territorialökonomie und -planung. Für die Lehre und Forschung des Instituts bedeutete das neue Herausforderungen, deren Tragweite nicht immer absehbar waren und aus heutiger Sicht vielfach als negativ eingeschätzt werden. Aber die Anwendung aufeinander abgestimmter ökonomischer Hebel, die Quantifizierung ökonomischer Entscheidungen, die Anwendung der EDV und mathematischer Methoden bei der Entscheidungsfindung usw. entsprachen auch den Forderungen der Territorialökonomen, die bei der Aufstellung von Varianten für gebietliche Entwicklungsprogramme, bei der Standortauswahl oder bei Entscheidungen über die Ressourcennutzung viel zu oft mit dem Voluntarismus einzelner Entscheidungsträger zu kämpfen hatten. Auch die angestrebten Veränderungen im Planungssystem, z. B die neue Rolle der zentralen staatlichen Planung und ihre Verbindung mit der Eigenverantwortung der wirtschaftsleitenden Organe, aber auch die vorgesehene Stärkung der Rolle von Territorialorganen, insbesondere der Räte der Bezirke und ihren Bezirksplankommissionen, entsprachen vielen Erwartungen.

Abb. 2: R. Bönisch (1914–2003).

Diese Entwicklung beflügelte auch die arbeitsteiligen Forschungen der Ökonomen, Geographen, Soziologen und Städtebauer in der Praxis und in territorialwissenschaftlichen Einrichtungen und zeigte sich in einer Vielzahl neuer Ideen und von Vorschlägen, die sich in das neue System einpassen sollten. Auch im Institut entstanden in dieser Zeit zahlreiche Studien, Forschungsberichte und Qualifizierungsarbeiten zu derartigen Themen, z. B. zur mathematischen Optimierung von Standortvarianten bei der Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen, zur Modellierung von Teilbereichen der Infrastruktur, den Standortanforderungen von Kernkraftwerken oder zu Anwendung der EDV in der Territorialplanung. Mitarbeiter des Ökonomischen Forschungsinstituts der Staatlichen Plankommission entwickelten – wohl in Anlehnung an die Theorie der social costs von Kapp – für die Territorialplanung die Kategorie des Gebietswirtschaftlichen Aufwands (GWA), Forschungen der Bauakademie der DDR gab es zur Ressourcenbewertung, insbesondere zur Einführung eines Baulandflächenwertes in der DDR.

Von dieser Seite her schien die Neuprofilierung der Territorialplanung und ihres Instrumentariums sowie ihre schrittweise Einbeziehung in das neue System durchaus folgerichtig und erfolgversprechend. Tatsächlich aber verbesserten sich mit dem NÖS die Rahmenbedingungen für die Territorialplanung nicht wesentlich, sondern verschlechterten sich sogar teilweise. Eine vorrangige Entwicklung führender Volkswirtschaftszweige

verlangte auch eine entsprechende territoriale Sicherung und ihre bevorzugte Versorgung mit territorialen Ressourcen. Damit reduzierte sich die Rolle der Gebietsorgane vielfach auf eine unterstützende Sicherungsfunktion, z. B. der Arbeitskräfte- und Wohnraumversorgung. Die Ablösung der bisherigen komplex-territorialen Planung durch eine Planung weitgehend nach dem Produktionsprinzip verstärkte die Dominanz der sektoralen gegenüber der räumlichen Planung. Auch die generell richtige höhere Bedeutung des Kosten-Nutzen-Denkens der Zweige und Betriebe führte wegen der Nichtberücksichtigung von räumlichen Effekten oder der fehlenden Bewertung territorialer Ressourcen (z. B. der Fläche) zu Verzerrungen zu Ungunsten der Gebiete. Dass die Territorialforschung und -planung ihre Position auch in dieser schwierigen Situation weitgehend behaupten konnte, ist nicht nur auf die Beharrungstendenzen im administrativen Bereich, z. B. durch das Fortbestehen bestimmter gesetzlicher Regelungen (Standortverfahren, Abstimmungsmechanismen zwischen Betrieben und örtlichen Organen, Existenz langfristiger Pläne der Gebietsentwicklung), sondern auch auf Wissenschaftler oder Mitarbeiter der Territorialplanung zurückzuführen, die auf der Einhaltung bestimmter Grundprinzipien der Raumentwicklung bestanden und einer Einengung ihrer Aufgabenbereiche ablehnend gegenüberstanden.

Für das Institut wie auch für viele andere involvierte Wissenschaftseinrichtungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der DDR waren die sechziger Jahre trotz allem eine außergewöhnlich produktive Zeit, da erstmals die bisher so starren Grenzen des ökonomischen Denkens gelockert worden waren und eine Vielzahl unkonventioneller, manchmal aber leider sich widersprechender Gedanken zur Verbesserung der Planung und Leitung formuliert werden konnten. Viele der vorgelegten Forschungsergebnisse und Vorschläge, die mit dem bisher erprobten, beibehaltenen oder neu eingeführten Instrumentarium kompatibel waren und zu seiner Weiterentwicklung beitrugen, wurden fortan auch zum festen Bestandteil der Ausbildung und weiterführender Forschungen. Zu nennen seien an dieser Stelle die Kategorie des gebietswirtschaftlichen Aufwandes, der Effektivitätsnachweis territorialer Strukturen oder auch der Einsatz mathematischer Methoden bei der Standortplanung. Sehr lehrreich waren auch Erkenntnisse über die Unvereinbarkeit einzelner Vorschläge mit den neu entstandenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. So stellte sich in weiterführenden Diskussionen heraus, dass eine isolierte Ressourcenbewertung und die Einführung entsprechender Preise im Rahmen der bestehenden Planwirtschaft kaum ein taugliches Mittel zur Durchsetzung raumordnerischer Ziele und kein Ersatz für administrative Regelungen sein kann, da gegenläufige Wirkungen nicht auszuschließen waren. Die oft geforderten, aber bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik aus gutem Grund nicht verwirklichten Vorschläge zur Einführung eines Bodenpreises, z. B. 1967 vom damaligen Ministerpräsidenten der DDR, W. Stoph gefordert, mit höheren Preisen für erschlossene innerstädtische Flächen, aber niedrigen Preisen für unerschlossene landwirtschaftliche Flächen in den Randzonen, machten die Gefahren und Grenzen einer unkoordinierten Anwendung ökonomischer Hebel beispielhaft deutlich, weil ihre Auswirkungen den Erfordernissen einer rationellen Flächennutzung zuwiderliefen.

Die Rahmenbedingungen für die Territorialplanung veränderten sich nach dem Ende der NÖS-Periode und vor allem zu Beginn der siebziger Jahre. Die für die Wirtschaftspolitik der DDR notwendig erkannte Ausrichtung auf die Intensivierung und effizientere Nutzung der vorhandenen Potentiale wurde auch für die Territorialplanung Richtschnur. lm Rahmen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ gab es damit praktisch keinen Bereich innerhalb der Territorialplanung, der nicht von weitreichenden Veränderungen betroffen war. Ihr langfristiger Charakter trat wieder stärker in den Vordergrund, ohne dass allerdings wesentliche Abstriche an ihrer Sicherungsfunktion gemacht werden konnten. Aber die Bedeutung langfristiger Vorstellungen für die territoriale Entwicklung der Volkswirtschaft und in den Regionen als wesentliche Entscheidungsgrundlage im Planungsprozess wurde wieder voll anerkannt. Dafür sollten z. B. die Arbeiten zu einer „Konzeption der Standortverteilung der Produktivkräfte in der DDR bis 1990“ dienen. Ein anderes Instrument war die seit 1972 erfolgte territoriale Vorbilanzierung im volkswirtschaftlichen Planansatz. Als Instrument der territorialen Koordinierung wurden im Prozess der Planausarbeitung Komplexberatungen zwischen der Staatlichen Plankommission, den Bezirken und den Zweigen durchgeführt.

Seit 1973 erfolgte eine territoriale Zuordnung bestimmter Investitionsvorhaben durch die Abteilung Territoriale Planung der Staatlichen Plankommission. Damit wurde erreicht, dass die Anforderungen der räumlichen Entwicklung auf zentraler und auf regionaler Ebene frühzeitig berücksichtigt, aber auch eine Überlastung bestimmter Gebiete vermieden werden konnten. Insgesamt zeigte sich in den siebziger Jahren eine Verstärkung der Rolle der Territorialplanung allerdings vor allem auf zentraler Ebene.

Die für die Wirtschaftspolitik der DDR 1971 beschlossene Ausrichtung auf eine Intensivierung volkswirtschaftlicher Prozesse galt auch für Forschungen im Wissenschaftsbereich als generelle Orientierung. Dazu gehörte die Durchführung von Untersuchungen zur Rationalisierung des bestehenden Standortgefüges der Wirtschaft, zur Erhöhung des Nutzungsgrades und der Einsatzeffektivität der territorialen Reproduktionsbedingungen, besonders aber auch das Aufdecken von Möglichkeiten einer territorialen Koordinierung der Standortanforderungen räumlich konzentrierter Betriebe und Einrichtungen durch die Bezirks- und Kreisplankommissionen.

Mit der ebenfalls 1971 begründeten Politik der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde nicht nur die soziale Seite der Territorialplanung erheblich aufgewertet; auch ihr Leitbild – die Überwindung ungerechtfertigter Unterschiede im Lebensniveau zwischen den Gebieten und Stärkung der ökonomischen und sozialen Funktionskraft aller Ge-biete bei Förderung schwach entwickelter Regionen zur Steigerung des Wachstums und der Effizienz der Volkswirtschaft –, abgeleitet aus dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, fand damit eine Bestätigung.

Für die Territorialforschung ergab sich hieraus vor allem die territoriale (gebietliche, städtebauliche) Einordnung des Wohnungsbaus im Rahmen der Verwirklichung des 1973 beschlossenen Wohnungsbauprogramms. Langfristige Planungsgrundlagen waren siedlungspolitische Grundsätze und Leitlinien, die – zentral ausgearbeitet – Grundlage für die Erarbeitung langfristiger Konzeptionen der siedlungsstrukturellen Entwicklung in den Bezirken und Kreisen waren.

Beides bildete die Grundlage für die Ausarbeitung von Generalbebauungsplänen für die großen Städte bzw. entsprechender Konzeptionen für die übrigen Siedlungen. Die sich aus dieser sozialen Seite der Territorialplanung ergebenden Forschungsaufgaben wurden im Rahmen der arbeitsteiligen Zusammenarbeit von anderen Forschungseinrichtungen bearbeitet.

Nach der 3. Hochschulreform (1968) und der damit verbundenen Neustrukturierung der Fakultäten und Institute wurde das Institut für Ökonomische Geographie und Regionalplanung in „Wissenschaftsbereich Territorialökonomie“ umbenannt, der sich unter Leitung von *R. Bönisch* und ab 1977 von *G. Kehrer* mit *drei Lehrstühlen* etablierte:

- Lehrstuhl Standortverteilung der Produktivkräfte und der Produktion,
- Lehrstuhl Ökonomie und Planung der Gebiete (unter Einschluss der Siedlungs- und Infrastruktur),
- Lehrstuhl Umweltökonomie (entsprechend der zunehmenden Bedeutung dieses Bereichs).

Abb. 3: Gerhard Kehrer (1927–2015).

Wesentliche Grundlage für die weitere fachwissenschaftliche Profilierung war die Systematisierung des gesamten Lehrgebietes Territorialökonomie mit der Erarbeitung von Lehrbriefreihen zu allen wesentlichen Lehrinhalten. Diese waren ein wichtiger wissenschaftlicher Vorlauf für das erstmals 1976 erschienene Fachbuch „Territorialplanung“. Damit erfolgte auch eine Intensivierung der ökonomischen Forschung, die nun den Gesamtumfang der Wissenschaftsdisziplin umfasste. Sie konzentrierte sich allerdings in den siebziger Jahren zunächst entsprechend den wirtschaftspolitischen Anforderung auf die Wechselbeziehungen zwischen Zweig- und Territorialplanung. So entstanden Forschungsberichte und Qualifizierungsarbeiten zu den Standortanforderungen von Industriezweigen und ihrem Gegenstück, den Standortangeboten der Gebiete. In diesem Zusammenhang gab es eine Vielzahl von Einzelarbeiten z. B. über die komplexe Entwicklung von Ballungsgebieten und ihren Randzonen sowie die Gestaltung der Stadt-Umlandbeziehungen insbesondere im Ballungsraum Berlin. Auch die Schaffung einer rationellen territorialen Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion (u. a. mit Hilfe der territorialen Rationalisierung) als Intensivierungsfaktor war Gegenstand zahlreicher Untersuchungen und hatte unmittelbaren Praxisbezug. Forschungsarbeiten zu territorialen Aspekten der Verbindungen von Natur und Gesellschaft schufen Grundlagen für die Arbeit des Lehrstuhls für Umweltökonomie.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bildeten die theoretischen und methodologischen Grundlagen der Entwicklung und Planung der territorialen Produktionsstruktur und ihrer Effektivität den Schwerpunkt der Forschungsarbeiten des Wissenschaftsbe-

reichs. Ausgehend von den langjährigen Vorarbeiten u. a. des Wissenschaftsbereiches wurden eine Bestandsaufnahme vorliegender theoretischen Erkenntnisse vorgenommen und neue Fragestellungen als Ausgangs- und Rahmenbedingungen für die weitere Forschung formuliert.

Darauf aufbauende Untersuchungen konzentrierten sich insbesondere auf:

- Konsequenzen der Kombinatsbildung und -entwicklung für die territoriale Organisation der gesellschaftlichen Arbeit,
- die Rolle technischer und technologischer Innovationsprozesse für die Standortverteilung der Produktion und die rationelle Nutzung räumlicher Reproduktionsbedingungen sowie u. a.
- die Erfassung und Messung von Rationalisierungseffekten durch eine Verbesserung der räumlichen Organisation der Produktion in Kombinaten und Gebieten.

Diese Arbeiten bestimmten auch den Beitrag des Wissenschaftsbereiches im Rahmen des Generalschemas zur Standortverteilung der Produktivkräfte in der DDR.

Zahlreiche Zwischenergebnisse der Forschung wurden – falls dies der Geheimhaltungsgrad zuließ – publiziert und auf wissenschaftlichen Arbeitstagungen vorgestellt.

Ein wichtiges Forum dafür waren Tagungen der Fachsektion Ökonomische Geographie der Geographischen Gesellschaft der DDR in den Jahren 1973 (Probleme der Planung der territorialen Produktionsstruktur), 1977 (Standortorientierungen von Industriezweigen) und 1980 (Zur rationellen Gestaltung der regionalen Produktionsstruktur). Zu diesem Zeitpunkt wurden dem Bereich auch weitere Möglichkeiten der Teilnahme an Tagungen im Ausland eingeräumt, so z. B die Teilnahme am Kongress der Internationalen Geographen Union (IGU) 1976 in Moskau (*siehe Abb. 4*).

Diese umfangreichen Forschungsarbeiten des Wissenschaftsbereiches, der 1980 10 Mitarbeiter hatte, waren nur unter aktiver Einbeziehung der Studenten der Spezialisierungsrichtung Territorialökonomie sowie auch von Fernstudenten zu realisieren. Dies geschah vor allem mit der Anfertigung von Diplomarbeiten. Auch externe Aspiranten bearbeiteten Forschungsthemen, die in der Regel mit ihrer Dissertation abgeschlossen wurden.

Eine große Bedeutung im Wissenschaftsbetrieb des Bereiches besaßen die postgradualen Lehrgänge zur berufs- und funktionsspezifischen Qualifizierung von territorialökonomisch orientierten Praktikern mit abgeschlossener Hoch- und Fachschulausbildung, welche in entsprechenden staatlichen und betrieblichen Einrichtungen arbeiteten. Diese Lehrgänge, mit einer Dauer von 4 Semestern seit 1966 in Regie des Wissenschaftsbereiches durchgeführt, enthielten auch – bereichsübergreifend – Themen anderer Wissenschaftsgebiete (u. a. Rechnungsführung, wissenschaftliche Führungstätigkeit, Politische Ökonomie, Datenverarbeitung). Sie schlossen mit einer Abschlussarbeit sowie einem Zertifikat ab. Die Lehrgänge entwickelten sich – neben dem Anspruch, die neuesten Erkenntnisse des Fachgebietes zu vermitteln – zu Foren des Erfahrungsaustausches zwischen Wissenschaft und Praxis. Sie waren beispielhaft für eine fachbezogene Weiterqualifizierung und landesweit hoch anerkannt. Der letzte von insgesamt 11 Lehrgängen wurde im Jahre 1990 abgeschlossen.

Abb. 4: Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Kongress der Internationalen Geographischen Union (IGU) 1976 in Moskau.

Bis hin zu den 1980er Jahren hatte sich der Bereich unter der bewährten Direktorenschaft von Prof. Dr. Kehrer zu einer leistungsfähigen Organisationseinheit mit flexibel einsetzbaren Wissenschaftlern entwickelt.

Im Wissenschaftsbereich mit seinen 3 Lehrstühlen waren nunmehr insgesamt 16 Mitarbeiter (1988) tätig[3]: 3 Professoren, 2 Dozenten, 4 Oberassistenten, 4 Assistenten, 1 Sekretärin, 2 Forschungsstudenten.

Im raumwissenschaftlichen Kontext des Lehrgebietes waren alle wesentlichen Lehrinhalte moderner Ausbildung enthalten. Diese wurden in Abständen hinsichtlich ihrer Qualität und Aktualität auf vorbereiteten bereichsinternen Lehrkolloquien überprüft. So entstand Mitte der 1980er Jahre ein neues Lehrkonzept.

Der Wissenschaftsbereich war weiterhin – allerdings in unterschiedlicher Akzentuierung und Schwerpunktsetzung – in allen Lehrformen der Hochschule vertreten (Direktstudium, Fernstudium, postgraduales Studium und sonstige Weiterbildung).[4]

In der Vertiefungsrichtung „Territorialökonomie“ an der Sektion Volkswirtschaft schlossen jährlich im Durchschnitt 20 Studenten ihr Studium ab. Sie fanden eine Tätigkeit vor

[3] Zu diesem Zeitpunkt waren im Wissenschaftsbereich Territorialökonomie beschäftigt: H. Kümmel, G. Kehrer, S. Voigtsberger, W. Menge, B. Fege, F. Meißner, D. Casper, L. Schilde, D. Lucht, R. Nachtigall, I. Goede, M. Goebel, Brunow, W. Stahl.

[4] Bei den in der Abbildung 5 genannten Titeln „Fachbücher der Raumordnung“ wird auf folgende Quellen verwiesen: Territorialplanung, 2. neu ausgearbeitete Auflage, Berlin 1980 sowie Raumplanung und Raumforschung in der DDR, siehe dazu die Literaturliste.

allem in territorialplanenden Bereichen der Bezirke, Kreise und Kommunen. Bereits vorher konnten sie nach dem 4. Semester in einem mehrwöchigen Berufspraktikum gewisse Erfahrungen in diesen Tätigkeitsbereichen sammeln. Im Rahmen dieses Studiums wurden als sinnvolle Form zur wissenschaftlichen Förderung interessierter und fachlich guter Studenten kleine Forschungszirkel eingerichtet, die sich inhaltlich an Forschungsschwerpunkten des Bereiches orientierten (u. a. in Form von anwendungsbereiten Fallbeispielen) und von erfahrenen Wissenschaftlern begleitet wurden. Die fachlich Besten konnten ihr Studium als Forschungsstudenten weiterführen und mit einer Promotion abschließen.

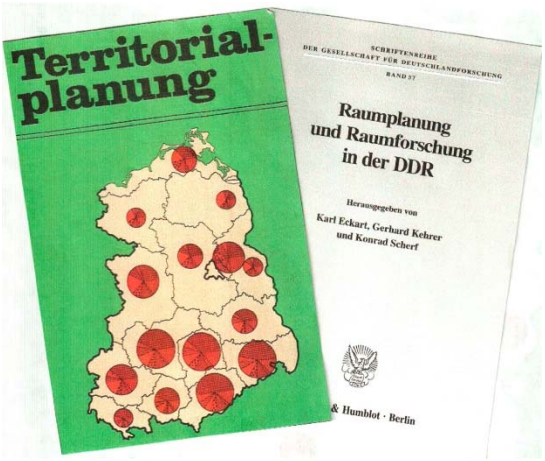


Abb. 5: Fachbücher der Raumordnung.

Die Territorialplanung der achtziger Jahre wurde – wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche – in zunehmendem Maße von der allgemeinen Verschärfung der Widersprüche in der DDR beeinträchtigt. Dies zeigte sich in der Verringerung ihrer Wirkungsmöglichkeiten und der damit auftretenden Diskrepanz zu den Ansprüchen, die an sie gestellt wurden. Die immer stärker auftretenden Entwicklungsprobleme, die sich auch in raumstruktureller Hinsicht auswirkten, konnten durch eine doch weitgehend langfristig orientierte territoriale Planung kaum vermindert, noch weniger gelöst werden.

Die von ihr erarbeiteten langfristigen Konzeptionen einer planmäßigen Raumentwicklung konnten mit einer zunehmend auf tagespolitische Entscheidungen reduzierten Wirtschaftspolitik nicht verwirklicht werden.

Zwar war die Weiterführung der in den siebziger Jahren begonnenen Arbeiten möglich, sie genügte aber den Erwartungen nicht vollständig. So erfolgte die Veröffentlichung und Diskussion von Forschungsarbeiten und Konferenzmaterialien zunächst zu grundsätzlichen Themen: zur rationellen Gestaltung der regionalen Produktionsstruktur unter den Bedingungen der Intensivierung der gesellschaftlichen Reproduktion (Materialien zur Arbeitstagung 1980), zur langfristigen Planung der territorialen Produktionsstruktur (Internationales wissenschaftliches Seminar 1983), zur Weiterentwicklung der sozialistischen Standorttheorie (Forschungsbericht 1984/85), Anforderungen an die Territorialforschung zur Standortverteilung der Industrie (Konferenzmaterial zur Arbeitstagung 1986), Strukturelle Entwicklung der Volkswirtschaft und der makroräumlichen Struktur (Konferenzmaterial 1987). Diese Arbeiten waren auf die Intensivierungsziele und ihre territoriale Sicherung gerichtet. Ein unmittelbarer Beitrag zur Lösung der sich verschärfenden

aktuellen Probleme konnte nur durch weiterführende Forschungen erfolgen. Dies geschah im Bereich vor allem im Rahmen der Weiterbildung und Qualifizierung (z. B. mit entsprechend thematisierten Abschlussarbeiten und Dissertationen, vor allem aber durch eine Ausrichtung der studentischen Forschungen (im Rahmen von Diplomarbeiten). Aus diesen Forschungen kamen eine Vielzahl von Einzeluntersuchungen mit Vorschlägen für die territoriale Rationalisierung z. B. in den Kreisen, die regionale Ressourcennutzung und den Schutz der natürlichen Umwelt, die Bildung von Gemeindeverbänden, die Beachtung der differenzierten Sozialstruktur in den Siedlungen oder die Verbesserung der Standortsituation von Industriebetrieben in städtischen Zentren, die von der Praxis stets anerkannt wurden.

Den Bemühungen um Profilierung der Ausbildung Rechnung tragend, wurde ab den 1980er Jahren auch die computergestützte Kartogaphie vermittelt, und es wurden im Zusammenwirken mit dem Rechenzentrum der Hochschule Praxisübungen entwickelt. Auch die obligatorischen studentischen Exkursionen in Einrichtungen der Städteplanung, der Territorialplanung und in territoriale Investitionskomplexe dienten der Veranschaulichung gewonnener theoretischer Erkenntnisse.

Die grundlegenden Forschungen des Wissenschaftsbereiches fanden aber für die Ausarbeitung langfristiger regionaler und territorialer Konzeptionen Anwendung, wie vor allem bei der Ausarbeitung des ersten und auch des zweiten „Generalschemas für die Standortverteilung der Produktivkräfte in der DDR“, das Ende der achtziger Jahre als Vorplanungsinstrument für den Fünfjahrplan 1991–95 vorlag. Für die Lehrarbeit ergaben sich aus der geschilderten Situation inhaltliche Konsequenzen, insbesondere für die jeweiligen Schwerpunkte der Planung der Territorialstruktur und die dabei anzuwendenden Methoden. Studenten und Dozenten erkannten dabei sehr wohl die zunehmende Diskrepanz zwischen den Intentionen der Territorialplanung und den realen Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele. Die Konfrontation mit der stagnierenden Entwicklung in Kleinstädten, mit dem baulichen Verfall innerstädtischer Gebiete (z. B. der technischen Infrastruktur), mit den neu entstehenden Disproportionen beim Aufbau neuer Wohngebiete und generell bei der räumlichen Verteilung des Wohnungsbaus, dem Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie usw. führten zu lebhaften Diskussionen in den Seminaren, so besonders auch in den Forschungszirkeln der Studenten, in denen relativ schonungslos nach Ursachen dieser Situation und nach Lösungen gesucht wurde.

Für die studentische Ausbildung wirkte sich positiv aus, dass bei der Vermittlung der Lehrinhalte des Fachgebietes bereits von Anfang an der Bezug zu den theoretischen Grundlagen hergestellt worden war. Diese theoretische Fundierung war für die Ausbildung von Territorialplanern eine wichtige Grundlage, auf der auch die Anpassung nachgeordneter Ziele und Methoden an sich ändernde wirtschaftspolitische Erfordernisse möglich wurden. Für die Lehre und Weiterbildung im Fachgebiet Territorialökonomie und -planung wurden mit der Herausgabe eines „Kompendiums der räumlichen Planung“ (Band I 1987 und Band II 1988) wesentliche Verbesserungen erzielt. Das Kompendium als eine ohne speziellen politischen und länderspezifischen Bezug erarbeitete Schrift war eine wichtige wissenschaftliche Arbeit des Bereiches. Neben der Darstellung theoretischer und wirtschaftspolitischer Zusammenhänge wurden Methoden und Instrumente der Territorialplanung an Beispielen erläutert und mit Übungen ergänzt. Dieses Kompendi-

Abb. 6: Internationales Symposium des Wissenschaftsbereiches Territorialökonomie 1987.

um war vor allem, aber nicht ausschließlich, für die Ausbildung von Fachleuten in Entwicklungsländern bestimmt. Es ergänzte die meist in englischer Sprache herausgegebenen Lehrmaterialien des Wissenschaftsbereiches für die Internationalen Sommerkurse und die UNIDO-Kurse an der Hochschule für Ökonomie, aber auch für Lehrkurse in Entwicklungsländern, z. B. am Nationalen Planungsinstitut in Kairo. Viele Jahre nach seinem Erscheinen dürfte das Kompendium auch heute kaum an wissenschaftlicher Aktualität und Nützlichkeit eingebüßt haben. Diese und andere Materialien wurden auch für die Beratertätigkeit und Fortbildungsmaßnahmen einzelner Wissenschaftler des Bereiches in anderen Entwicklungsländern genutzt, so z. B. in Angola, Äthiopien, Tansania, Nicaragua, Kuba, mit denen die DDR Regierungsverträge abgeschlossen hatte. Auch übernahmen Akademiker aus Ländern der Dritten Welt Aspiranturen im Wissenschaftsbereich, die sie an der Hochschule für Ökonomie mit der Promotion abschlossen.

In der internationalen Forschungskooperation mit Hochschulen im Ausland gewann vor allem die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau, Lehrstühle für Regionalpolitik und Wirtschaftsgeographie, eine große Bedeutung. Grundlage dafür war der im Jahre 1981 geschlossene Vertrag zwischen den Hochschulen. So fanden abwechselnd internationale wissenschaftliche Seminare in Berlin und Warschau statt, und zwar 1983, 1985 und 1987 zu weiter oben genannten Ergebnissen der Forschung. Ein viertes Seminar konnte wegen der Abwicklung der Hochschule für Ökonomie nicht mehr durchgeführt werden. Diese fruchtbare Zusammenarbeit, an der auf polnischer Seite vor allem Prof. Fierla, Dr. Zaida und Dr. Kucinski beteiligt waren,

führte auch zu einem längeren Austausch von Wissenschaftlern zwischen den Hochschulen.

Als Ausdruck erfolgreicher Wissenschaftsentwicklung und in Verbindung mit den Forschungsaufgaben sei hier auch benannt, dass bis zum Jahre 1990 im Bereich Territorialökonomie bzw. am Institut für Raumordnung und Umweltökonomie durch Assistenten und außerplanmäßige Aspiranten etwa 60 Dissertationen (A) angefertigt und an der Hochschule für Ökonomie verteidigt wurden. In dieser Zahl sind auch Promotionen einer Reihe ausländischer Aspiranten enthalten.

Außerdem gab es in dieser Zeit 15 Habilitationen (Dissertationen B) im Wissenschaftsbereich.

3. Weiterentwicklung des Wissenschaftsbereiches ab Ende der 1980er Jahre und zwangsweise Schließung des Instituts im Jahre 1992

Der Wissenschaftsbereich Territorialökonomie/Institut für Raumordnung und Umweltökonomie in seiner neuen Prägung hatte sich in seiner fast 40-jährigen Geschichte zu einer wichtigen Ausbildungsstätte für Absolventen in Raumökonomie und -planung entwickelt. Nicht zuletzt wegen der besonders seit den 1970er Jahren sich verstärkenden nationalen und internationalen Forschungskooperation hatte er sich eine hohe Anerkennung erworben.

Der Bereich war integraler Bestandteil der Sektion/des Fachbereiches Volkswirtschaft. Es wurden – wahlobligatorisch – Studenten in der Vertiefungsrichtung Territorialökonomie ausgebildet, und zwar vorwiegend für Planungsbehörden auf Kreis- und Bezirksebene, insbesondere aber für die Büros für Territorialplanung bei den Bezirksplankommissionen. Es war die einzige akademische Einrichtung mit diesem breiten Bildungsprofil für Territorialökonomen in der DDR. Darüber hinaus gab es noch das Institut für Regional- und Stadtplanung der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar sowie die Geographieausbildung an den Universitäten Berlin, Greifswald und Halle.

Seine Konstituierung als Institut für Raumordnung und Umweltökonomie erfolgte im August des Jahres 1990. Es war – wie später gezeigt wird – kein einfacher Namenswechsel, sondern dieser Schritt war mit einer tiefgreifenden Strukturänderung verbunden.

Die Umbenennung des Institutes zu diesem Zeitpunkt war erst im Zuge der Reformierung von Forschung und Lehre an der Hochschule für Ökonomie sowie der Bestimmung der neuen Wissenschaftsprofile möglich. Sie ordnete sich ein in die Durchführung entsprechender Maßnahmen an der Sektion bzw. im neuen Fachbereich Volkswirtschaft.

Die Idee zur Bildung des Instituts mit dieser wissenschaftlichen Prägung stand aber schon einige Zeit vorher auf dem Programm des Bereiches, weil sich die Überzeugung mehr und mehr festigte, dass die wachsenden Widersprüche in Wirtschaft und Gesellschaft und die zunehmenden Probleme in der Standortverteilung der Produktivkräfte und insbesondere die gravierenden Umweltprobleme in der DDR hochqualifizierte akademisch gebildete Fachleute benötigten.

Sie folgte den Tendenzen der Entwicklung der Raumwissenschaften und speziell den Erfahrungen und Ergebnissen räumlicher Planung in den fortgeschrittenen Ländern

Westeuropas und der Bundesrepublik Deutschland. Die Hinwendung von der Territorialökonomie zu dem wissenschaftlich eindeutiger bestimmbaren Gegenstand der Raumordnung einerseits und die damit möglich gewordene und längst überfällige institutionelle Verbindung von Raumordnung und Umweltökonomie folgte letztendlich dem Trend der internationalen Wissenschaftsentwicklung.

Ziel war es also, fachlich versierte Absolventen zur Qualifizierung praktischer Raumordnung/Raumordnungspolitik und Umweltökonomie in ihrer ebenenspezifischen Differenzierung in den Regionen Ostdeutschlands auszubilden.

Mit dieser disziplinären Kombination und der Konzentration von bislang auch in anderen Instituten des Fachbereiches vertretenen umweltökonomischen Lehrinhalten im Institut für Raumordnung und Umweltökonomie sollte hochschulpolitisch ein Zeichen zukunftsorientierter Wissenschaftsentwicklung gesetzt werden.

Besonders zu Ende der 1980er Jahre wurden – ohne die einschränkenden politischen und staatlichen Rahmensetzungen und Strukturen immer weniger berücksichtigen zu müssen – neue und längst überfällige theoretische und praktische Grundlegungen in der Lehre verankert. Dazu gehörten vor allem umweltökonomische Themen, für die es im Bereich u. a. dank der theoretischen Arbeiten von Schmidt-Renner bereits seit den 1960er Jahren einen beachtlichen wissenschaftlichen Vorlauf gab (siehe dazu die Liste der Publikationen von Schmidt-Renner am Ende des Beitrages). Umweltthemen bereicherten schon in den 1970er und 1980er Jahren die Lehrprogramme, ohne dies im Institutsnamen sichtbar machen zu können. Darüber hinaus wurden verstärkt mit standorttheoretischen und gebietsökonomischen Themen, mit der Anwendung mathematischer Methoden in der Territorialökonomie und -planung sowie mit neuen Forschungsergebnissen zu Theorie und Praxis räumlicher Dynamik von Produktion, Infrastruktur, Wissenschaft und Technik neue Akzente in der Aus- und Weiterbildung gesetzt.

Das breite Fundament territorialökonomischer Wissenschaftsansätze ermöglichte es, bereits im November des Jahres 1989 im Zuge der politischen Öffnung ein neues Lehrkonzept vorzulegen sowie ein Positionspapier zu „Vorstellungen zur Neugestaltung der Territorialplanung der DDR“ zu erarbeiten und der Staatlichen Plankommission zu übergeben. Dieses Papier enthielt auch einen wiederholt angeregten Vorschlag zur Gründung eines staatlichen Instituts für „Territorialforschung und Territorialstrategien (ITFS)“, um die Forschungskapazitäten der DDR zu konzentrieren. Zugleich unterstützte der Bereich Territorialökonomie der Hochschule sehr nachhaltig die von der Forschungsleitstelle für Territorialplanung der Staatlichen Plankommission erarbeiteten „Thesen für die Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Fragen der Standortverteilung der Produktivkräfte am 6.12.1989“, in denen Reformen der Territorialplanung auf allen Ebenen gefordert wurden. Zu den Aktivitäten des Wissenschaftsbereiches gehörten auch das im Januar 1990 vorgelegte Papier mit dem Titel „Wirtschaftsreform und Neugestaltung der Territorialplanung“ mit einer Anlage „Vorschläge zur Veränderung der administrativ-territorialen Gliederung“. Zu einem späteren Zeitpunkt im Herbst dieses Jahres wurden weitere Vorschläge zur Gebietsreform in den neu gebildeten Ländern Ostdeutschlands erarbeitet und eingereicht.

Für die Profilierung der Lehre und Forschung sowie der Lehrkonzepte war generell die von Schmidt-Renner begründete Theorie von der „Ökonomie des Raumes als das zentra-

le Anliegen einer räumlichen Ökonomie“ stets theoretisches Leitmodell der wissenschaftlichen Vertiefung von Lehre und Forschung im Bereich und darüber hinaus bei der Grundlegung der Territorialökonomie in Ostdeutschland.

Daran anknüpfend haben die ehemaligen Direktoren des Bereiches, R. Bönisch (1967–1977) und G. Kehrer (1977–1986), u. a. mit ihren Arbeiten zu territorialen Effektivitätsrechnungen und zur Relevanz und Widersprüchlichkeit räumlicher Entwicklung von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und der Dynamik von Produktions-, Infra- und Wissenschaftsstruktur, zur Erweiterung der theoretischen und planungsorientierten Basis nicht nur des Institutes beigetragen. Die enge Forschungskooperation mit anderen führenden Raumwissenschaftlern der DDR war für das Institut von großem Nutzen. Zu nennen sind hier insbesondere: E. Neef/Universität Leipzig, W. Ostwald /Leiter der Forschungsleitstelle für Territorialplanung, G. Mohs/Institut für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR und zeitweilig Präsident der Geografischen Gesellschaft der DDR, K. Scherf/Institut für Geographie der HUB und andere. Dass dabei stets auch theoretische und methodologische Herangehensweisen raumwissenschaftlicher Profilierungen und Erfahrungen von Raumwissenschaftlern aus anderen Ländern ausgewertet und genutzt wurden, soll hier mit Nachdruck bemerkt werden.

Dazu gehörten nicht nur die wissenschaftlichen Grundlagen der Klassiker der deutschen Landes- und Regionalplanung der 1920er und 1930er Jahre, wie z. B. Thünen, Christaller, Lösch, Launhardt u. a., sowie Theoretiker der modernen Standort- und Raumtheorien der Nachkriegszeit des In- und Auslandes, wie z. B. Perroux (Theorie der Wachstumspole), Böventer (Theorie des räumlichen Gleichgewichts), Bökemann (mathematische Methoden der Standortbestimmung), sondern auch ein intensives Quellenstudium über die Praxis von Landes- und Regionalplanung in den alten Bundesländern. Natürlich wurden ebenso Forschungsergebnisse von Territorialwissenschaftlern aus osteuropäischen Ländern, wie z. B. Secomski, Fierla, Zaida, Winiarski und Kucinski (Polen), Berri, Feigin, Belousow und Nekrassow (Sowjetunion), ausgewertet und genutzt.[5]

Themen mit diesem Hintergrund spielten in den wissenschaftlichen Graduierungsarbeiten des Instituts immer wieder eine unverzichtbare Rolle.

Besonders die Zeit seit der Jahreswende 1989/90 und das gesamte Jahr 1990 bis hin zu der dann unerwarteten Schließung der Hochschule im Jahre 1991 war für die Mitarbeiter angefüllt mit intensiven konzeptionellen Arbeiten für die Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Lehrinhalte. Dazu gehörte auch die Aufnahme neuer Kontakte zu gleichgelagerten Instituten in den alten Bundesländern. Einen besonderen Stellenwert dabei hatte die zu Beginn des Jahres 1990 begonnene Wissenschaftskooperation mit dem Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin. Hochschullehrer dieses Instituts unterstützten die territorialökonomische Ausbildung im Direktstudium und postgradualen Studium der Hochschule für Ökonomie (Prof. Künkel und Dr. Winkel). Umgekehrt

[5] Vgl. Konrad Scherf, Theoretische Grundlagen und Methoden, Organisationsformen, Ergebnisse und Probleme der interdisziplinären Raumforschung in der DDR – Versuch einer generellen Wertung. In: Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Herausgegeben von Karl Eckart, Gerhard Kehrer und Konrad Scherf, Berlin 1998.

führten Wissenschaftler des Wissenschaftsbereiches Lehrveranstaltungen an der TU durch (Dr. Fege und Dr. Menge).

Gleichermaßen haben Wissenschaftler des Bereiches die neu gebildeten externen Umschulungs- und Fortbildungseinrichtungen vor allem im Raum Berlin/Brandenburg unterstützt und Lehraufgaben übernommen.

Darüber hinaus brachte die Teilnahme an besonders im Jahre 1990 veranstalteten deutschlandweiten Kolloquien, Fachseminaren bundesdeutscher Länder und die Veranstaltungen der Akademie für Raumordnung und Landesplanung nicht nur einen hohen Informationsgewinn, sondern auch die Erkenntnis, wie mit der Neubildung der Länder in Ostdeutschland die Belange der Landes- und Regionalplanung strukturell zu sichern sind. Es galt ja die Frage zu beantworten, wie das vierstufige Planungssystem, von der Raumordnung des Bundes über die Landes- und Regionalplanung bis hin zur kommunalen Bauleitplanung, auszugestalten ist. Damit konnte zunächst pauschal die Frage beantwortet werden, in welcher Form Fachkader aus der Staatlichen Plankommission, Abt. Territorialplanung, und aus den Kreis- und Bezirksplankommissionen/Büros für Territoriale Planung in Strukturen von Ministerien, Länder und Kreise im vereinten Deutschland überführt werden können.

Diese mit der staatlichen Einheit Deutschlands und speziell mit der Ländereinführung ab 14. Oktober 1990 neu gebildeten föderativen Strukturen der Landes- und Regionalplanung waren bereits vorher mit dem ab 1. Juli 1990 wirksam gewordenen „Gesetz zur Inkraftsetzung des Raumordnungsgesetzes der BRD in der DDR“ (sog. Übernahmegesetz vom 1. Juli 1990) vorbestimmt.

Der Bereich Territorialökonomie und danach das Institut für Raumordnung und Umweltökonomie hatten sich auf diesen Treffen konzeptionell und mit konkreten Beiträgen an den gesamtdeutschen Meinungsbildungen zu Lösungswegen künftiger Raumordnung, Landes- und Regionalplanung im vereinten Deutschland beteiligt. Dies war im Jahre 1990 nicht nur auf dem vom Bayrischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen veranstalteten ersten „Raumordnungssymposien Bayern/DDR“ im Mai sowie auf den dann im Juli in Ulm und im September in Magdeburg durchgeführten Symposien zu Fragen der künftigen Landes- und Regionalplanung in den neuen Bundesländern der Fall.

Insbesondere auf den unter Schirmherrschaft des Ministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der Bundesrepublik im Juni und September 1990 in Bonn veranstalteten Fachtagungen „Raumordnung in Deutschland“ wurden die raumordnerischen Leitlinien künftiger Entwicklung in Ostdeutschland weiterhin diskutiert. Die von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in einem Papier vom Oktober 1990 veröffentlichte Aufforderung, Vorschläge und Anregungen für die Ausgestaltung der Raumplanung einzureichen, ist mit der weiter unten genannten Denkschrift, die unter maßgeblicher Mitwirkung von Wissenschaftlern des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie ausgearbeitet wurde, im Oktober 1990 geschehen.

Es wurde auf all diesen Treffen die Aufgabe bekräftigt, dass der zu sichernde Aufbau von Landes- und Regionalplanung sowie von kommunaler Entwicklungsplanung in den neuen Ländern eine möglichst nahtlose, sachorientierte Überführung und Bündelung

verfügbarer Fachkräfte aus vorhandenen zentralen Einrichtungen, Büros und Ämtern in die neuen Strukturen der Länder, Kreise und Kommunen erforderte. Auch wurde die Erwartung vermittelt, dass dem Bedarf an Absolventen für Behörden und Ämter durch entsprechende Potentiale akademischer Ausbildung und Forschung entsprochen werden sollte. Uneingeschränkt wurde der Auffassung (auch von den politischen Verantwortungsträgern) zugestimmt: Innerhalb der im Umbruch befindlichen Hochschullandschaft des östlichen Deutschland muss – mit dem verpflichtenden Blick auf eine hochschulpolitisch sinnvolle Komplettierung von Ausbildungsstätten in ganz Deutschland – in diesem Teil des vereinten Landes der Ausbildung in Raumordnung einen festen Platz eingeräumt werden. Den daraus erwachsenden Konsequenzen wollte und konnte sich der Bereich Territorialökonomie der Hochschule durch die Weiterführung seiner konzeptionellen Arbeiten zur Profilierung der Lehre stellen.

Im Ablauf der vielen Ereignisse des Jahres 1990 wollen wir rückblickend besonders drei Schwerpunktaufgaben nennen, die in der Arbeit einen besonderen Platz einnahmen:

(1.) Die im Frühjahr 1990 begonnene Arbeit zur Konzipierung der künftigen Funktion und Struktur der Lehrstühle des Instituts ist dann, wie bereits hervorgehoben, mit der Bildung des Instituts im August 1990 und der geheimen Wahl von Hochschuldozent Dr. sc. B. Fege zum Institutsdirektor abgeschlossen worden. Der Gründung gingen intensive Diskussionen und Abwägungen voraus.

Um den künftigen Anforderungen in der Aus- und Weiterbildung gerecht zu werden, hatte sich das Institut schließlich (zunächst vier, dann) in drei Lehrstühle gegliedert:

- Lehrstuhl Raumplanung und Standortplanung,
- Lehrstuhl Regionalplanung und kommunale Entwicklungsplanung,
- Lehrstuhl Umweltökonomie.

Ausgehend von langjährig bewährten Lehrinhalten in Territorialökonomie und neuen inhaltlichen und planungspraktischen Erfordernissen entstand ein **modernes, zukunftsorientiertes Konzept** der Aus- und Weiterbildung in Raumordnung und Umweltökonomie mit folgenden (hier gebündelten) Hauptschwerpunkten:

Spezialisierungsrichtung in Raumordnung und Umweltökonomie im Hauptstudium (5. bis 8. Semester) des Direktstudiums:

- Theorien und Methoden der Standortbestimmungslehre; Prozesse der Standortplanung/ Allokationen und Lokalisierungen. Sektorale und bereichsmäßige Standortsysteme einschließlich Systeme der Infrastruktur.
- Theorie, System, Instrumente und Methoden der Raumplanung/Regionalplanung, kommunale Entwicklungsplanung. Raumordnungspolitik/Regionalpolitik; Theorie und Methoden der räumlichen Ordnung.
- Systemtheorie und Systemtechnik, Planungs- und Entscheidungstheorie und -technik einschließlich Planungskartographie.
- Globale und makroräumliche Raumwirtschaftstheorien und Methoden.
- Geografische, soziologische und rechtliche Grundlagen der Raumordnung.
- Grundlagen und Zielsetzungen der Umweltökonomie; Umweltschutz als Bestandteil gesamtwirtschaftlicher Ziele; Entwicklung, Bewertung und Wirksamkeit umweltpoliti-

scher Rahmenbedingungen sowie Instrumente und Methoden der Planung von Umweltschutz und Umweltgestaltung; ökonomisch-ökologische Bewertungen und Vergleiche; internationale Umweltpolitik.
– Theorie und Funktionsweise von Landschaften/Landschaftsökologie, ökologische Funktionsweise von Kulturlandschaften; Prinzipien, Leitbilder und Instrumente ökologisch orientierter Regionalentwicklung.

Wahlobligatorische Ausbildung in Raumordnung und Umweltökonomie innerhalb des Fachbereiches sowie fakultative Lehrangebote für andere Fachbereiche (z. B. Betriebswirtschaft).

Weiterbildung/postgraduales Studium, so u. a.

– Postgraduales Studium mit ausgewählten Schwerpunkten in Raumordnung und Umweltökonomie (siehe oben),
– Weiterbildungskurse zu ausgewählten Schwerpunkten der Raumordnung und Umweltökonomie,
– Lehre in der Weiterbildungsakademie des Magistrats von Ostberlin und in Weiterbildungsakademien verschiedener Institutionen.

Die Lehrverpflichtungen des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie wurden im Rahmen einer seit Anfang 1990 begonnenen Wissenschaftskooperation durch Hochschullehrer der Technischen Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, unterstützt.

(2.) Im Ergebnis dieser fruchtbaren Zusammenarbeit des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie mit dem Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU und dem Institut für Soziologie der TU sowie in Kooperation mit anderen Territorialwissenschaftlern der DDR wurde ein gemeinsames zukunftsorientiertes Positionspapier in Form einer **Denkschrift mit dem Titel „Neue Aufgaben und Perspektiven der Raumordnung in Deutschland“** – Feststellungen, Grundsätze und Anregungen – im vereinten Deutschland erarbeitet.

Diese Denkschrift wurde zum „Tag der Deutschen Einheit“ dem Ministerium für „Raumordnung, Bauwesen und Städtebau“ der Bundesrepublik Deutschland, der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover und anderen Institutionen übergeben.

Sie wurde auch in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie, (Heft 2/1991), mit einem Vorwort des damaligen Direktors des Instituts publiziert.

Dort heißt es mit dem verpflichtenden Blick auf die bevorstehende Entwicklung im vereinten Deutschland u. a.:

„Das weiträumige Staatsgebiet Deutschlands birgt die Chance einer weiträumigeren Gestaltung des gesamten Siedlungsgebietes mit einer deutlichen Ausprägung der Eigentümlichkeiten und des gedeihlichen Zusammenwirkens seiner Regionen.“

Und weiter heißt es: *„Die verschiedenartige Siedlungsentwicklung und die unterschiedlichen Ergebnisse der bisherigen Raumordnung in der Bundesrepublik und der DDR zwingen unausweichlich zu* ***einer neuen raumordnerischen Konzeption für das Ge-***

samtgebiet *(Hervorhebung, die Verfasser). Sie geben Veranlassung zu einer bedachten Überprüfung der Siedlungs- und Regionalpolitik, die bisherige Schwächen der Raumordnung beider Staaten auszugleichen vermag. […] die ebenfalls gewachsenen regionalen Disparitäten erfordern den Ausgleich."*

(3.) Der große Bedarf an Informationen über die DDR-Wirtschaft, über deren Entwicklungsstand, über die Umweltsituation und Probleme in Regionen und Kommunen im Vorfeld der politischen Einigung und danach regte auch Wissenschaftler des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie zu einer verstärkten publizistischen Tätigkeit an. Es gab ein nachhaltiges Interesse vieler Wissenschaftler von Instituten der volkswirtschaftlichen Fachbereiche und anderer Institute zur Mitwirkung an Projekten des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie. Es wurden in kurzer Zeit wichtige Beiträge und Broschüren veröffentlicht. Dazu gehörten z. B. der bereits im März 1990 erschienene „Regionalreport DDR", „DDR-Wirtschaft '90" und vor allem im Herbst 1990 die Denkschrift „Neue Aufgaben und Perspektiven der Raumordnung in Deutschland."

Auch nach Schließung der Hochschule entstand in den Folgejahren unter der maßgeblichen Mitherausgeberschaft von G. Kehrer und unter Mitwirkung ehemaliger Wissenschaftler des Instituts eine bedeutsame Schrift „Raumplanung und Raumforschung in der DDR", in der – sachlich fundiert und kritisch beleuchtet – die Territorialplanung in der DDR untersucht und in den wesentlichen Konturen dargestellt wurde. Interessanterweise fand auf dieser Basis Ende 1996 an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin-Karlshorst eine Arbeitstagung statt. Diese im Verlag Duncker & Humblot, Berlin, erschienene Schrift möge als Beispiel dafür gelten, wie ohne Voreingenommenheit und „tendenziöse Scheuklappen" Wissenschaftsentwicklung in der Zeit der DDR aufgearbeitet wird und weiter beleuchtet werden sollte (siehe Publikation in der Literaturliste am Ende des Beitrages).

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zeichnete sich mehr und mehr ab, dass die eingeleiteten Reformen in der Hochschule und die Versuche einer inhaltlichen und strukturellen Neuprofilierung ins Leere liefen und die Abwicklung der Hochschule für Ökonomie einschließlich ihrer neu gebildeten Institute auf der Tagesordnung stand.

Die Chance einer tiefen Neuorientierung und der Erhaltung leistungsfähiger Potentiale in Lehre und Forschung einzuräumen, war weder im Senat von Berlin gewollt, noch gab es einen ernsthaften Versuch einer Evaluierung der Wissenschaftspotentiale. Die Bereitschaft zur Bestandssicherung wurde den Studierenden durch Weiterführung ihres Studiums entweder an der Hochschule vor allem durch Lehrkräfte anderer Hochschuleinrichtungen bzw. an anderen Einrichtungen Berlins (TU und FU von Berlin-West) geboten.

Noch rechtzeitig vor der Schließung der Hochschule für Ökonomie konnte der letzte postgraduale Lehrgang in Territorialökonomie abgeschlossen werden. Jedoch haben die Direktstudenten in der Vertiefungsrichtung Territorialökonomie ihr Studium in dieser Form nicht weiterführen können.

Auch wenn in Anbetracht dieser Situation kaum Hoffnung auf die Erhaltung einzelner Institute und Bereiche bestand, gab es doch intensive und ernsthafte Bemühungen und Versuche zur Erhaltung des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie mit sei-

nem Potential leistungsfähiger älterer und jüngerer Wissenschaftler. Nicht nur Wissenschaftler unseres Instituts gingen davon aus, dass eine abrupte wissenschaftsdisziplinäre Ausgrenzung nicht vorstellbar sei und es daher im hochschulpolitischen Erneuerungsprozess nützliche und integrative Formen eines fachwissenschaftlichen Fortbestandes geben muss. Gerade im politischen Einigungsprozess sollten die Verantwortung der Politik insgesamt und die der Landespolitik von Berlin im Besonderen darin bestehen, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, um fachwissenschaftliche Potenziale nutzen zu können.

Angesichts der auf den vorstehend genannten deutschlandweiten Treffen der Raumordnung geäußerten Erwartung zur Erhaltung von Ausbildungsstätten einerseits und den damals prognostizierten Bedarfsanforderungen an Absolventen der Landes- und Regionalplanung allein in den Ländern, Regionen und Kommunen in Höhe von etwa 2 000 schien es geboten, in Abstimmung mit dem Fachbereich besonders dem Senat als der zuständigen politischen Ebene Vorschläge und ein Konzept für eine mögliche Bestandssicherung des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie oder Teilen davon zu übergeben. In dem Papier vom März 1991 mit Überlegungen zur Sicherung der Hochschulausbildung im Fachgebiet Raumordnung wurden nicht nur begründete Varianten unter Beachtung bestehender Ausbildungsprofile am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU und in der Geographieausbildung der Humboldt-Universität vorgestellt, sondern es gab auch vorzugsweise einen diskussionswürdigen Konzeptansatz vom Mai 1991 für eine Integration raumwissenschaftlicher und umweltökonomischer Ausbildungsgegenstände an der neu zu bildenden Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin-Karlshorst.

Die Antwort des Senats ließ fast ein halbes Jahr auf sich warten, und zwar mit folgendem Wortlaut: Wir zitieren auszugsweise:

„[…] im Nachgang zu unserem Schreiben vorn 14.05.1991 und in Auswertung der uns übermittelten Stellungnahmen des Direktors des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität, Herrn Prof. Daub, sowie des Planungsbeauftragten für den Bereich Karlshorst der neu zu gründenden Fachhochschule in Berlin-Ost, Herrn Prof. Knigge, teilen wir mit, daß wir momentan keine Möglichkeit für eine Ausweitung der in Berlin bereits vorhandenen Ausbildungskapazitäten in den Bereichen Raumplanung und Umweltökonomie sehen. Die in Ihrem Schreiben vom 18.04.91 angesprochenen Ausbildungsschwerpunkte auf den Gebieten Landschaftsentwicklung, Regionalplanung, kommunaler Entwicklungsplanung, Umweltökonomie, unternehmerischer Standortplanung, Standortlehre etc. werden z. Bsp. von den Fachbereichen 2, 8 und 14 der Technischen Universität sowie vom Fachbereich 11 der Technischen Fachhochschule Berlin abgedeckt. Im Bundesgebiet bieten u. a. die Universitäten Dortmund, Göttingen, Kaiserslautern, Stuttgart und Trier sowie die TH Aachen den Vollzeitstudiengang Raumplanung mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und Ausrichtung auf den Gebieten Architektur und Stadtplanung, Geographie, Bauingenieurwesen, Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre oder als Bauingenieurwesen, Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre oder als integrierte Studiengänge Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung an.“

Damit wurde zunächst jede Ausbildungsmöglichkeit im Osten Deutschlands in dieser bewährten, breiten Profilierung ausgelöscht.

So ergab sich eine für Außenstehende unverständliche Situation, dass die einzige Ausbildungsstätte, die Generationen von Territorialökonomen in der DDR ausgebildet hatte, keine Chance eines weiteren Fortbestehens bekam.

Welch‘ fatale und wenig überzeugende Entscheidung deutscher Hochschulpolitik im Einigungsprozess!

Viele Jahre später stellt Winkel, einer der profiliertesten Raumwissenschaftler der Bundesrepublik (Dresden/Wiesbaden), in einem Beitrag fest: „Eine fundierte Planerausbildung, wie sie in den alten Bundesländern in Dortmund, als Aufbaustudium in Karlsruhe oder früher mal **für die Territorialplanung in der DDR** (Hervorhebung, die Verfasser) bestand, wird heute im gesamten östlichen Teil Deutschlands nur noch im ehemaligen West-Berlin an der Technischen Universität Berlin angeboten.“ Diese Situation hat sich 20 Jahre später nicht wesentlich verändert.

Und weiter beklagt Winkel: „Heute wird in Ostdeutschland eine Planerausbildung nur als Ergänzungsanhängsel an das Architekturstudium, in der Geographenausbildung oder umweltorientiert in Dresden in dem dort neugeschaffenen Aufbaustudium Umweltschutz und Raumordnung angeboten. Nun gibt es zwar in Cottbus einen Studiengang Stadt- und Regionalplanung, aber nach der dafür bestehenden Studienordnung handelt es sich lediglich um ein Ergänzungsangebot an das Architekturstudium, vergleichbar mit dem, wie es in Dresden besteht.“[6]

Weitergehende Aussagen zur Entwicklung des Bereiches Territorialökonomie und -planung bzw. des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie sind aus den bereits genannten und zitierten Quellen zu entnehmen**.**

4. Publikationen in den 1990er Jahren

Regionalreport der DDR 1990 – Grundzüge räumlicher Strukturen und Entwicklungen III. / 6. Umweltsituation. Herausgegeben von B. Fege, M. Göbel und H.-U. Jung. Hochschule für Ökonomie, Bereich Raumordnung und Umweltökonomie und Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Berlin-Karlshorst/Hannover, im März 1990.

Neue Aufgaben und Perspektiven der Raumordnung in Deutschland – Feststellungen, Grundsätze und Anregungen – Auf Anregung von Wissenschaftlern der Institute Raumordnung und Umweltökonomie der Hochschule für Ökonomie Berlin und Stadt- und Regionalplanung und für Soziologie der Technischen Universität Berlin erarbeitetes Diskussionspapier unter Mitarbeit von: G. Kehrer, K. Künkel, R. Mackensen, W. Menge, W. Ostwald, R. Winkel, W. Serbser. Herausgegeben zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin, Heft 2/1991.

DDR – Wirtschaft `90; Zahlen, Fakten, Hintergründe. Herausgegeben von Berthold Fege; Economica Verlag Bonn, 1990.

D. Lucht: Gedanken zum regionalen Aspekt einer ökologischen Strukturreform. In: Diskussionsschriften der Arbeitsgruppe Ökologische Wirtschaftspolitik. Herausgegeben von Diefenbacher, Oktober 1990.

[6] Rainer Winkel, von der Territorialplanung zur Raumordnung; In: Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Herausgegeben von: Eckart, K./ Kehrer, G./Scherf, K. Berlin 1998 (siehe Literaturliste).

Fünf neue Länder im Osten Deutschlands, Autorenkollektiv des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie der Hochschule für Ökonomie. In: Die Wirtschaft Nr. 29/1990 (Beilage)

Wirtschaftspartner Ostdeutschland; Wirtschaftsaktivitäten mit und in den neuen Bundesländern. Herausgegeben von Dipl.-Volkswirt Dr. Heinrich Weiler.

M. Kämpfe, Standortbedingungen für ausländische Investitionen in Polen – Ein Leitfaden für Berater und Investoren. Herausgeber: Berthold Fege. IDW – Verlag GmbH Düsseldorf 1992.

G. Kehrer, Unveröffentlichte Bemerkungen zu Gerold Kind: Raumplanung in der DDR. In: Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 1993, S.776-782.

Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Herausgegeben von: Eckart, K./ Kehrer, G./Scherf, K. Berlin 1998. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 57. Mit Beiträgen: Kehrer, G: Abriss der Entwicklung der Territorialplanung in der DDR. Die Raumplanung in der DDR zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Scherf, K.: Theoretische Grundlagen, Organisationsformen, Ergebnisse und Probleme der interdisziplinären Raumforschung in der DDR – Versuch einer generellen Wertung. Scherf, K.: Siedlungsstruktur. Casper, D.: Infrastruktur, Menge, W.: Flächennutzung. Winkel,R.: Von der Territorialplanung zur Raumordnung. Eckard, K./ Kehrer, G./Scherf,K: Zusammenfassung und Ausblick. Kehrer, G./Scherf, K.: Thesen zur Arbeitstagung am 07.11.1996.

J. Sagert, Für eine ökologisch und sozial determinierte Wirtschaftsentwicklung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin, Heft 3/1990.

J. Sagert, Wandel in den Wertvorstellungen und wirtschaftspolitischen Zielen – grundlegende Bedingung einer sozial und ökologisch determinierten Wirtschaftsentwicklung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin. Nr.4/1990.

G. Kehrer, Industriestandort Ostdeutschland. Eine raumstrukturelle Analyse der Industrie in der DDR und in den neuen Bundesländern. FIDES Verlags- und Veranstaltungsgesellschaft Berlin 2000.

Zur Erinnerung an Prof. Dr. rer.pol. Gerhard Schmidt-Renner (1911–1998).
Seine Publikationen zum Thema „Umweltökonomie“

1. Beiträge und Artikel

Über Regelungen zum Schutz von Naturressourcen und -potenzen der gesellschaftlichen Reproduktion und Rekreation vor Störfaktoren in der DDR. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 2/1972.

Zur sozialistischen Ökologie des Menschen in Siedlungen. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 3/1972.

Versuch über eine sozialistische ÖKOLOGIE DES MENSCHEN. Studien zum Mensch-Umwelt-Verhältnis (I). In: Beiträge aus Forschung und Lehre, HfÖ 3/1973.

Über die Siedlung als Umwelt. Studie zum Mensch-Umwelt-Verhältnis (II). In: Beiträge aus Forschung und Lehre, HfÖ 4/1973.

Über territoriale Verhaltensweisen bei der Reproduktion von Arbeitskraft und Bevölkerung in der DDR. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 3/1973.

Zur territorialen Existenz- und Bewegungsform der sozialistischen gesellschaftlichen Reproduktion. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 4/1973.

Sozialistischer Umweltschutz unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 1/1974.

Über das Gesellschaft-Umwelt-Verhältnis und seine Gestaltung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 3 u. 4/1974.

Ökonomische Aspekte des sozialistischen Umweltschutzes (IV). In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie, Heft 3/1975.

Über Umwelt- und Territorialforschung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 3/1975.

Karlheinz Chilinski, Gerhard Kehrer und Gerhard Schmidt-Renner, Umweltstörungen durch industrielle Produktion. In: Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft der DDR, Band 13, Beiträge zur territorialen Produktionsstruktur, Gotha/Leipzig 1976.

Beziehungen zwischen Umweltschutz und Territorialökonomie. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 3/1977.

„Pfisters Mühle“, ein literarisches Denkmal der Umweltverschmutzung. In: Petermanns geographische Mitteilungen, Heft 3/1977.

Umweltschutz und Stadtplanung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 4/1977.

Zum räumlichen Aspekt der Umweltverschmutzung. In: Geographische Berichte, Heft 88/1978.

Über den Umweltbegriff als Kombination verschiedener Umweltaspekte. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 4/1978 sowie in der Zeitschrift Landschaftsarchitektur 2/1982.

Zur Standortproblematik der Bereitstellung industriellen Brauchwassers. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 2/1979.

Sach- und Standortfaktoren von Abwasserbehandlungsanlagen. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 1/1980.

Räumliche Besonderheiten ausgewählter Bereiche der Umweltbelastung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen Heft 2/1980.

Das zentrale Anliegen einer räumlichen Ökonomie – Eine raumökonomische Grundsatzerörterung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 3/1981.

Zum Verhältnis von Umweltentsorgung und Territorialplanung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 1/1982.

Anmerkungen zum Schema „Gesellschaft-Umwelt-Verhältnis und sein Management“ von Hans Mottek, Material to the research project „ecological-systems“ – Standortverteilung der Produktion oder der Produktivkräfte? In: Petermanns geographische Mitteilungen, Heft 3/1984.

Raumökonomische Grundkategorien (Teil II). In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 4/1984.

Zur raumökonomischen Terminologie. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 2/1985.

Zum globalen, sozialen und räumlichen Aspekt des Umweltschutzes. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 1/1986.

Umweltvernutzung – Naturressourcenverschleiß (Alfred Zimm zum 60.Geburtstag gewidmet). In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 3/1986.

Umweltverschmutzung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 1/1987.

2. Bücher, Broschüren und Lehrbriefe

Ökonomische Aspekte des sozialistischen Umweltschutzes, Problemthesen und sonstige Bemerkungen. Zur „Woche der sozialistischen Landeskultur, 1973“, als Manuskript herausgegeben. Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ Berlin-Karlshorst, Sektion Sozialistische Volkswirtschaft, Wissenschaftsbereich Territorialökonomie.

Herausgegeben von Schmidt-Renner: Sammelband von Materialien von der Konferenz „Ökonomische Aspekte des sozialistischen Umweltschutzes“ anlässlich der Woche der sozialistischen Landeskultur – Konferenzmaterial 1974; mit Beiträgen von R. Bönisch, E. Sachse, H. Mottek, H. Schönherr, H. Gilgenast, H. Schindler, S. Wittling, H. Roos, H. Engelhardt, H.-J. Böhme, u. a. Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“, Berlin, Wissenschaftsbereich Territorialökonomie.

Territorialökonomie und -planung, 9. Lehrbrief, II. Ausgabe/1984. Thema: Nutzung und Schutz des Naturmilieus der gesellschaftlichen Reproduktion in der DDR. Lehrbriefe für das Hochschulfernstudium, Herausgegeben von der Zentralstelle für das Hochschulfernstudium des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen.

Herausgegeben von Gerhard Schmidt-Renner: Wirtschaftsterritorium Deutsche Demokratische Republik, Berlin 1960. In Russisch: Ekonomitscheskaja Geografia GDR, Moskau 1962.

Die Autoren

Berthold Fege, geb.1934. Dr. sc. Territorialökonom. Hochschullehrer und Unternehmensberater i. R. Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1956 Diplom. Danach Beginn der wissenschaftlichen Laufbahn an der Hochschule für Ökonomie. 1964 Promotion A, Thema: „Probleme der äußeren Abgrenzung von großstädtischer Wirtschaftsgebieten“. 1970–1975 leitende Tätigkeit in der Bezirksplankommission Berlin auf dem Gebiet für langfristige Stadtplanung und Standortplanung. 1975 Rückkehr zur Hochschule für Ökonomie. 1985 Dissertation B, Thema: „Die Rationalisierung regionaler Produktionsstrukturen als Effektivitätsfaktor der Standortverteilung der Industrie“. Hochschuldozent ab 1985 für das Fachgebiet Volkswirtschaft (Territorialökonomie). 1991 bis 1992 Institutsdirektor des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie. Ab 1991 bis 2002 Unternehmensberater für kommunale Entwicklungsplanung und ab 1995 beratende Tätigkeit in der LMBV auf dem Gebiet der Entwicklung von Braunkohlefolgelandschaften im Rahmen des Braunkohle-Sanierungsbergbaus. Zwischenzeitlich Projektleiter in der Region Kaliningrad/Russland (1992–1995) sowie Berater in der Ukraine (2002 und 2004). Ende der beruflichen Tätigkeit sowie der Tätigkeit als Honorardozent für Regionalpolitik ab 2002.

Wolfgang Menge, geb. 1933. Dr. rer. oec. habil. Territorialökonom, Hochschullehrer i. R. Studium an der Hochschule für Ökonomie, Diplom 1956, danach Beginn der wissenschaftlichen Laufbahn an dieser Einrichtung im Institut für Ökonomische Geographie und Regionalplanung. 1962 Promotion, Thema: „Zum Problem der rückständigen Gebiete in kapitalistischen Staaten“, 1967 Habilitation, Thema: „Standortkonzeption der Elektroindustrie in der Hauptstadt der DDR, Berlin“. 1969 Hochschuldozent für das Fachgebiet Volkswirtschaft (Territorialökonomie) an der Hochschule für Ökonomie. 1991–1995 Mitarbeiter in der Wirtschaftsforschung gGmbH. Ab 1995 Ende der beruflichen Tätigkeit (Rentner).

Das Hauptgebäude der ehemaligen Hochschule für Ökonomie (Berlin). Aufnahme: Edwin Stiller, 2009. Quelle: Privatarchiv Edwin Stiller. https://de.wikipedia.org/wiki/Hochschule_für_Ökonomie_Berlin (11.9.2018).

Kontinuität von Leitbildern räumlicher Entwicklung in der Entstehungsphase der Territorialplanung der DDR am Beispiel der Zentrale-Orte-Theorie[1]

Hermann Behrens

Im Ergebnis theoretischer Diskussionen über das übernahmefähige Erbe der Raumplanung in Deutschland und regionalplanerische Arbeiten in der Sowjetunion lagen in der DDR Mitte der 1950er Jahre konzeptionelle Vorarbeiten für eine „eigenständige" Territorialplanung als einer in die Volkswirtschaftsplanung integrierten räumlichen Planung unter den spezifischen Bedingungen der DDR vor (hierzu ausführlich Behrens 1997).

Es gab mehr oder weniger umfangreiche und detaillierte Vorstellungen für die Ziele, Grundsätze, Aufgaben und die institutionelle Aufgabenverteilung zwischen einer „ökonomischen" Territorialplanung, die von der Staatlichen Plankommission gesteuert wurde, und einer „technisch-gestalterischen" Planung des Ministeriums für Aufbau und der „Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung" in den Bezirken.

Darüber hinaus gab es bereits im Wesentlichen den Begriffsapparat der späteren Territorialplanung, und es existierte mit dem von der Sowjetunion übernommenen Begriff des „territorialen Produktionskomplexes" bzw. der „komplex-territorialen Planung", verbunden mit dem Ausgleichsziel (Abbau der in der DDR gravierenden Disparitäten zwischen den Nord- und Südbezirken), ein Entwicklungsleitbild. Nach hier nicht näher prüfbarer Auffassung von *Kind* herrschte bis in die 1960er Jahre die These von der Deglomeration, dem Abbau der Ballungsgebiete in den südlichen und der Industrialisierung der nördlichen Gebiete vor (vgl. Kind 1995: 780), bis sich die Einsicht herausgebildet hatte, dass Ballungsgebiete aufgrund ihrer Agglomerationsvorteile die besten ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten boten.[2]

Ein wichtiger Gegenstand der theoretischen Diskussion in den ersten Nachkriegsjahren war dabei die Zentrale-Orte-Theorie, die auf *Walter Christallers* (1893–1969) zurückgeht.

---

[1] Prof. Dr. Karl-Hermann Hübler gewidmet.

[2] In den zwei Forschungsgemeinschaften „Nordgebiete" (unter Leitung von O. Rühle) und „Ballungsgebiete" (unter Leitung von G. Mohs und Mitarbeit u. a. von F. Klitzsch) „wurden Grundlagen für die weitere Entwicklung der beiden extrem unterschiedlichen Gebietstypen erarbeitet, die zu extrem verschiedenen Auffassungen führten. Es ist das Verdienst der noch über Jahre fortgeführten Ballungsgebietsforschung in Halle (Mohs/Scholz), die potentiellen Vorzüge der Ballungsgebiete herausgearbeitet zu haben. Unter dem Zwang der Entwicklungsprozesse wurde die ‚Nutzung der Ballungsvorteile' nach 1975 – eingeordnet in die wirtschaftliche Strategie der Intensivierung als Reproduktionstyp – zur grundlegenden territorialpolitischen Maxime" (Kind 1995: 780).

Christallers „Zentrale-Orte-Theorie

Die Zentrale-Orte-Theorie diente Christaller zunächst lediglich als Erklärungsansatz für die Siedlungsentwicklung in Teilen Süddeutschlands unter Versorgungsaspekten (vgl. hierzu Christaller 1933). Er fragte nach Gesetzmäßigkeiten, die die Anzahl, Größe und Verteilung von Städten bestimmen und sah dabei die Beziehungen zwischen Käufern und einem Zentrum als wesentliche Kategorie an. Die Herausbildung zentraler Orte hing demnach von der Reichweite zentraler Dienste und Güter für die Einwohner der Stadt und die ihrer Umgebung ab, weil Käufer nach Reiseentfernungen entscheiden würden. Als Indikator für „Zentralität“ wählte er seinerzeit die Zahl der Telefonanschlüsse in einer Stadt.

Zentrale Orte waren laut Christaller demnach Siedlungen, die Mittelpunkt für den umgebenden Bereich sind, in dem sie zentrale Güter und Dienstleistungen bereitstellen. Je höher der Rang des Zentrums, desto breiter das Angebotssortiment. Als *Ergänzungsgebiete* definierte er Gebiete, die von jeweils einem Zentrum versorgt werden.

Zentrale Orte haben einen *Bedeutungsüberschuss*, der durch das Verhältnis zwischen den Diensten, die insgesamt bereitgestellt werden (für die Stadt und das Ergänzungsgebiet) und den Diensten, die nur für die Stadtbewohner selbst benötigt werden, bestimmt wird. Die Differenz ist der Bedeutungsüberschuss.

Die Zentrale-Orte-Theorie Christallers und ihre Anwendung im Kriegszusammenhang

Christallers Theorie wurde wenige Jahre später, nach dem Überfall NS-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939, in den „eingegliederten Ostgebieten“ angewandt und zwar im Zusammenhang mit dem Kolonisierungsplan „Generalplan Ost“. Dieser wurde kriegsverlaufsbegleitend bekanntlich von einer Planungsgruppe der Planungshauptabteilung des Reichsführers der SS unter der Leitung des „Obmanns“ der damaligen Reicharbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und SS-Standartenführers Prof. Dr. *Konrad Meyer erarbeitet*.[3] Die Umsetzung des „Generalplan Ost“, der unter der Internetadresse http://gplanost.x-berg.de/gplanost.html vollständig abrufbar ist, hätte die Vernichtung, Vertreibung und „Umsiedlung“ von mindestens 31 Millionen Menschen aus den „eingegliederten Ostgebieten“ bedeutet (u. v. a. Madajczyk 1996: 8 und 11). Der „Generalplan Ost“ setzte bereits gedanklich die Eliminierung der dort lebenden Bevölkerungen durch „Umvolkung“, „Eindeutschung“, Vertreibung und Mord voraus. Im Distrikt Lublin wurde er praktisch umgesetzt, wobei zahlreiche polnische Bürgerinnen und Bürger den Tod fanden (vgl. hierzu Wasser 1996: 15–61).

Methodische Reduktionen im Zentrale-Orte-Modell erleichterten laut *Walz* seine Anwendung für die Kolonisierung Polens. „Christaller klammert(e) die arbeitsteilige Ko-

[3] Eine kritische Reflexion der Geschichte von Raumordnung und Landesplanung bis 1945 unternahmen einzelne Forscher aus den „alten“ Bundesländern seit Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre. Der erste, der Auszüge aus der Studie des ehemaligen Leiters und Reichsobmannes der Reicharbeitsgemeinschaft für Raumforschung und SS-Oberführers Konrad *Meyer:* „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues“ veröffentlichte, war wohl der Historiker Reinhard *Opitz*; vgl. Opitz 1977: 898.

operation der Industrie einerseits und die in einem historischen Prozess der Industrieentwicklung entstandene räumliche Konzentration der Industrien andererseits aus. Seine Analyse ließ nur eine gewerbliche Produktion zu, die von ihren Betriebsgrößen und ihrer Produktionspalette her ganz auf die Landwirtschaft bezogen“ war (Walz 1979: 91 f.). Die daraus abgeleiteten Prämissen „Handwerk“ und „Landwirtschaft“ seien im Sinne von „Reagrarisierungs“-Vorstellungen bei der „Neuordnung“ der „eingegliederten Ostgebiete“ leitend gewesen.

Hinzu kam eine (1938 versuchte) „Umfälschung“ der Christallerschen Prämissen durch den damaligen Leiter des „Instituts für wirtschaftliche Raumforschung“ an der Universität Rostock, Hans *Weigmann* (dem die Erfindung des Begriffs „Raumforschung“ zugeschrieben wird). Christallers Modell habe als ein System der Gleichverteilung von Absatzgebieten und Konsumenten mit hierarchisch überlagerten Versorgungsfunktionen für eine rassistisch begründete Eroberungspolitik keine Begründung geliefert. „Weigmann glaubte dies dennoch zu erreichen, indem er Christallers hierarchisches System auf das Prinzip Zentralität reduzierte und es als ein ‚Strukturprinzip von Gebietskörpern 1. Ordnung‘ bezeichnete. Ohne die Bezeichnung ‚Gebietskörper‘ mit Kriterien seiner räumlichen Abgrenzung zu versehen, setzte Weigmann nun aus den Kategorien Christallers ein System von ‚Gebietskörpern‘ über das Modell: […] der Gebietskörper 2. Ordnung wird durch das Prinzip der <u>Homogenität</u>, der Gebietskörper 3. Ordnung durch das Prinzip der <u>Komplementarität</u> bestimmt‘. Darüber folgten die Gebietskörper 4., 5. und 6. Ordnung, in denen sich dieselben Prinzipien auf höherer Stufenleiter wiederholten: ‚Dabei wird die Zentralität zur Souveränität (Staatsraum), die Homogenität zur Artgleichheit des Blutes und der Rasse (Volksraum), die Komplementarität zur imperialen Großräumigkeit (Imperium).‘ Weigmann versuchte, ausgehend von ihren grundsätzlichen Schwächen, die Christallersche Konstruktion der [NS-] Lebensraumideologie anzupassen. Er ebnete damit den Weg zur Anwendung des Modells der zentralen Orte für die Fixierung großer Teile Polens auf eine Stufe als unterentwickeltes Gebiet und Siedlungsraum für künftige deutsche Bauernkolonisatoren nach der Besetzung“ (Walz 1979: 92; Walz zitiert aus Weigmann 1938: 163 f.).

Wasser sieht als Motiv für die Anwendung der Zentrale-Orte-Theorie hauptsächlich ein militärisches: „Die Theorie der *Zentralen Orte* war für den *Ostaufbau* der Nationalsozialisten deshalb von so entscheidender Bedeutung, weil nur durch eine organisatorisch und verwaltungsmäßig straffe Gliederung der eroberten Gebiete und ihrer Siedlungen eine dauerhafte und reibungslose Beherrschung möglich war. [...] Mit dem über das Land gelegten Raumordnungsmuster der *zentralen Orte* hoffte man, bei geringem *Menschenbesatz* von Einwohnern deutscher Zunge längerfristig die gewünschte *Umvolkung* bei einem Mindestmaß an militärischer Präsenz realisieren zu können. Für die Kreisstädte war jeweils eine Garnison vorgesehen, die bei konsequenter Anwendung der *Zentralen-Orte-Theorie* eine ausreichend lähmende und abschreckende Wirkung auf die *fremdvölkischen* Bewohner haben würde“ (Wasser 1993: 30; auch Wasser 1996: 17).

Christaller wandte das von ihm entdeckte System zentraler Orte als Sachbearbeiter im Stabe Meyers in Form eines „Planungsmodells“ für den Umbau Polens nun selbst zum ersten Mal praktisch an, ergänzt um einen Versuch zu den Planungsproblemen von „Notstandsgebieten“ (Christaller 1940 und Christaller 1941; zu den Modifikationen des Zent-

rale-Orte-Modells Wasser 1993: 29). Er baute dabei im Sinne von Konrad Meyers „Reagrarisierungs"-Vorstellungen das Zentrale-Orte-System auf der bäuerlichen Produktion auf (vgl. zu den zugrundeliegenden Leitbildern der faschistischen Lebensraumideologie Walz 1979: 87-93). *Christaller* untersuchte den „Ostraum" 1940 unter Versorgungsaspekten. Seine ursprünglich entwickelte Konzeption der Zentralen Orte musste er angesichts der wesentlich dünneren Besiedlung nun erheblich modifizieren.

Josef *Umlauf*, seinerzeit Mitarbeiter im Planungsamt des RKF (Himmlers „Reichkommissariat für die Festigung deutschen Volkstums"), schrieb in einer Stellungnahme von 1986, dass Christaller in seinen Untersuchungen von 1940 „primär von seinem abstrakten geometrischen Schema aus(ging) und dabei unter weitgehender Vernachlässigung der historisch gewachsenen Siedlungsstruktur zu Vorschlägen (kam), die zum Teil unrealistisch waren". Die Konzeption wurde dann im Planungsamt des RKF überarbeitet. Die in der 1941 veröffentlichten Karte („Die zentralen Orte in den Ostgebieten") von *Christaller* entwickelten Planungsvorschläge hätten, so Umlauf weiter, „also in der Raumplanung für die eingegliederten Ostgebiete keine Bedeutung erlangt und sind nie ‚planerisch festgelegt' worden. Die große Bedeutung der Theorie der zentralen Orte für die Raumplanung bleibt davon aber unberührt" (Umlauf in Madajczyk 1994: 554). Bruno Wasser bewertet die Anwendung der Zentrale-Orte-Theorie in den „eingegliederten Ostgebieten" als ihren *Missbrauch* (Wasser 1993: 57). „Das eher mittelständische *Christallersche Modell* [...] wurde von den *Lebensraumdespoten* imperialistisch verstanden und bewertet: Nicht die *Versorgung* des Raumes stand primär an, sondern seine *Beherrschung*" (Wasser 1993: 30 f.).

Auseinandersetzungen mit der Zentrale-Orte-Theorie in der SBZ/DDR bis Anfang der 1950er Jahre

Im Folgenden sollen die Auseinandersetzungen um die Zentrale-Orte-Theorie dargestellt werden, die in den ersten Jahren nach der Befreiung vom Faschismus in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und dann in der DDR geführt wurden.

„Zentrale Orte" tauchten als Begriff bereits im § 1 des Gesetzes über den 1. Fünfjahrplan auf (vgl. Klitzsch 1953: 45). Über den Stellenwert der Zentrale-Orte-Theorie wurde in den ersten Jahren nach dem II. Weltkrieg recht intensiv diskutiert. Dabei wurde generell die Existenz zentraler Orte als bestimmendes Element der Struktur von Räumen anerkannt. Umstritten war die Definition dessen, was ein zentraler Ort sein und nach welchen Kriterien bzw. mit welchen Methoden die Zentralität von Orten bestimmt oder analysiert werden sollte.

Hervorgehoben wurde, dass Christaller das Verdienst zukomme, überhaupt das Zentrale-Orte-Problem und den Begriff in die Diskussion eingeführt zu haben. Er habe „mit diesem Ausdruck einen knappen Begriff für eine Erscheinung gefunden, die sonst nur umständlich und auch nur ungenau zu umschreiben war" (Neef 1950: 6). Der Begriff habe sich seit Erscheinen von Christallers „Die zentralen Orte in Süddeutschland" im Jahre 1933 allgemein eingebürgert. Das sei, so schrieb *Ernst Neef*, „vor allem [..] der fortschreitenden Hinwendung der Wissenschaft zur funktionellen Betrachtungsweise" zuzuschreiben. „In der Tat ist ja der zentrale Ort definiert als Standort von Funktionen, die für

ein weiteres Gebiet ausgeübt werden. Der zentrale Ort ist also gekennzeichnet durch seine funktionellen Beziehungen über den Raum hin, und man muss dies wohl unterscheiden von anderen Beziehungen eines Ortes, die man als zentral bezeichnen könnte, wie z. B. von reinen Lagebeziehungen“ (Neef 1950: 6).

Am 23.11.1949 ging es auf dem I. wissenschaftlichen Kolloquium der Abt. für Kulturlandschaftsforschung und Landesplanung – einer von Ernst *Neef* an der Universität Leipzig geleiteten Abteilung, die eine Schöpfung des sächsischen Landesplaners Kurt *Wiedemann* war – u. a. um das Problem der „zentralen Orte in Sachsen“.

Im Protokoll der Diskussion des Vortrags von *Neef* zu diesem Thema wurde festgehalten, dass nach Auffassung einiger Teilnehmer die Theorie Christallers für Thüringen und Sachsen nicht stimme (*Prof. Schultze*, Jena). Untersuchungen von *Schultze* (vgl. Schultze 1951: 6-10 und Schultze 1949) in Thüringen und *Neef* in Sachsen[4] hätten gezeigt, dass „praktisch keines der von der Christallerschen Theorie behaupteten Kriterien gültig blieb.“[5] Der mecklenburgische Landesplaner *Werner Giese* aus Schwerin entgegnete dem allerdings, dass in Mecklenburg die Zentrale-Orte-Theorie hilfreich sein könne: „Durch die Bodenreform sind eine ganze Reihe von Orten entstanden, doch fehlen typische Hauptdörfer in diesem Neubauerngebiet. Um sie entwickeln zu können, muss man versuchen, mit der Methode der zentralen Orte weiterzukommen.“ Dabei verwies er unwidersprochen und unkommentiert auf Erfahrungen aus dem „Warthegau“: „Der Versuch einer Raumforschungsstelle vor 10 Jahren, das Christaller`sche System im ehemaligen Warthegau auf die Wirklichkeit zu übertragen, ließ sich von der kleinsten Einheit aufsteigend bis zur Kreisstadt sehr gut anwenden. Weiter versagte die Methode völlig. In unserem Agrargebiet müssen wir uns weiter mit der Methode befassen. Es scheint nicht, als ob sie hier unbedingt zu Fehlschlägen führte.“[6]

Die Zentrale-Orte-Theorie wurde auf der o. g. Tagung nur mit Bezug auf ihre wissenschaftliche und planungspraktische Bedeutung diskutiert. Um mit den Worten *Gerhard Kehrers* zu sprechen (mdl., 13.1.1997), zeigte sich schnell die „*technokratische Konvergenz*“ der Zentrale-Orte-Theorie bei ansonsten bestehender „*ideologisch-praktischer Divergenz*“ (dazu weiter unten): Sie behielt in der SBZ/DDR ihre Bedeutung, weil sie als Erklärungsmodell für die Siedlungsstruktur und ihre Entwicklung und als Leitbild für die Gebietsplanung herangezogen werden konnte.

Was nur ansatzweise diskutiert wurde, war die „ideologisch-praktische Divergenz“, das heißt der Anwendungszusammenhang der Christallerschen Theorie im gerade überstandenen Faschismus. Möglicherweise wusste *Giese* kaum etwas über die Ereignisse im Warthegau, der zu den sog. „eingegliederten Ostgebieten“ gehörte und in den „Generalplan Ost“ der Planungsgruppe um Konrad *Meyer*, Erhard *Mäding*, Josef *Umlauf*, Walter *Christaller*, Herbert *Morgen* und Heinrich *Wiebking-Jürgensmann* einbezogen war. Und

---

[4] vgl. auch das in Teilen abweichende Manuskript der genannten Veröffentlichung, Bundesarchiv (Barch), DE 1, 4696; Text Prof. Dr. Ernst Neef, Untersuchungen über die zentralen Orte in Sachsen; abgeschlossen: März 1949; die Akte enthält 64 Blätter (Blätter 1-56+jeweils RS (56 Textseiten, Blätter 31-64: Tabellen zum Text).

[5] Barch, DE 1, 17559, Bl. 69.

[6] Barch, DE 1, 17559, Bl. 70.

auch die anderen Anwesenden wussten entweder nichts oder wollten den Anwendungszusammenhang nicht problematisieren. Lediglich *Hans Mucke*, zu dieser Zeit Referent für Landesplanung in der Deutschen Wirtschaftskommission, nahm mit dem nicht näher kommentierten Hinweis, dass diese Theorie im Faschismus anerkannt gewesen sei, eine ablehnende Haltung ein.

Neef hatte in seiner Untersuchung versucht, die zentralen Orte und ihre Verteilung in Sachsen nach Christallers Telefonmethode zu ermitteln. Christaller hatte bekanntlich in seiner Untersuchung in Süddeutschland, ausgehend von der Betrachtung von Versorgungsfunktionen zentraler Orte (Versorgung mit wirtschaftlichen, kulturellen und gesundheitlichen Gütern und Dienstleistungen, Verwaltungsfunktionen, Verkehrsanbindung), die Zahl der Telefonanschlüsse als Vergleichsmaßstab genommen und das Merkmal „Zentraler Ort“ aus der überdurchschnittlichen Zahl der Telefonanschlüsse abgeleitet. Als Ergebnis gewann *Christaller* ein Verteilungsschema zentraler Orte verschiedenen Ranges in der geometrischen Form eines Sechseckverbandes (vgl. *Abb. 1*). Nach *Neefs* Untersuchung bestand nun in Sachsen „weder eine klare Rangordnung der zentralen Orte nach ihrer Verteilung noch läßt sich in irgendeiner Weise allgemein eine Sechseckordnung erkennen. Die zentralen Orte folgen offenbar völlig anderen Verteilungsprinzipien, als es dem von *Christaller* angewandten und als ökonomisch bezeichneten entspricht“ (Neef 1950: 7 f.).

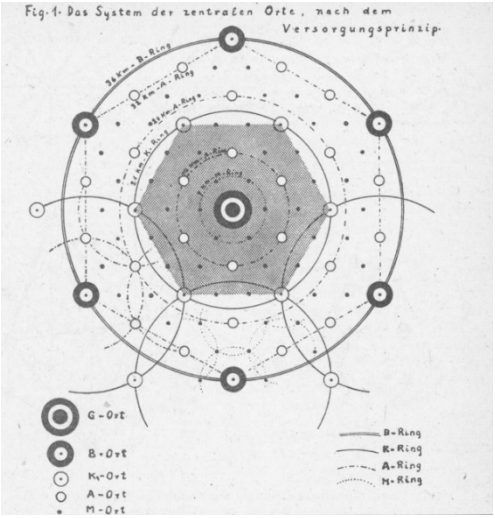


Abb. 1: Das System der zentralen Orte nach dem Versorgungsprinzip. Quelle: Christaller 1933.

Eine wesentliche Ursache dafür sah er darin, dass Christaller sich auf funktionale Kriterien (Versorgungsfunktion zentraler Dienste) beschränkte, in Wirklichkeit aber neben dem *funktionellen Prinzip* auch das *chorologische* (differenzierende Wirkung landschaftlicher Gegebenheiten) und das *Gesetz der Beharrung* (Verlust von zentralen Funktionen ohne Bedeutungswandel des Ortes im Laufe der historischen Entwicklung)[7] die Zentrali-

[7] „Infolge des Beharrungsgesetzes wirken längst überholte Zustände heute noch im räumlichen Gefüge der zentralen Orte nach. Die Faktoren, die besonders bedeutsam für die Ausbildung des Netzes zentraler Orte gewesen sind, sind die folgenden:
a) die alten Stadtrechte, die die Städte zu privilegierten Sitzen des Handwerks und zu Marktorten machten,
b) die Marktrechte, die einzelnen Landgemeinden (Marktflecken) mehrmals im Jahr die Abhaltung allgemeiner oder spezieller Märkte zusicherten,
c) die alten Verkehrswege, an denen sich die im alten Verkehrssystem eingebundenen Orte auf-

tät von Orten beeinflusse und das funktionelle Prinzip ohnehin abhängig sei von sozialen Einflüssen. Danach differiere die Bedeutung zentraler Dienste je nach Bevölkerungsgruppe und deren unterschiedlichen Bedürfnissen.

Neef suchte nun nach einem anderen Merkmal, um die Zentralität der Orte zu ermitteln und definierte dazu folgende Auswahlkriterien:

„Um ein Element repräsentativ verwenden zu können, muss es folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. Es muss allgemein verbreitet sein [...] Alle Elemente, die keine allgemeine Verbreitung haben, sondern an örtliche oder regionale Voraussetzungen gebunden sind, [...], sind für die repräsentative Methode unbrauchbar.
2. Es muss dem Prinzip der funktionellen Vertretung unterliegen, d. h. das gewählte Element übt von einem gewissen Standort aus die ihm übertragene Funktion für einen größeren Raum aus, der von dieser Funktion als Ergänzungsgebiet leer bleibt.
3. Der Standort muss in unmittelbarer Verbindung mit seinem Ergänzungsgebiet stehen. Seine Funktion muss aus dem Bedürfnis ‚seiner' Landschaft heraus erwachsen. Das Ergänzungsgebiet muss ein geschlossenes Areal darstellen. [...]
4. Zwischen dem repräsentativen Element und den übrigen zentralen Diensten müssen enge positive Korrelationen bestehen. D. h. jede Steigerung der zentralen Dienste muss sich in einem Bedeutungszuwachse des repräsentativen Elements widerspiegeln.
5. Zu nicht zentralen Funktionen muss eine negative Korrelation oder eine neutrale Beziehung bestehen, damit nicht andere als zentrale Dienste die Größenordnung des repräsentativen Elements beeinflussen können" (Neef 1950: 9).

Verwaltungsfunktionen, Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr erfüllten zwar sämtlich zentrale Dienste, und der Verkehr sowie der Großhandel spielten für die Standortsbildung der zentralen Orte eine grundlegende Rolle, jedoch erfülle von allen bisher statistisch erfassbaren zentralen Diensten der Einzelhandel am besten die oben aufgestellten Bedingungen für eine repräsentative Vertretung der zentralen Orte überhaupt (Neef 1950: 11).[8] Alternativ zu Christallers Telefonmethode untersuchte Neef nun das Problem der zentralen Orte in Sachsen als Erscheinung der zentralen Einkaufsorte. Ihm war bewusst, dass auch damit keine allgemeingültige Erklärung für die Entstehung und Verteilung zentraler Orte gegeben war (Neef 1950: 11).

Aus seiner Darstellung der zentralen Einkaufsorte schlussfolgerte er, dass weder das von Christaller ermittelte geometrische Anordnungsschema noch eine geregelte Rangordnung der zentralen (Einkaufs-)Orte in Sachsen existierte. „Nur in einigen Landesteilen beste-

---

reihten,
d) Amts- und Gerichtssitze ehemaliger Territorialherrschaften und Ämter.
Hingegen sind für die Umgestaltung in jüngerer Zeit wichtig geworden:
1. die neuen Verkehrswege, Verkehrsmittel und Verkehrsgeschwindigkeiten,
2. die Bevölkerungsballungen, die sich mit der industriellen Entwicklung bildeten und eine Differenzierung der Lebensformen herbeiführten, so dass das einfache ökonomische Prinzip aufgespalten und in seiner Allgemeingültigkeit außer Kraft gesetzt wurde" (Barch, DE 1, 4696, Bl. 52 f.).

8 „Industrie und Handwerk (sind) nicht ursprünglich städtebildende Faktoren. Sie schaffen nicht zentrale Orte, sondern sie verursachen Bevölkerungsagglomerationen" (Neef 1950: 10).

hen noch Relikte davon. Die Gegenwart weist vielmehr ausgesprochene Häufungsgebiete (zentraler Orte) aus, neben denen fast leere Räume bestehen. Die Erklärung dieses Bildes ergibt erstens, dass die von Christaller angenommene ‚Reichweite' der einzelnen zentralen Güter und Dienste in Wirklichkeit nicht existiert, sondern nach Sozialgruppen aufgespalten ist" (Neef 1950/51: 326)[9] Die Ursache für die Zerstörung des Systems zentraler Orte, sofern es möglicherweise in der vorindustriellen Gesellschaft bestand, sah Neef in der Industrialisierung mit der ihr folgenden Bevölkerungsagglomeration und Verstädterung. Christaller bleibe trotz aller Kritik das Verdienst, „das Problem als erster angepackt zu haben. Auf seinen Erfahrungen muss die Forschung aufbauen [...]" (Neef 1950: 17).

Neefs 1950 veröffentlichte Forschungsergebnisse waren laut *Schultze* bereits 1939 entstanden (Schultze 1951: 108, FN 19). Sie unterstrichen die landes- und standortplanerische Bedeutung *modifizierender Bedingungen* (historische, geographische, soziale) für die Entwicklung Zentraler Orte. Deutlich werden in der Auseinandersetzung mit der Theorie Christallers auch die damaligen Vorstellungen davon, welche Probleme, Ziele und Aufgaben die räumliche Planung lösen (helfen) sollte. Dabei stand für Neef der Abbau der Entwicklungsunterschiede zwischen Agglomerationen und Agrarräumen und die Schaffung „gesund gemischter Räume" im Vordergrund.[10]

Neef kam auf das Problem der zentralen Orte auch in einer weiteren Veröffentlichung zu sprechen. Darin bewertet er nochmals Christallers Bedeutung für die Landesplanung: Sie „beruht vor allem auf seinem Bestreben, allgemeingültige Regeln für die Streuung und Größenordnung der zentralen Orte zu gewinnen. Dieses einfach erscheinende, in die unübersichtlich und so schwer zu beschreibenden Tatbestände Klarheit bringende System der zentralen Orte übt eine ungeheure Anziehungskraft auf den aus, der die ganze Vielfältigkeit der kulturlandschaftlichen Erscheinungen und Beziehungen nicht überschauen kann. Daher besteht auch die Gefahr, dass das, was Christaller in vielleicht schon unzulässiger Weise vereinfacht und abstrahiert, nochmals einer Vereinfachung unterworfen und damit einem gefährlichen gleichmacherischen und wirklichkeitsfremden Schematismus zugeführt wird. Hier liegt einer der kritischsten Gefahrenpunkte für die Planung überhaupt. Begegnen kann man dieser Gefahr nur durch eine bessere und wirklichkeitsnahe Klärung des Problems. Daher erheben einsichtige Planer immer wieder die Forderung nach einer umfassenden Bearbeitung des Problems der zentralen Orte" (Neef 1950/51: 323).

Neef forderte,

- die Definition des zentralen Ortes zu klären;
- den Kreis zentraler Funktionen klar zu umreißen und zur Diskussion zu stellen;
- die regionale Bindung (Reichweite) zentraler Funktionen zu klären (örtliche Funktionen, Regionalfunktionen, überregionale Funktionen);
- das Problem der Überlagerung regionaler Zentren durch (weltmarktorientierte, regional ungebundene) singuläre Zentren zu klären.

---

[9] „Die Bewertung von Zeit und Geld ist bei den verschiedenen Sozialgruppen verschieden, und schon innerhalb der großstädtischen Gesellschaft zeigen sich erhebliche Unterschiede."

[10] vgl. Barch, DE 1, 4696, Bl. 55 f.

Letzteres stelle das ganze historisch gewachsene System zentraler Orte in Frage: „Wie das von *Thünen* aufgestellte System der räumlichen Ordnung der Urproduktion um ein Absatzzentrum im Laufe des vergangenen Jahrhunderts zerbricht und ein ‚Thünenscher Ring' nach dem anderen zusammenbricht, bis schließlich nur noch wenige Reste in der Gegenwart davon übrig geblieben sind, wie die regional gebundene Urproduktion durch die regional ungebundene Weltmarktversorgung ersetzt wird, so wird die alte regional gebundene Arbeitsteilung mit ihrem klaren System von zentralen Orten verschiedenen Ranges zerstört und ersetzt durch eine überregionale Arbeitsteilung, die die singulären Punkte emporwuchern läßt, damit die alte regionale Ordnung der zentralen Orte durchsetzt und zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Wie der Zusammenbruch des *Thünenschen* Systems eine schärfere Betonung der geographischen Gunst zur Folge hatte, so differenziert sich die weltmarktgebundene Produktion ebenfalls stark nach den geographischen Gegebenheiten" (Neef 1950/51: 326). Gerade diese kulturlandschaftliche Entwicklung, die zur Herausbildung, aber auch zu Bedeutungsminderung und -verlust zentraler Orte führe, werde von Christaller vernachlässigt. Dies sei der „bedeutendste Mangel der Christallerschen Deduktion" (Neef 1950/51: 326).

Schultze beschäftigte sich auch mit neueren Arbeiten Christallers zum Zentrale-Orte-Problem,[11] insbesondere mit dessen Versuchen einer mehrfach modifizierten Staffelung der Größenordnung von zentralen Orten und ihren Einzugsbereichen nach Versorgungsprinzipien, Verwaltungsfunktionen und Verkehrsanbindung. Anhand einer Untersuchung von 40 zuvor nach bestimmten Kriterien empirisch ermittelten zentralen Orten in Thüringen ergab sich, dass die Christallersche Methode nicht anwendbar war und die Ausprägung und Verteilung der zentralen Orte deutlich von den Verhältnissen in Süddeutschland abwichen (Schultze 1950: 110).

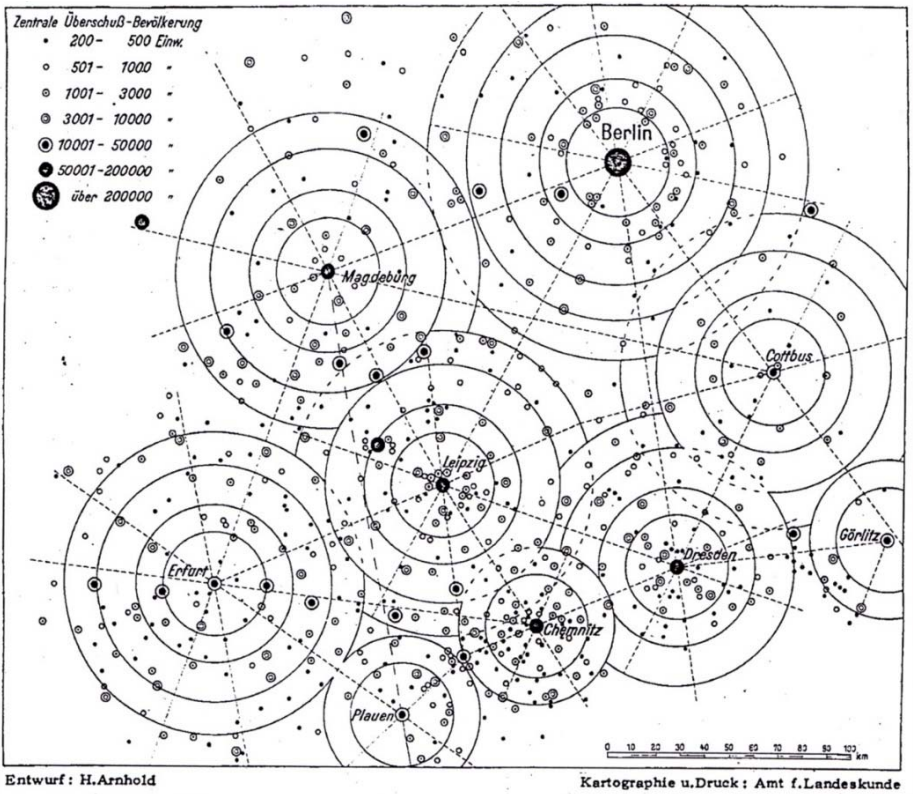
Arnhold versuchte, im Raum Chemnitz anhand historischer Karten auf der Grundlage der Bevölkerungszahl die Christallersche Idealform der Verteilung der zentralen Orte (Sechseck) zu rekonstruieren. Er stellte fest, dass sie, auch wenn für den historischen Zustand eine solche Idealform angenommen werden konnte, zum Untersuchungszeitpunkt (1950) nicht mehr vorhanden war. Im mitteldeutschen Raum untersuchte er, ob sich nach dem Kriterium „zentrale Überschussbevölkerung" (Anteil von Beschäftigten in „zentralen Diensten", hier: Hauptwirtschaftsabteilungen Handel und Verkehr sowie Öffentlicher Dienst) eine solche Sechseck-Verteilung zeigen würde: „Wir finden im Raum Mitteldeutschland 9 Systeme verschiedener Struktur (Berlin, Magdeburg, Cottbus, Erfurt, Leipzig, Plauen, Chemnitz, Dresden, Görlitz). Diese verschiedene Struktur ist durch die Sozialstruktur dieser Hauptorte einerseits und des sie umgebenden Gebietes andererseits bedingt. Aufgebaut hat sich dieses System auf dem idealen System der zentralen Orte, soweit sich dieses durch die reliefbedingten Abweichungen und die historischen Gegebenheiten entwickeln konnte. Dieser Umwandlungsprozess ist noch nicht zum Abschluss gelangt. Wir können also bei dem heutigen Stand der Entwicklung nicht von einem System der zentralen Orte sprechen, sondern müssen vielmehr von einem

[11] Schultze zitiert Christaller, W. 1941: Raumtheorie und Raumordnung. Archiv für Wirtschaftsplanung 1 und Christaller, W. 1950: Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa. Die Systeme der europäischen zentralen Orte. In: Frankfurter Geographische Hefte 24 (1950) 1. Frankfurt a. M.

Netz von Einzelsystemen sprechen. Hervorgerufen wurde diese Spaltung des alten Systems durch die Bevölkerungsagglomeration, die vor allen Dingen in den Hauptorten zu einem Anwachsen der Bevölkerung auf mehr als das Zehnfache in den letzten hundert Jahren geführt hat. Dadurch haben diese Hauptorte eine derartige Bedeutung erlangt, dass sie infolge ihrer Intensität eigene Systeme zu entwickeln bestrebt sind. Die Orte niederer Rangordnung haben diese Entwicklung nur zum Teil und in wesentlich geringerem Ausmaße mitgemacht. Dadurch sind die Größen der zentralen Orte außerordentlich verschieden geworden, so dass es oft schwer fällt, das alte System auch jetzt noch zu erkennen“ (Arnhold 1951: 358 f.).

Klitzsch forderte, dass über den Inhalt des Begriffes Zentraler Ort „völlige wissenschaftliche Klarheit“ bestehen sollte. Das sei aber nicht der Fall. Die scharfe Kritik von Neef und Schultze an der Zentrale-Orte-Theorie hätte den wissenschaftlichen „Wert der Untersuchungen Christallers, dem unstreitig das Verdienst gebührt, als erster das Problem der zentralen Orte einer wissenschaftlichen Betrachtung unterzogen zu haben,“ nicht geschmälert, „aber umso dringender erhebt sich die Notwendigkeit, zu einer realistischen

Abb. 2: Das System der zentralen Orte in Mitteldeutschland. Quelle: Arnhold 1951: 358.



Theorie der zentralen Orte zu gelangen.“ Neef, Schultze und Arnhold hätten dazu wesentliche Teile beigesteuert. Die Streuung der zentralen Orte sei ein Umstand, der bei der administrativen Neugliederung der DDR Beachtung verdiene. „Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Streuung nicht nur ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung ist, also, um sie zu verstehen, der genetischen Betrachtung bedarf, wie Neef mit Recht fordert, sondern in Fortsetzung des historischen Prozesses sich selbstverständlich auch weiterentwickelt. Damit soll gesagt werden, dass *die Kenntnis der zentralisierenden Faktoren die planmäßige Anlage zentraler Orte* [Hervorhebung von H. B.] ermöglicht, wodurch die sinnvollere Verteilung der Produktivkräfte auch von der rein administrativen Seite her gefördert werden kann. Es sei hier nur an die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen eines engen Kontaktes der Bevölkerung bestimmter Gebiete mit ihren jeweiligen zentralen Orten erinnert, die natürlich mehr sein müssen als bloße Verwaltungsmittelpunkte. Anders ausgedrückt: die Erhebung eines Ortes zum Verwaltungsmittelpunkt allein begründet noch keinen zentralen Ort. Das ist eine Tatsache, die bei der Untergliederung der Verwaltungsbezirke in Verwaltungskreise zu beachten ist“ (Klitzsch 1953: 45). Die Verwaltungsreform 1952 sei zwar ein wichtiger und richtiger Schritt zu einer produktiven Anwendung der Zentrale-Orte-Theorie gewesen, berge aber auch Probleme. So sei bei der Neueinteilung der Kreise zwar meistens zutreffend von Orten mit historisch gewachsenen Zentralfunktionen ausgegangen worden, und bei der Bezirkseinteilung seien „deren Mittelpunkt in der Terminologie Christallers durchweg ‚zentrale Orte höherer Ordnung‘“ (Klitzsch 1953: 46). Dies treffe besonders auf Sachsen zu (Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt), auf den Bezirk Erfurt, auf Halle und Magdeburg in Sachsen-Anhalt; dagegen müssten die anderen Bezirksstädte z. T. erhebliche Schwierigkeiten überwinden: Gera und Suhl aufgrund der Grenznähe zu Bayern, Potsdam wegen der politischen „Zerreißung“ Berlins, Neubrandenburg aufgrund des unterentwickelten Standes einiger zentraler Funktionen und vor allem Rostock aufgrund des Zuschnittes der Bezirksgrenzen.

Das Problem der zentralen Orte bedürfe „dringend weiterer Bearbeitung, da seine Verknüpfung mit den Aufgaben der Standortplanung nicht zu übersehen ist“ (Klitzsch 1953: 48).

Lehmann schließlich bezog die Zentrale-Orte-Theorie in seine Arbeit „Die Siedlungstypen“ ein. Diese Arbeit war Teil des 1953 an der Deutschen Bauakademie (DBA) durchgeführten Forschungsvorhabens „Gebiets- und Stadtplanung, Beiträge zur methodischen und organisatorischen Grundlegung“.[12] Lehmann unterbreitete in dieser Arbeit einen Vorschlag zur Klassifizierung der Gemeinden in der DDR auf der Grundlage einer Auseinandersetzung mit vorhandenen Klassifizierungsansätzen und Gliederungsmerkmalen, darunter der Zentrale-Orte-Theorie als Beispiel für die Klassifizierung von Gemeinden nach dem Zentralitätsgrad. Die bis dahin diskutierten Gliederungsmerkmale unterteilte er in fünf Gruppen:

[12] vgl. Deutsche Bauakademie, Forschungsinstitut für Städtebau: Gebiets- und Stadtplanung, Beiträge zur methodischen und organisatorischen Grundlegung, Teilaufgabe 3: Die Siedlungstypen – Versuch einer Klassifizierung der Gemeinden auf funktioneller Grundlage. Bearbeiter: Hanns Lehmann. Forschungsbericht. Barch, DH 2, F 2/3, Bd. 2.

– statistische (Größen-) und administrative Merkmale,
– Berufsstruktur der Bewohner (Wirtschaftstypen),
– Sozialstruktur der Bewohner (Sozialtypen),
– Zentralitätsgrad (Hierarchie der zentralen Orte) sowie
– gemeindliche Gesamtfunktion (Funktionstypen)

und stellte dar, welche einzelnen Merkmale nach Auffassung ausgewählter Autoren (die von Lehmann zitierten sind in der folgenden Tabelle aufgeführt) diesen Gruppen zuzuordnen waren und welche Fortschritte die Klassifizierung von Gemeinden nahm.

Zu den Fortschritten rechnete er die Einbeziehung von Städten gegenüber den anfangs auf ländliche Gemeinden und Probleme des Agrarraumes konzentrierten Ansätzen, die Differenzierung von Industriestädten und die Überwindung von „jedem Typisierungsformalismus“ durch Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaftsplanung und Verwaltung. Hier hob er insbesondere die Arbeit des polnischen Geographen *Kostrowicki* hervor.

Er hielt es für unmöglich, eine der vorliegenden Klassifizierungen für die Verhältnisse in der DDR zu übernehmen und entwickelte vorrangig unter funktionalen Gesichtspunkten unter Verwendung der Merkmale Berufszugehörigkeit, Pendleranteile, industrielle Standortverhältnisse, Produktions- und Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft, städtebildende Faktoren (Verwaltung und Kultur) sowie Siedlungsformen einen Klassifizierungsvorschlag, der drei große Gruppen in einer Entwicklungsreihe vom Dorf zur Stadt mit 21 Haupt- und Untertypen enthielt. Zusätzliche Angaben sollten die individuelle Einzelerscheinung der jeweiligen Gemeinde vergleichbar machen. Diese zusätzlichen Angaben ergaben sich nach den Merkmalen Zentralität, Produktion, Bauzustand und Bauformen, städtebildende Funktionen (außer Industrie) und kommunale Verfassung *(vgl. Übersicht 1)*.

Zum Zentralitätsproblem schrieb er: „Industrielle Mittel- und Großstädte haben meist auch zentrale Funktionen. Das Fehlen der eigentlichen industriellen Basis kennzeichnet jedoch die lokalen und regionalen Zentren, die als Klein- und Landstädte vielfach noch ein Leben am Rande der Entwicklung führen, dagegen mehr oder weniger bedeutende Versorgungsfunktionen für einen Nebenbereich ausüben oder aber als reine Verwaltungszentren auf der Kreisebene regionale Bedeutung haben. Die zahlenmäßig nicht unbeträchtliche Verbreitung der lokalen und regionalen Zentren beinhaltet eine Fülle latenter siedlungspolitischer Einzelprobleme. Dabei denken wir an das Kleinstadtproblem an sich oder auch an Fragen, die sich z. B. aus dem vielfach zu beobachtenden engen Nachbarschaftsverhältnis von lokalen Zentren und Zentraldörfern ergeben. [...] Die Kennzeichnung der Zentralität soll sich über die lokalen und regionalen Zentren hinaus, die als gesonderte Typen ausgewiesen werden, auf die zentralen Funktionen der Verwaltung beschränken, da hier die Abgrenzungsschwierigkeiten für die zentralörtlichen Einzugsbereiche weitgehend ausgeschaltet werden können.“[13]

[13] Barch, DH 2, F 2/3, Bd. 2, S.20 f. und 23.

Übersicht 1: Die Siedlungstypen (Klassifizierungsvorschlag Lehmann)

A. Typen

I. Dörfer
1. Bauerngemeinden
2. Großbauern-Gemeinden
3. Bauern-Arbeiter-Gemeinden
4. Arbeiter-Bauern-Gemeinden
5. Fischerdörfer

II. Verstädterte Gemeinden
6. Arbeiter-Wohngemeinden
   a) Arbeiter-Dorf
   b) Waldarbeiter-Dorf
   c) Werksiedlung
7. Wohnsatelliten
8. Ackerbürger-Städte

III. Städte
9. Lokale Zentren
10. Regionale Zentren
11. Industriegemeinden
    a) Industriedorf
    b) industrielle Kleinstädte
    c) industrielle Mittelstädte
    d) industrielle Großstädte
12. Handelsverkehrs-Gemeinden
13. Erholungs-Gemeinden
    a) Kurorte
    b) Sport- und Wanderorte
    c) Seebäder
    d) Sommer- und Wochenend-siedlungen

B. Individuelle Charakteristik

I. Zentralität
1. Zentraldörfer
2. Kreiszentren
3. Bezirkszentren
4. überbezirkliche Zentren

II. Produktion (1-7: für dörfliche Typen; 8-12: für städtische Typen)
1. vorherrschende Ackerwirtschaft
2. vorherrschende Grünlandwirtschaft
3. ausgewogene Acker-Grünlandwirtschaften
4. Spezialkulturen
5. Produktionsgenossenschaften (P)
6. Volksgut (über 100 ha) (G)
7. Handwerk (H)
8. Kleinindustrie (KI)
9. Einzelstandorte der Industrie, auch landwirtschaftliche Veredelungsindustrie in bäuerlichen Gemeinden (I)
10. Spezialgewerbe
11. Einzelstandorte des Fernhandels, Messe und Märkte (M)
12. Ausflugsziel (A)

III. Bauzustand und Bauformen
1. ländliche Bauweise
2. verstädterte ländliche Bauweise
3. städtische Bauweise
   a) Einzelhäuser und 1-2 geschossig
   b) 2-4 geschossig
   c) großstädtisch
4. bauliche Einzeldenkmale
5. historische Kerne
6. getrennte Ortslage (Ortsteile)

IV. Städtebildende Funktionen (außer Industrie) (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung)
1. Verwaltung (V)
2. Kultur (K)
3. Hoch- und Fachschulen (Sch)
4. Fremdenverkehr (F)

V. Kommunale Verfassung (im Sinne der DGO)
1. Dorf
2. Stadt

Quelle: Lehmann, in: Barch, DH 2, F 2/3, Bd. 2, S.18 f. (A.) und 24 f. (B.)

Die Klassifizierung sollte die Erarbeitung einer Gemeindetypenkarte ermöglichen und der Darstellung der Siedlungsstruktur sowie der zwischengemeindlichen und übergemeindlichen Beziehungen dienen. Eine solche Gemeindetypenkarte sei eine Grundlage der Siedlungsplanung (Dorfplanung, Regionalplanung und „gebietsumfassende Stadtplanung"). „Sie ermöglicht die Abgrenzung von Agrargebieten und bildet eine erste Grundlage für die Festlegung und Charakterisierung der zentralen Orte und ihrer Einzugsbereiche." In der Dorfplanung werde „durch die Einbeziehung des Zentralitätsproblems die Frage der Zentraldörfer im richtigen gebietsmässigen Zusammenhang dargestellt." Die Klassifizierung leiste auch einen Beitrag zur übergeordneten ökonomischen Gebietsentwicklungsplanung. „Die planmässige und proportionale Entwicklung der Wirtschaftsgebiete spielt sich ja nicht im leeren Raum ab und auch nur in den allerwenigsten Fällen ‚auf der grünen Wiese'. [...] Eine Ordnung der Gemeinden nach Funktionstypen [...] bildet [..] standorttheoretisch und für praktische Standortentscheidungen eine Arbeitsgrundlage, ohne die das notwendige regionale Denken nur schwer vorstellbar ist. [...] denn bei jeder Planaufstellung geht es neben dem ‚Wieviel' sofort auch um das ‚Wo'."[14]

Ein vorläufiges Fazit zur Kontinuität und zum Wandel von Leitbildern für die räumliche Entwicklung in der SBZ und frühen DDR

Unabhängig vom jeweiligen Gesellschaftssystem und seiner Wirtschaftsordnung, d. h. im Deutschland der 1950er Jahre, ob kapitalistische Marktwirtschaft oder zentral gelenkte Planwirtschaft, besteht für die räumliche Planung das Problem, den Erkenntnisgegenstand Raum in der Zeit analytisch-prognostisch zu erfassen und zu beschreiben. Hierzu entwickelten sich historisch in Deutschland und anderen Ländern Theorien, Methoden und Instrumente, auf die sich die Territorialplanung der DDR in ihrer Entstehungsphase explizit bezog. Dieser Bezug auf die Raumplanungsgeschichte in Deutschland war nicht ungewöhnlich[15], da die Raumplanung auch in gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen „gegenstandsbezogene Gemeinsamkeiten" aufweist. „Veränderungen der Raumstruktur werden einerseits von Prozessen ausgelöst, die der allgemeinen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geschuldet sind (heute zumeist mit ‚globalen Prozessen' bezeichnet) und andererseits von Entwicklungen, die an die spezifischen Staats- und Wirtschaftssysteme gebunden sind, die wiederum häufig eine Modifizierung der allgemeinen Entwicklungsprozesse darstellen. [...] Die Instrumentarien der Raumplanung müssen sich auf diese sich in Zeit und Raum verändernden Situationen einstellen, unabhängig von der Gesellschaftsordnung" (Casper et al. 1996: 4). Dies bezeichnen *Casper* et al. als „technokratische Konvergenz", die dem raumplanerischen Theorien- und Instrumentengebäude inhärent sei.

Dieser Anpassungsprozess an die sich verändernden Rahmenbedingungen spiegelt sich in der SBZ/DDR darin wider, dass die Raumplanungstraditionen der Sowjetunion und anderer volksdemokratischer bzw. sozialistischer Länder zu einer zweiten Quelle der Territorialplanung der DDR wurden (hierzu Behrens 1997).

---

[14] Barch, DH 2, F 2/3, Bd. 2, S. 36 und 38 f.

[15] … zumal viele der nach dem Krieg in der SBZ und der frühen DDR tätigen Raumplaner vor 1945 ihre Ausbildung an deutschen Hochschulen erfuhren.

In dem Anpassungsprozess wurden auch einzelne Grundkonzeptionen der Raumplanung wie das Anfang der 1930er Jahre entwickelte und zur Zeit des Faschismus im Kriegszusammenhang angewandte Zentrale-Orte-Modell Christallers analysiert.

Die Auseinandersetzung mit der Zentrale-Orte-Theorie Christallers als einer der Grundkonzeptionen der Raumordnung war in der SBZ/DDR intensiver als die mit der allgemeinen Geschichte der Raumordnung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit dieser Theorie wurde pragmatisch geführt. Besonders hier zeigte sich, dass der politisch-ideologische Anwendungszusammenhang des Modells im Faschismus keine Rolle spielte. Die Existenz zentraler Orte und ihre erkenntnistheoretische sowie planungspraktische Bedeutung wurden anerkannt. In der Formulierung des Problems der zentralen Orte und in dem Versuch, sie anhand eines Vergleichskriteriums zu ermitteln, wurde das bleibende Verdienst Christallers gesehen. Kritisiert wurde dessen Methode, d. h. die Wahl und Ableitung der Kriterien zur Analyse der Entstehung und Verteilung zentraler Orte sowie der Anspruch auf Allgemeingültigkeit des von Christaller angenommenen geometrischen Verteilungsschemas. Die Allgemeingültigkeit wurde durch empirische Analysen in Sachsen, Thüringen und im mitteldeutschen Industriegebiet widerlegt.

Die Auseinandersetzung mit der Zentrale-Orte-Theorie, so wenig sie auch insgesamt stattfand, trug zur Entwicklung theoretischer und methodischer Grundlagen der Territorialplanung der DDR erheblich bei, z. B. zur Erklärung der Siedlungsentwicklung, zur Entwicklung der Organisationsstruktur, zur Ableitung von Ordnungskriterien (z. B. städtebauliche Faktoren), zu Planungsleitbildern (proportional gleichmäßige Entwicklung der Territorialstruktur usw.). Und die Zentrale-Orte-Theorie wurde für die räumliche Planung in der DDR zu einer theoretischen Basis der Siedlungsstrukturplanung. Die nach Zentrumsfunktionen unterteilten Siedlungstypen sollten später sogar das stabilste Element der räumlichen Planung in der DDR werden (*s. Übersicht 2*).

Übersicht 2: Siedlungskategorien in der Territorialplanung der DDR (Kind 1995: 781)

1 Hauptstadt Berlin (komplette Ausstattung)
2 Großstädte (komplette Ausstattung)
3 Mittelstädte (komplexe Ausstattung)
4 Kleinstädte und ausgewählte größere Dörfer (erweiterte Grundausstattung)
darunter
4 a Kleinstädte mit Zentrumsfunktion (z.T.komplette Ausstattung)
4 b Kleinstädte ohne Zentrumsfunktion (erweiterte Grundausstattung)
4 c große Dörfer mit Zentrumsfunktion (erweiterte Grundausstattung)
5 große Dörfer (Grundausstattung b)
darunter
5 a große Dörfer mit ausgeprägter Umlandfunktion (z.T. erw. Grundausstattung)
5 b große Dörfer ohne ausgeprägte Umlandfunktion (Grundausstattung b)
6 kleine Dörfer und Wohnplätze
darunter
6a kleine Dörfer mit stabilen gesellschaftlichen Funktionen (z.T. Grundausstattung b)
6 b kleine Dörfer mit rückläufigen gesellschaftlichen Funktionen (Grundausstattung a)
6 c Kleinstsiedlungen (Grundausstattung a)
7 Kleinstsiedlungen mit unzureichenden Lebensbedingungen

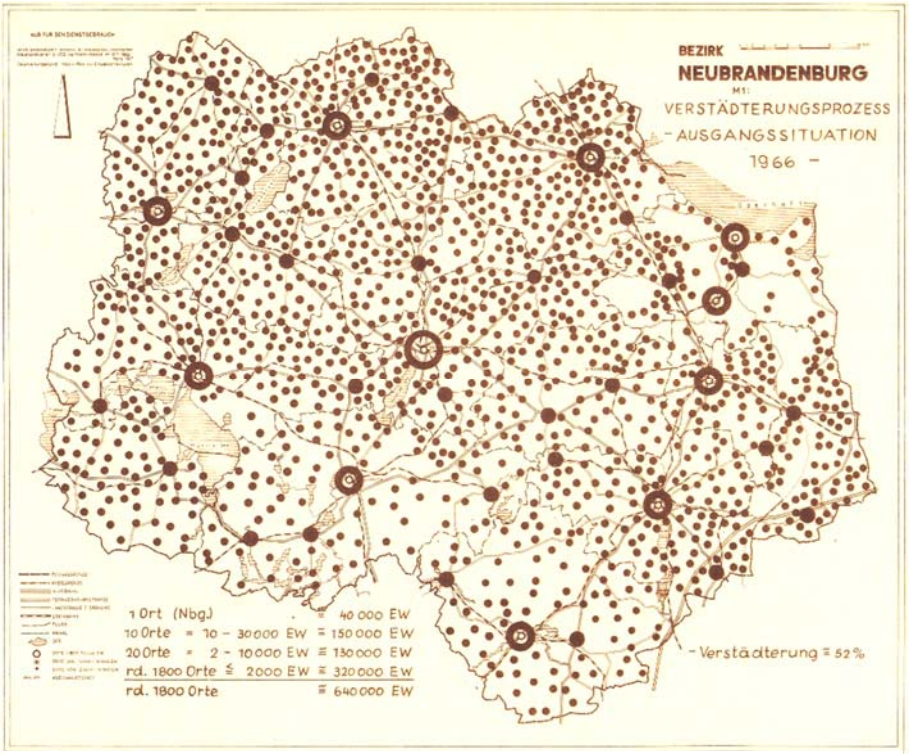


Abb. 3: Bezirk Neubrandenburg, Verstädterungsprozess, Ausgangssituation 1966.
Quelle: Albrecht 1972: Karte 17.

Diese Siedlungskategorien wurden 1974 und 1977 in „Grundsätzen der staatlichen Siedlungspolitik der DDR“ zusammengestellt und als Arbeitsgrundlage bestätigt. Sie stellten eine Kombination von Bestands- und Entwicklungstypen dar.

Eine längere Diskussion gab es um die Kleinstsiedlungen, die zunächst aufgegeben werden sollten. Der Begründung dafür dienten u. a. die Prognose von Verstädterungsprozessen und daraus abgeleitete Varianten der Siedlungsentwicklung, wie sie etwa von G. Albrecht 1966/67 in ihrer umfangreichen Dissertation (Albrecht 1972) zur Siedlungsstruktur des Bezirks Neubrandenburg erarbeitet wurden. Sie stellte den möglichen Verstädterungsprozess bis zum Jahr 2000 in sechs Varianten dar, wobei an dieser Stelle nur die Ausgangssituation 1966 und die Extrem-Variante 6 gezeigt werden soll (*Abbildungen 3 und 4*, zum Hintergrund des Prognosemodells Albrecht & Albrecht 2005: 18).

1966 gab es einen Ort (Neubrandenburg) mit ca. 40 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Ew.), 10 Orte mit 10-30 000 Ew., 20 Orte mit 2-10 000 Ew. und noch 1 800 Orte mit weniger als 2 000 Ew. Bei der Variante 6 blieben davon noch drei (!) Prozent übrig: Ein Ort mit 300 000 Ew. (Neubrandenburg), zwei Orte mit je 75 000-100 000 Ew. (Mal-

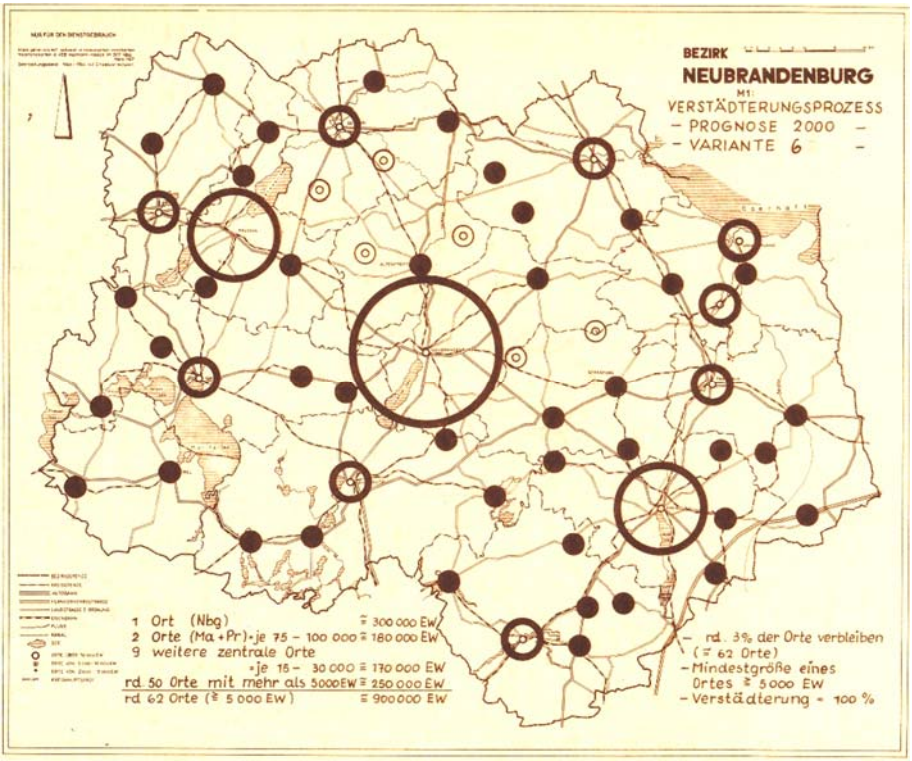


Abb. 4: Bezirk Neubrandenburg, Verstädterungsprozess, Prognose 2000, Variante 6.
Quelle: Albrecht 1972: Karte 17 f.

chin und Prenzlau), neun Orte mit mehr als 5 000 Ew. und rund 52 Orte mit mehr als 5 000 Ew!

Aufgrund der politischen Brisanz und des ökonomischen Aufwandes wurden solche Vorstellungen, Kleinstsiedlungen zugunsten weniger zentraler Orte abzusiedeln, allerdings nicht in die Tat umgesetzt. Später galten Kleinstsiedlungen als nationales Kulturerbe.

Schlussbemerkungen zum Spannungsfeld zwischen „technokratischer Konvergenz“ und „ideologisch-praktischer Divergenz“

Das Zentrale-Orte-Konzept wurde in der Bundesrepublik bisweilen als Anschluss der Raumplanung im Faschismus an die Modernisierung der (Industrie-)Gesellschaft dargestellt: „Wie professionell Planung in dieser Zeit [gemeint ist der NS-Staat, H. B.] betrieben wurde, zeigt zudem die Tatsache, [...] dass sowohl eine systematische, flächendeckende Planung im Osten, zur Eliminierung existierender, von den kurzzeitigen Siegern

aber nicht geduldeter lokaler Identitäten, wie eine stärker differenzierende Planung zur Erhaltung bestehender Identitäten im Westen, beispielsweise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, parallel zueinander Anwendung fanden. Gleichwohl wurde das Zentrale-Orte-Modell nach dem Krieg, nun als demokratische, weil gleichverteilende Theorie wiederum Planungsgrundlage, beispielsweise für das erwähnte Konzept der Siedlungsschwerpunkte im Ruhrgebiet. Der Anspruch der gleichmäßigen Verteilung hierarchischer Strukturen, sei es von ‚Strafe' durch die Nationalsozialisten, wie von ‚Gunst' im demokratischen Nachkriegs-Nordrhein-Westfalen macht die Theorie für unterschiedliche politische Systeme geeignet, den Umgang mit ihr hingegen so kompliziert" (Petz 1995: 73).

Da werden hier „lokale Identitäten" nicht geduldet, dort mit nunmehr demokratischem Anspruch gefördert, eine „verschwurbelte" Umschreibung von mörderischer Raumordnungspolitik, Rassismus und Völkermord hier und zivilgesellschaftlicher Raumordnungspolitik dort, mit der die Systemindifferenz eines Raumordnungs-Konzepts begründet wird. Wenn Raumordnung, ihre theoretischen Ansätze, ihre Konzepte, Methoden und Instrumente als eigentlich „systemneutrale" Ergebnisse oder Erkenntnisse der Raumwissenschaften begriffen werden, die je nach politisch/ideologischen und praktischen Zielen ge- oder missbraucht werden können, so ist eine solche Darstellung verständlich. Kehrer drückte dies – bezogen auf die Zentrale Orte-Theorie – so aus, dass es „*stets den Widerspruch zwischen ‚technokratischer Konvergenz' und ‚ideologisch-praktischer Divergenz' zwischen verschiedenen Gesellschaftssystemen geben*" werde (Kehrer, mdl., 13.1.1997, kursive Hervorhebung von H. B.).

Die Vorstellung von einer neutralen (Raum-)Wissenschaft birgt allerdings die Gefahr eines technizistischen und letztlich eben unpolitischen Herangehens an Erklärungsmuster wie die Zentrale-Orte-Theorie oder Instrumente wie das Zentrale-Orte-Konzept. Theoretisches Fundament, Konzeption, Anwendungsziele und Umsetzungsbedingungen können nicht ohne Weiteres getrennt werden und müssen nach ihren sozialen, politischen, ökonomischen und/oder kulturellen und auch ideologischen Implikationen befragt werden. „Modernität" für alle gleichermaßen gibt es nicht, „Modernisierung" ist in der Regel von (häufig antagonistischen) Interessen geleitet, die sich je nach Macht- und Eigentumsverhältnissen durchsetzen lassen oder auch nicht.

Wie *Roth* (1993: 58 ff. und 72) verdeutlicht, trieb ab 1941 jede NS-Vernichtungswelle in den eroberten sowjetischen und polnischen Gebieten die Konzeptionen für den „Generalplan Ost" und damit die Anwendungsbedingungen für das Zentrale-Orte-Konzept voran. Und den Protagonisten dieses Planes, die wie *Konrad Meyer* oder *Heinrich Wiebking-Jürgensmann* dann in der Bundesrepublik an maßgeblicher Stelle wieder Funktionen erhielten, war in diesem Zusammenhang die Völkermord-Praxis der SS und von Verbänden der Wehrmacht in den „eingegliederten Ostgebieten" bekannt.[16]

Es ist also zu fragen nach den Korrelationen zwischen Theorieentwicklung und Anwendung, hier: der Zentrale-Orte-Theorie als raumwirtschaftlichem Erklärungsansatz und

[16] In den Nürnberger Prozessen wurde der „Generalplan Ost" als rein wissenschaftliche Studie dargestellt, die mit der menschenverachtenden Realität der faschistischen Okkupations- und Vernichtungspolitik nichts zu tun gehabt habe.

dem Zentrale Orte-Konzept als Instrument – auch mit Blick auf Anwendungszusammenhänge in den Nachkriegsgesellschaften der beiden deutschen Staaten.

Blotevogel zufolge wird die Rolle der Zentrale-Orte-Theorie in der Raumordnungspolitik der Nachkriegszeit zwar durchaus ambivalent beurteilt und dies bezogen auf Planungskonzepte im nun parlamentarisch-demokratischen bundesdeutschen Staat, und er fragt: „Hat nicht die Instrumentalisierung der Theorie als Raumordnungskonzept einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer technokratischen Raumplanung geleistet, die durch eine forcierte Zentralisierung der Infrastruktur und durch überdimensionierte kommunale Gebietsreformen viel zu wenig Rücksicht auf die Lebensbedürfnisse der Menschen, speziell im ländlichen Raum, genommen hat?“ (Blotevogel 1996: 9 f.).

Das Zentrale-Orte-Konzept, das in der „alten“ BRD und nach 1990 in den neuen Bundesländern als *eine* Begründung für die Notwendigkeit von Gebiets- und Verwaltungsreformen diente, werde vor allem aufgrund seiner Funktionszentralisierung und -zuweisung kritisiert, weil es die Aufhebung der Selbständigkeit und damit Entrechtung bzw. Bedeutungsminderung vormals zentraler, aber auch nichtzentraler Orte verstärke. Für die betroffenen Menschen in diesen Orten bedeute das geringere Teilhabe am politischen Leben, längere Wege, Anonymisierung politisch-administrativer Funktionszusammenhänge etc. „Hinsichtlich der *Administration* hat die kommunale Gebietsreform der 1960er und 70er Jahre im Bundesgebiet über 15.000 politisch selbständige ländliche Gemeinden eliminiert und damit etwa 250.000 ehrenamtlich tätige Bürger aus den Dorfparlamenten und damit aus der lokalen Verantwortung entlassen. Die Tragfähigkeit der *Infrastruktur* des Dorfes wurde ausgehöhlt [...]“, schrieb etwa Henkel 1988 (237 f.). Weitere Kritikpunkte sind z. B. der in der Regel zwar behauptete, aber dann nicht eintreffende Einspar- und Rationalisierungseffekt.

Hat also das am Ende zutage tretende „Missbrauchspotenzial“ der Konzepte nicht schon seine Genesis im methodischen Herangehen an die Beantwortung der Fragestellung, somit in der Theorie selbst?

Um diese Frage gerecht beantworten zu können, fordert Blotevogel allerdings eine begriffliche Trennung „zwischen ‚Zentrale-Orte-Theorie‘ als raumwirtschaftliche Theorie der Grundlagenforschung (Wirtschaftsgeographie, Regionalökonomie) und ‚Zentrale-Orte-Konzept‘ als Instrument bzw. Organisationsmittel der Raumordnungspolitik. Diese Unterscheidung ist schon deshalb erforderlich, weil wichtige Grundbegriffe (Zentraler Ort, zentrale Funktionen) in den beiden Diskurskontexten unterschiedlich verwendet werden“ (Blotevogel 1996: 10, Fußnote 1).

Das im Zusammenhang mit den Gebiets- und Verwaltungsreformen raumplanerisch eingesetzte Instrument „Zentrale-Orte-Konzept“ sei nicht per se für die negativen Begleiterscheinungen der Gebiets- und Verwaltungsreformen verantwortlich zu machen. „Entscheidend waren vielmehr die starre Fixierung auf schematisch ermittelte und viel zu hoch angesetzte verwaltungswissenschaftliche Richtwerte und die Vorstellung, durch mutige großräumige Lösungen zukunftssichere Siedlungsstrukturen schaffen zu können. […] Der spezifische Beitrag des Zentrale-Orte-Konzepts zur kommunalen Neugliederung liegt nicht in der Dimensionierung der Lösungen, sondern in dem Prinzip, solche Orte zu Gemeinden (bzw. Verwaltungsgemeinschaften) zusammenzuschließen, die durch enge zentralörtliche Verflechtungen bereits miteinander verbunden sind. Wie empirische

Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen denn auch gezeigt haben, sind gerade auch im ländlichen Raum die Lösungen der Neugliederungsgesetze immer dann rasch von der Bevölkerung akzeptiert worden, wenn die Gemeindezuschnitte den bestehenden zentralörtlichen Interaktionsmustern der Bevölkerung entsprechen, während zentralörtlich nicht fundierte, insbesondere mehrpolige Gemeindebildungen häufig bis heute mit erheblichen Akzeptanz- und Integrationsproblemen kämpfen“ (Blotevogel 1996: 16 f.).

Blotevogel wiederholt hier in anderen Worten Gerhard Kehrers Auffassung, dass es – hier bezogen auf den erörterten Zusammenhang – *stets den Widerspruch zwischen ‚technokratischer Konvergenz‘ und ‚ideologisch-praktischer Divergenz‘* gebe.

Wie indessen das Missbrauchspotenzial von vornherein gegen Null zurückgedrängt werden kann, bleibt indessen eine offene Fragestellung und Aufgabe für eine humanistisch orientierte Raumforschung wie Raumordnung.

Literatur

Albrecht, G. 1972: Die Siedlungsstruktur des Bezirkes Neubrandenburg als Objekt Territorialer Planung von 1945–1971 – Erfahrungen und Probleme der Siedlungsnetzplanung. Dissertation Universität Greifswald. Greifswald.

Albrecht, G. & Albrecht, W. 2005: Wüstungen – ein Aspekt der Siedlungsnetzgestaltung durch die Regionalplanung im DDR-Bezirk Neubrandenburg vor 40 Jahren. Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung **16**: 15–33.

Arnhold, H. 1951: Das System der zentralen Orte in Mitteldeutschland. In: Berichte zur deutschen Landeskunde **9**. Stuttgart.

Behrens, H. 1997: Von der Landesplanung zur Territorialplanung. Zur Entwicklung der räumlichen Planung in der SBZ / DDR von 1945 bis Anfang der 60er Jahre. Marburg.

Blotevogel, H.-H. 1996: Zentrale Orte: Zur Karriere und Krise eines Konzepts in Geographie und Raumplanung. Erdkunde **50**.

Casper, D.; Kehrer, G.; Menge, W.; Scherf, K. & Winkel, R. 1996: Raumplanung und Raumforschung in der DDR – Gegensätze und Unterschiede, Analogien und Gemeinsamkeiten zur Raumplanung und Raumforschung in der BRD. Thesen zur Arbeitstagung der Fachgruppe Geographie und Raumplanung der Gesellschaft für Deutschlandforschung e.V. am 7.11.1996 in Berlin. Manuskript.

Christaller, W. 1933: Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen. Jena.

Christaller, W. 1937: Die ländliche Siedlungsweise im deutschen Reich und ihre Beziehungen zur Gemeindeorganisation. Stuttgart.

Christaller, W. 1940: Die Kultur- und Marktbereiche der zentralen Orte im deutschen Ostraum und die Gliederung der Verwaltung. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 11/12.

Christaller, W. 1941: Die zentralen Orte in den Ostgebieten und ihre Kultur- und Marktbereiche (Struktur und Gestaltung der zentralen Orte des deutschen Ostens). Leipzig

Christaller, W. 1941: Raumtheorie und Raumordnung. Archiv für Wirtschaftsplanung **1**.

Christaller, W. 1950: Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa. Die Systeme der europäischen zentralen Orte. In: Frankfurter Geographische Hefte **24** (1). Frankfurt a.M.

Christaller, W. 1950: Wesen und Arten sozialräumlicher Landschaftseinheiten und ihre Darstellung. In: Berichte zur deutschen Landeskunde **7** (2).

Deutsche Bauakademie (DBA), Forschungsinstitut für Städtebau. Gebiets- und Stadtplanung: Beiträge zur methodischen und organisatorischen Grundlegung – Teilaufgabe I: Gebietsplanung

und Siedlungsforschung. Bemerkungen zur Konkretisierung der 16 Grundsätze des Städtebaus (Verfasser: H. Lehmann); Bearbeiter im Gesamtprojekt: Dr.Hanns Lehmann/ Ernst Kanow/ Werner Giese, alle: Inst. f. Städtebau; Bundesarchiv (Barch), DH 2, F 2/3, Bd.1: o.J. (wahrscheinlich 1954)

Deutsche Bauakademie, Forschungsinstitut für Städtebau: Gebiets- und Stadtplanung, Beiträge zur methodischen und organisatorischen Grundlegung, Teilaufgabe 3: Die Siedlungstypen – Versuch einer Klassifizierung der Gemeinden auf funktioneller Grundlage. Bearbeiter: Hans Lehmann. Forschungsbericht. Barch, DH 2, F 2/3, Bd. 2.

Gröning, G. (Hg.) 1996: Planung in Polen im Nationalsozialismus. Berlin.

Gröning, G. & Wolschke-Bulmahn, J. 1987: Liebe zur Landschaft: Teil 3: Der Drang nach Osten: Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des 2. Weltkrieges in den „eingegliederten Ostgebieten“. [Arbeiten zur soz.wiss. orientierten Freiraumplanung **9**]. München.

Henkel, G. 1988: Für ein eigenes Leitbild des Dorfes. In: Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen (Hg.): Dorfentwicklung, STE 1: Grundlagen. Tübingen 1988.

Kehrer, G. 1997: Interview mit dem Autor, 13. Januar 1997.

Kind, G. 1995: Raumplanung in der DDR. In: ARL (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover.

Klitzsch, F. 1953: Industrielle Standortplanung. Eine Einführung in ihre Probleme. Berlin.

Kostrowicki, C. 1952: Über die städtebildenden Funktionen und über die durch diese Funktionen gebildeten Städtetypen. In: Geographische Rundschau 24 (1/2) (Übersetzung durch die Hochschule für Ökonomie und Planung, Berlin).

Madajczyk, C. 1996: Der Generalplan Ost. In: Gröning, G. (Hg.): Planung in Polen im Nationalsozialismus. Berlin: 7–14.

Madajczyk, Cz. unter Mitarb. von Biernacki, St. (Hg.) 1994: Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan: Dokumente. [Einzelveröff. d. Hist. Komm. zu Berlin, Bd. 80]. München; New Providence; London; Paris

Mohs, G. 1956: Die Standortverteilung der Industrie im Bezirk Frankfurt/ Oder. Eine ökonomisch-geographische Analyse. Berlin.

Neef, E. 1950: Das Problem der zentralen Orte. In: Petermanns Geographische Mitteilungen **94** (1).

Neef, E. 1950/51: Landesplanung und geographische Forschung. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 8/9. Stuttgart 1950/51.

Neef, E. 1949: Untersuchungen über die zentralen Orte in Sachsen; abgeschlossen: März 1949; Barch, DE 1, 4696; die Akte enthält 64 Blätter (Blätter 1–56+jeweils RS (56 Textseiten, Blätter 31-64: Tabellen zum Text).

Opitz, R. 1977: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945. Köln.

Petz, U. v. 1995: Raumplanung und „Moderne“. Ansichten zur Geschichte einer Disziplin. In: RaumPlanung **69**.

Roth, K.-H. 1993: Generalplan Ost – Gesamtplan Ost. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Erkenntnisse. In: Rössler, M. & Schleiermacher, S. (Hg.): Der „Generalplan Ost“: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. [Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts]. Berlin: 25–117.

Rössler, M. & Schleiermacher, S. (Hg.) 1993: Der „Generalplan Ost“: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. [Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts]. Berlin.

Schultze, J. H. 1949: Der ideale Landkreis und seine Grenzen. In: Petermanns Geographische Mitteilungen **93** (4).

Schultze, J. H. 1951: Zur Anwendbarkeit der Theorie der zentralen Orte. Ergebnisse einer regionalen empirischen Erfassung der zentralen Ortsbereiche. In: Petermanns Geographische Mitteilungen **95**: 6–10.

Umlauf, J. 1994: Stellungnahme zu Gröning, G. & Wolschke-Bulmahn, J.: Liebe zur Landschaft, Teil 3. In: Madajczyk, Cz. unter Mitarb. von Biernacki, St. (Hg.) 1994: Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan: Dokumente. [Einzelveröff. d. Hist. Komm. zu Berlin, Bd. 80]. München; New Providence; London; Paris, Anlage Nr. 41, S. 554.

Walz, M. 1979: Wohnungsbau- und Industrieansiedlungspolitik in Deutschland 1933–1939. [Campus Forschung Band 111]. Frankfurt/M., New York.

Wasser, B. 1996: Die Umsetzung des Generalplans Ost im Distrikt Lublin. In Gröning, Gert (Hg.): Planung in Polen im Nationalsozialismus. Berlin.

Wasser, B. 1993: Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944. Basel, Berlin, Boston.

Weigmann, H. 1938: Raumforschung und Gemeindeplanung. In: Raumforschung und Raumordnung.

Umwelt hat Geschichte!

Autorinnen und Autoren in diesem Heft

Helen Andrews, Florian Braun, Max Geyer, Marieke Müller, Christina Schott
alle: Hochschule Neubrandenburg, Studiengang Naturschutz und Landnutzungsplanung,
PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Prof. Dr. Hermann Behrens
IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Dr. habil. Berthold Fege
Hanoier Str. 8, 12683 Berlin

Dr. Hans-Werner Frohn
Stiftung Naturschutzgeschichte, Drachenfelsstr. 118, 53639 Königswinter

Dr. Jens Hoffmann
IUGR e. V. an der Hochschule Neubrandenburg, PF 110121, 17041 Neubrandenburg

Dr. Peter Lösel
Kienbergstraße 62, 12685 Berlin

Aus dem Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung

Hermann Behrens und Jens Hoffmann

Am 31.12.2017 endete das Projekt „Erschließung von Quellen zur ostdeutschen Umwelt- und Naturschutzgeschichte“, das durch die ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Frau Iris Gleicke, gefördert und von Archivar Andreas Grape bearbeitet wurde. Die Erschließungsarbeiten wurden durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Im Ergebnis liegt ein über 300 Seiten starkes Findbuch vor.

Die Zugänge ins Studienarchiv Umweltgeschichte halten an (siehe Archivbericht im vorliegenden Heft) und die Bibliothek wächst ebenfalls weiter. Die Erschließung konnte auf rein ehrenamtlicher Basis weiter vorangetrieben werden. Mittlerweile sind von Frau Wolter ca. 18.200 Monografien erschlossen worden, das sind knapp 1.000 mehr als vor einem Jahr. Frau Wolter hat auch die Zeitschriften-Verzeichnung auf dem neuesten Stand gehalten.

Neben dem letzten Heft Nr. 22 erschien im Jahr 2017 die Nr. 11 der IUGR-Reihe STANDPUNKTE. Autor ist Dr. Lutz Reichhoff zum Thema „Das Nationalparkprogramm der DDR im Rückblick“. Darüber hinaus erschien unter der Herausgeberschaft des IUGR e. V. das Buch „Bewegte Zeiten in zwei Gesellschaftssystemen – Naturschutz im Wandel“ vn Dr. Uwe Wegener, der jahrzehntelang beruflich wie ehrenamtlich im ostdeutschen Naturschutz tätig ist (siehe Besprechung in diesem Heft). Das Buch erschien in der Reihe *edition lesezeichen* bei Steffen Media Friedland. Und vom Arbeitskreis Wasserwirtschaft im IUGR e. V. wird die Veröffentlichung eines zweiten Buches zur Geschichte der Wasserwirtschaft vorbereitet („Wasserbewirtschaftung in der DDR“).

Einladung zur Tagung „Landschaft im Wandel“

22. und 23. November 2018, Hochschule Neubrandenburg Brodaer Straße 2, 17033 Neubrandenburg - Haus II, Hörsaal 5

Am 22. und 23. November 2018 findet an der Hochschule Neubrandenburg eine Tagung zum Thema „Landschaft im Wandel“ statt. Veranstalter sind die Bearbeiter des Forschungsvorhabens „Das Spannungsfeld Transformation – Landschaftswandel – Landschaftsbewusstsein als Entwicklungspotenzial. Am Beispiel der Landschaft zwischen Lieps und Havelquelle“, das Teil des Verbundprojektes „HiRegion – Hochschule in der Region“ ist.

Dieses Vorhaben, an dem gut ein Dutzend Fachgebiete der Hochschule Neubrandenburg beteiligt sind, wird über das Bund-Länder-Programm „Innovative Hochschule“ bis zum 31.12.2022 gefördert. Das IUGR e. V. ist Kooperationspartner in diesem Vorhaben.

Hintergrund der Tagung zum Landschaftswandel ist der durch verschiedene wissenschaftliche Gutachten (BfN & BBSR) erbrachte Befund, dass seit 1996 bezogen auf die Fläche der Bundesrepublik Deutschland 66 % der Landschaften entweder durch Siedlungs- und Verkehrsentwicklung oder durch neue Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer

Weg von Carwitz zum Hullerbusch bei Feldberg/Meckl. in den 1950er Jahren und 2017. Quelle Foto oben: StUG 561, unten: Florian Nessler/Hochschule Neubrandenburg. Das untere Foto konnte nicht von demselben Standort aufgenommen werden, weil der Fotograf dann „im Wald“ gestanden hätte.

Energien sowie sonstige Nutzungsänderungen erhebliche Veränderungen ihrer Struktur und Gestalt erfahren haben. Zu quantitativen Veränderungen kommen qualitative, die Nutzungsintensität betreffende.

Das Markante der so festgestellten Transformationsprozesse ist, dass sie in hoher Geschwindigkeit ablaufen, was durch Prognosen unterstrichen wird. Es wird davon ausgegangen, dass bei Umsetzung der Energie- und Klimaziele und unter Annahme der Prognosen zur Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2030 auf ca. 46% der Fläche (wiederum) ein erheblicher Transformationsdruck zu erwarten ist. Bezieht man in diese Vorausschau noch den Landschaftswandel der letzten 20 Jahre mit ein, würde dies bedeuten, dass die Landschaftsbilder flächendeckend innerhalb nur einer einzigen Generation in ihren Grundzügen verändert wurden bzw. werden.

Wie sind diese Prozesse vor dem Hintergrund der (Kultur-)Landschaftsgeschichte in Mitteleuropa zu bewerten? Wie werden sie von den Bevölkerungen wahrgenommen? Um diese Fragen zu diskutieren, haben die Veranstalter ein zweitägiges Programm zusammengestellt, das einen umfassenden Blick auf den Gegenstand bietet.

Tagungsprogramm

Donnerstag, 22. November 2018
Landschaftswandel und Landschaftswahrnehmung

13.00 bis 13.15 Uhr
Begrüßung

13.15 bis 14.00 Uhr
Landschaftswandel in Transformationsphasen
Prof. Dr. Hermann Behrens, Dr. Jens Hoffmann, Hochschule Neubrandenburg

14.00 bis 15.00 Uhr
Die Erforschung des Landschaftswandels als Gegenstand einer „Landschaftswissenschaft“
Prof. Dr. Hansjörg Küster, Leibniz Universität Hannover

15.00 bis 15.30 Uhr
Kaffeepause

15.30 bis 16.30 Uhr
Landschaftsgeschichte – Relevanz und Methoden
PD Dr. Mathias Bürgi, Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL

16.30 bis 17.30 Uhr
Landschaftsveränderung in der Wahrnehmung und Bewertung der Bevölkerung
Dr. Patricia Felber, Zürich

ab 17.30 Uhr **Film „Waldgeschichten“**

Freitag, 23. November 2018 – Landschaftswandel in Regionen

09.00 bis 09.45 Uhr
400 Jahre Landschaftswandel im Gartenreich Dessau-Wörlitz
Dr. Lutz Reichhoff, Dessau-Roßlau

09.45 bis 10.30 Uhr
Landschaftshistorische Untersuchungen in der Domäne Frankenhausen
Cindy Baierl, Universität Kassel

10.30 bis 11.00 Uhr
Kaffeepause

11.00 bis 11.45 Uhr
Landschaftsentwicklung der Mecklenburgischen Seenplatte in den letzten 5000 Jahren
Dr. Mathias Küster, Müritzeum gGmbH Waren

11.45 bis 12.30 Uhr
Landschaftswandel durch 25 Jahre Wildnisentwicklung im Müritz-Nationalpark. Erwartungen und Realitäten
Dr. Sven Rannow, Müritz-Nationalpark

12.30 bis 13.15 Uhr
Historische Kulturlandschaftselemente als Zeugnisse des Landschaftswandels am Beispiel von Dorf- und Flurwüstungen zwischen Müritz und Feldberg
Dr. Maik Stöckmann, Neubrandenburg

13.15 bis 13.30 Uhr
Abschlussworte

Anmeldung zur Tagung

Bitte per Mail an: jenshoffmann@hs-nb.de – mit Angabe von Namen und Institution.

Link zum Programm mit den Anmeldeinformationen:

https://www.hs-nb.de/fileadmin/hs-neubrandenburg/studiengaenge-fachbereiche/SG_NLP/Dokumente/ProgrammTagung_Nov18HSNB.pdf

Landschaft im Wandel

Das 11. Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft vom 23.4. bis 25.4.2018

Peter Lösel

Das 11. Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft wurde vom 23. bis 25. April 2018 in der Heimvolkshochschule am Seddiner See zum Thema „**Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt“** durchgeführt. Am Seminar nahmen 25 Interessierte teil. Von Beginn an stellten die Referenten und die Teilnehmer die Klimaveränderungen in den Blickpunkt des Interesses.

Bewusstsein darüber zu schaffen, dass das Wasserdargebot gesichert und damit Voraussetzungen für die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung geschaffen werden müssen, waren Grundanliegen des Seminars. Ein verstärkter Treibhauseffekt führt u. a. zu Veränderungen des Niederschlages, der Bewölkung und des Meeresspiegels und letztendlich zu einer globalen Klimaerwärmung. Eine Folge ist, dass die Wetterextreme sich häufen.

Im Rahmen des Seminars wurden sechs Vorträge gehalten. In allen Fällen schloss sich eine lebhafte Diskussion an.

Dr. Kai Wellbrock von der FH Lübeck sprach über die Anfänge der Wasserbewirtschaftung im Nahen Osten vor 10.000 Jahren. Er trat für eine Wasserbewirtschaftung als Manipulation des natürlichen Wasserhaushaltes mit dem Ziel einer Wertschöpfung ein.

Die Teilnehmer am 11. Seminar des AK Wasserwirtschaft. Foto: Werner Nedon.

Lothar Tölle informierte über eine Studienreise in die VR China. Er gab allgemeine Eindrücke zur aktuellen Lebenssituation und zur heutigen Infrastruktur in der Volksrepublik China.

Manfred Simon und Dr. Karl-Heinz Zwirnmann sprachen über den Stand der Bearbeitung und den Hauptinhalt des vom AK Wasserwirtschaft im Frühjahr 2019 zur Herausgabe vorgesehenen Buches „**Wasserbewirtschaftung in der DDR**“.

H. Reichelt und H. Behrens im Gespräch über das vom einstigen Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR bearbeitete Zeitzeugenbuch. Foto: Peter Lösel.

Dr. Hans Reichelt informierte über den Stand der Arbeiten an seinem Buch zur Umweltpolitik in der DDR. Sein Werk wird sich besonders mit den Grundlagen der Umweltpolitik als eigenständiger Bereich der Gesellschaftsentwicklung, mit der Integration in die Planung und Leitung der Volkswirtschaft, der Entwicklung in der Industrie bei der Intensivierung der Produktion und mit der Erziehung und Bildung befassen.

Bernd Huber sprach über den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft. Er ging auf die technischen bzw. funktionalen, die finanziellen bzw. betriebswirtschaftlichen und die personellen bzw. administrativen Auswirkungen ein.

Hermann Kühne von den Berliner Wasserbetrieben sprach über die Gefährdung der Stabilität der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung durch Cyberterrorismus.

Im Schlusswort ging der Seminarleiter Peter Lösel auf das hohe Niveau des 11. Seminars ein und würdigte die Wirksamkeit des Arbeitskreises Wasserwirtschaft in den vergangenen 11 Jahren. Er ging auf den Begriff des Klimawandels und die Ergebnisse der Folgekonferenz zum Pariser Klimagipfel vom Dezember 2015 ein, die in der Zeit vom 6.11. bis 17.11.2017 in Bonn stattfand. In einem 150 Seiten umfassenden Dokument sind die Ergebnisse festgehalten. Besonders umstritten sind die nationalen Verpflichtungen zur Reduktion des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen und die Fristen von Zusagen finanzieller Hilfen der Industriestaaten an die Entwicklungs- und Schwellenländer.

Die Folgen des Klimawandels sind nicht mehr zu leugnen. So mehren sich überall auf der Welt Naturkatastrophen, die Zahl extremer Wetterereignisse hat sich auch in Deutschland seit den 1970er Jahren mehr als verdreifacht.

Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte

Hans-Werner Frohn

Neues Kuratorium und neuer Vorstand

Ende 2017 lief die vierte Amtsperiode von Kuratorium und Vorstand der Stiftung Naturschutzgeschichte aus. Im Kuratorium wurden auf Seiten des ehrenamtlichen Naturschutzes Undine Kurth (DNR), Dr. Martin Bredenbeck (Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz), für den amtlichen Naturschutz Reiner Seelig (Umweltministerium NRW) und für die NRW-Stiftung Dr. Ute Röder und Prof. Dr. Karl-Heinz Erdmann neu berufen. Olaf Tschimpke wurde als Kuratoriumsvorsitzender ebenso wie seine beiden Vertreterinnen bzw. Vertreter Prof. Dr. Beate Jessel (Bundesamt für Naturschutz) und Dr. Kilian Delbrück (Bundesumweltministerium) bestätigt.

Das Kuratorium wählte im Frühjahr 2018 Prof. Dr. Hermann Behrens (IUGR / Hochschule Neubrandenburg), Dr. Bernd Boecken, Marlies Dieckmann (Umweltministerium NRW), Dr. Gertrud Hein (Natur- und Umweltschutzakademie NRW), Prof. Dr. Hansjörg Küster (Leibniz Universität Hannover), Heinrich Spanier (Bundesumweltministerium), Angelika Wurzel (Deutscher Rat für Landespflege) und Prof. Dr. Hans-Peter Ziemek (Justus-Liebig-Universität Gießen) zu Mitgliedern des Vorstandes. Es bestätigte Prof. Küster in seinem Amt als Vorsitzender und wählte Prof. Ziemek zu dessen Stellvertreter.

Erschließung des Bestandes des Deutschen Naturschutzrings und Tagung „Herausforderungen der neuen Protestkultur für den Natur- und Umweltschutz“

Ende 2014 bewilligte die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) ein Projekt zur archivalischen Erschließung des ca. 150 laufende Meter umfassenden Bestandes des Deutschen Naturschutzrings. Diese Materialien decken die Zeit seit etwa 1970 ab. Das Jahr 1970 steht für die „große Wende im Naturschutz“ – so der Titel einer auflagenstarken Schrift Hubert Weinzierls. 2014, als der Förderantrag gestellt wurde, zeichnete sich die nächste ‚große Wende im Naturschutz‘ ab. Anders als in früheren Jahren stößt Naturschutz nicht mehr nur auf Widerstand aus der Land- und Forstwirtschaft oder der Jagd, sondern bei größeren Naturschutzmaßnahmen gehen auch größere Bevölkerungskreise auf die ‚Barrikaden‘, die nicht unmittelbar ökonomisch betroffen sind. Seit der gescheiterten Ausweisung eines Nationalparks im Siebengebirge (2006–2009) hat sich eine neue Protestklientel gezeigt, die früher bereits gegen andere größere staatliche Infrastrukturprojekte wie den Bau von Stromautobahnen, Flughafenstartbahnen oder bei Stuttgart 21 opponierte. Mit den Problemen, die sich aus dieser neuen Protestkultur für den Natur- und Umweltschutz ergeben, beschäftigte sich im Rahmen des Projektes auch die Tagung „Herausforderungen der neuen Protestkultur für den Natur- und Umweltschutz“ am 13. Dezember 2017, die die Stiftung gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring ausrichtete.

Ein im Herbst 2018 erscheinender Band setzt sich mit der Entwicklung der Umweltkommunikation des DNR von seiner Gründung bis ca. 2010 auseinander und enthält da-

rüber hinaus die zu Aufsätzen weiterentwickelten Vorträge der Tagung. Zudem enthält er Empfehlungen zum besseren Umgang mit der neuen Protestkultur (*Abb. 1*).

Bonner Gespräche III: „Naturschutz – natürlich inklusiv!“

Seit 2015 richtet die Stiftung alljährlich im Bundesamt für Naturschutz die „Bonner Gespräche zur Zukunft des Naturschutzes – Zukunft hat (auch) Vergangenheit“ aus. Über die Dialogreihe sollen aktuelle Themen, in denen das Verhältnis der Menschen zur Natur im Mittelpunkt steht, vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen diskutiert werden. Die Reihe diente auch dazu, Naturschützerinnen und Naturschützer mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Arbeitsbereichen Soziales, Migration und Inklusion zu vernetzen. Nach Tagungen zu den Themen „Naturschutz – natürlich sozial?!“ (2015) und „Naturschutz – natürlich interkulturell!“ (2016) stand 2017 das Beziehungsgeflecht Naturschutz und Inklusion im Fokus.

Naturerlebnisse sind für alle Menschen von elementarer Bedeutung, denn die Nähe zur Natur spielt eine zentrale Rolle für die Lebensqualität. Die Präsidentin des BfN, Prof. Dr. Beate Jessel, wies in ihrem Einführungsvortrag darauf hin, dass der Naturschutz in vielen Bereichen einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung eines guten Lebens leistet. Ein gerecht gestalteter Zugang zu den „Leistungen der Natur“ sei sowohl im Sinne der Naturschutzakteure als auch der Akteure im Inklusionsbereich. Es sei eine Frage der Gerechtigkeit, dass sich der Naturschutz umfassend für Menschen mit Behinderungen öffne.

Prof. Dr. Anne Waldschmidt vom Institut für Soziologie und Politik der Rehabilitation an der Universität zu Köln problematisierte das Verhältnis Inklusion, Barrierefreiheit und Normalität. In den Disability Studies sei Naturschutz noch nicht angekommen – man warte hier auf Impulse aus dem Naturschutz.

Ein im Aufbau befindliches bundeseinheitliches Informations- und Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“ stellte Dr. Rüdiger Leidner von der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle e. V. (NatKo) vor.

Aus einer sehr persönlichen Perspektive schilderte die Autorin und Bloggerin Laura Gehlhaar ihre Sicht auf das Verhältnis von Naturschutz und Inklusion. Der Vortrag ging zunächst der Grundsatzfrage nach, was „erlebbare Natur“ für behinderte Menschen überhaupt bedeuten kann. Gehlhaar unterscheidet dabei deutlich zwischen den Vorstellungen von Zugänglichkeit in der Stadt und in der Natur. Der Vortrag thematisierte konkrete Anforderungen an eine barrierefreie Naturerfahrung und zeigte – orientiert an dem in den USA entwickelten „Leave No Trace“-Konzept – pragmatische Lösungsansätze auf.

Fragen und Anforderungen an einen inklusiven Naturschutz waren nicht nur Gegenstand der Vorträge. Sie wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch intensiv in den World-Cafés besprochen. In welcher Weise Naturschutz Partner der Inklusion sein kann, diskutierten zudem in einer moderierten Gesprächsrunde Thomas Graner (BfN), Harry Kurt Voigtsberger von der NRW-Stifung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, Dr. Sigrid Arnade von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V., Dr. Angelika Magiros von der Lebenshilfe e.V. und Susanne Gräfin Lambsdorff von der LVR-Christophorusschule Bonn.

Am zweiten Veranstaltungstag stellten mehrere Best-Practice-Projekte ihre Arbeit vor. So präsentierte ein Vertreter des Nationalparks Eifel die Inklusion frühzeitig im Nationalparkplan verankerten und auf dieser Grundlage umgesetzten Maßnahmen und Angebote für einen barrierefreien Nationalpark. Vorgestellt wurde auch ein Projekt der „Biologischen Station Oberberg“, die gemeinsam mit den „Behinderten Werkstätten Oberberg“ Menschen mit Behinderung zu sogenannten Umweltassistenten bzw. -assistentinnen ausbildet. Mit dieser Qualifikation führen diese nun andere Gruppen von Menschen mit Einschränkungen zu den erlernten Themen in den Lebensraum Wald.

Geschichte bietet Lösungsansätze für aktuelle Naturschutzprobleme – Perspektivwechsel: Naturschutz und Menschen aus urbanen, sozial benachteiligten Milieus

In seiner Gründungsphase zeichnete sich der Naturschutz durch einen Pluralismus von Begründungen aus. Neben wissenschaftlichen, ästhetischen, emotionalen, utilitaristischen, ethischen – leider auch völkischen – Legitimationen standen auch soziale bzw. sozialpolitische. Im Kaiserreich vertrat der linksliberale Landtagsabgeordnete und spätere brandenburgische Provinzialkommissar für Naturdenkmalpflege, Wilhelm Wetekamp (1859–1945), in der Weimarer Republik der 1922 maßgeblich von Hans Klose (1880–1963) gegründete „Volksbund Naturschutz“ solche Ansätze. Klose, der ab 1938 die Reichsstelle für Naturschutz leiten sollte, suchte über eine nebenamtliche Tätigkeit in der Berliner Volkshochschule den intensiven Kontakt zu Arbeiterkreisen. 1927 hielt er auf dem zweiten Naturschutztag in Kassel eine bemerkenswerte programmatische Rede zur „sozialpädagogischen Bedeutung des Naturschutzes“. Er kritisierte, dass es dem Naturschutz nicht gelungen sei, Menschen aus Arbeiterkreisen für seine Anliegen zu gewinnen.

Eine Auswertung der Daten der Naturbewusstseinsstudien 2009–2015 verdeutlichte, dass sich an dieser Situation auch 90 Jahre später nichts Grundlegendes geändert hat. Im sozial benachteiligten Teil der Gesellschaft finden Naturschutzanliegen keine wirkliche Resonanz. Dabei zeigte Klose bereits 1927 zentrale Ursachen für solche Tatbestände auf: In der Regel aus dem (Bildungs-)Bürgertum kommende Naturschützer legen gegenüber Menschen aus sozial benachteiligten Milieus einen ausgeprägten Paternalismus an den Tag. Dies äußert sich auch heute noch vielfach in Naturschutzangeboten, die diesen Menschen unterbreitet werden.

Geschichte öffnet also den Blick auf aktuelle Probleme und deutet Lösungswege an. Dies war der Ausgangspunkt für ein im September 2016 gestartetes und vom BMUB und BfN gefördertes Projekt zur Themenstellung „Naturschutz und Menschen aus urbanen, sozial

benachteiligten Milieus“. Ein interdisziplinäres Team zielt darin auf einen Perspektivenwechsel, weg von einer Angebotsorientierung hin zu real vorhandenen Nachfragebedürfnissen gegenüber Natur und Naturschutz bei sozial benachteiligten Menschen. In Gelsenkirchen, Leipzig und Köln sucht das Forscherteam im Rahmen einer qualitativen Studie, diese Bedürfnisse zu eruieren, um daraus dann konkrete Empfehlungen für die zukünftige Naturschutzarbeit abzuleiten.

Lina Hähnle und die demokratischen Wurzeln des Naturschutzes

Im Februar 2016 richteten der Naturschutzbund Deutschland und die Stiftung Naturschutzgeschichte eine Tagung in Berlin aus. Anlass war der 75. Todestag Lina Hähnles, die 1899 den Bund für Vogelschutz gründete, aus dem der heutige NABU hervorging. Lina Hähnle war Mitglied einer sehr politischen, demokratischen Familie: Ihr Mann Hans gehörte als linksliberaler Abgeordneter sowohl dem Reichstag als auch dem württembergischen Landtag an, ihr Sohn Eugen trat im Reichstag als Linksliberaler für die Rechte jüdischer Soldaten ein. Lina Hähnle und ihr Mann engagierten sich sehr frühzeitig sozialpolitisch. Diese Aspekte traten bisher stets hinter dem Bild der „Vogelmutter“ Lina Hähnle zurück.

Einen weiteren Anlass boten auch seit Jahren laufende Versuche von Rechtsextremisten, Naturschutz und dessen Themen für ihre eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Sie können sich dabei auf die völkischen Traditionen berufen, die seit 1922 unter dem Direktor der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Walther Schoenichen, zusehends den historischen Naturschutz dominierten. Die Tagung wollte gegenüber diesem historischen Mainstream einen Kontrapunkt setzen und bewusst die sozialen, sozialpolitischen, aber auch demokratischen, linksliberalen und linken Wurzeln des deutschen Naturschutzes pointieren. Die Ergebnisse der Tagung liegen seit Herbst 2017 in Buchform vor (*Abb. 2*).

Naturschutz und die Opfer der Shoah

Die oben genannte Tagung zeigte noch einmal ein großes Desiderat der Forschung auf: Welche NS-Opfer hat der Naturschutz zu beklagen?

Die deutsche Naturschutzbewegung, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts konstituierte, zählt zu den vom Bürgertum getragenen Reformbewegungen. In vielen die-ser Reformkreise spielten jüdische Menschen eine bedeutende Rolle. Was läge näher, als im Sinne eines Analogieschlusses zu vermuten, dass auch in der bürgerlichen Naturschutzbewegung jüdische Mitglieder eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Bisher liegen aber nur rudimentäre Erkenntnisse über drei Protagonisten mit einer jüdischen Herkunft vor.

Diese Beispiele sind allerdings nicht das Ergebnis einer systematischen Analyse, denn solch eine quellenbasierte Untersuchung konnte bisher nicht erfolgen. Wir wissen so gut wie nichts über die Anzahl bzw. die Rolle und die Bedeutung von Jüdinnen und Juden innerhalb der deutschen Naturschutzbewegung – geschweige denn über deren Schicksal nach 1933.

Dieses Desiderat war im Wesentlichen einer desolaten Überlieferungssituation bei den großen Naturschutzverbänden geschuldet. Durch neue Quellenfunde hat sich diese Ausgangslage jedoch grundlegend geändert. Dies gilt namentlich für den 1899 von Lina Hähnle gegründeten Bund für Vogelschutz (BfV). Neu in das Archiv der Stiftung Naturschutzgeschichte gelangte Quellen erlauben es nun, eine systematische Untersuchung zu starten: In einem auf drei Jahre angelegten Vorhaben sollen zum einen der quantitative Anteil von Menschen mit jüdischer Herkunft insbesondere im Bund für Vogelschutz und zum anderen der qualitative Einfluss auf deren Verbandsprogrammatik und -leben analysiert werden. Des Weiteren soll das weitere Schicksal dieser Menschen nach 1933 recherchiert und untersucht werden. Das Projekt soll schließlich auch Antworten auf die Frage finden, wie sich Naturschutzverbände nach 1933 gegenüber ihren jüdischen Mitgliedern verhielten und wie sie sich zur nationalsozialistischen Judenpolitik positionierten.

Anders als erwartet, gestaltet es sich allerdings schwierig, einen Finanzier für dieses Projekt zu finden.

Archiv und Bibliothek

Das Archiv der Stiftung Naturschutzgeschichte konnte im Jahr 2017 wiederum einige größere Vor- oder Nachlässe sowie zahlreiche Bestandergänzungen verzeichnen.

Prof. Dr. Wolfgang Schumacher, Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Naturschutzgeschichte und Vizepräsident der NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, übergab dem Archiv etliche Unterlagen, die sein wissenschaftliches und naturschützerisches Engagement für die Kulturlandschaftspflege insbesondere in der Eifel dokumentieren. Dazu zählen insbesondere Gutachten, Studien, Exkursionsberichte, Kartenmaterialien und eine Presseausschnittsammlung. Darüber hinaus überließ er der Stiftungsbibliothek die gedruckten Sitzungsberichte der Niederrheinischen Gesellschaft für Natur- und Heilkunde aus dem 19. Jahrhundert. Wolfgang Schumacher war bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2010 Professor für Geobotanik und Naturschutz an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn. Bekannt wurde er vor allem auch durch seine wegweisende Entwicklung des Vertragsnaturschutzes und durch seine Aktivitäten in der Eifel, insbesondere für den Schutz der dortigen Narzissenwiesen.

Im Januar 2017 verstarb im Alter von 92 Jahren Dr. h.c. Wolfgang E. Burhenne, der der Stiftung Naturschutzgeschichte in besonderer Weise verbunden war. Burhenne war an der Gründung und Führung etlicher nationaler und internationaler Naturschutzorganisationen beteiligt, wie z.B. der Schutzgemeinschaft Deutsches Wild, der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA und beim WWF Deutschland. Er arbeitete zudem an zahlreichen internationalen Naturschutzkonventionen mit, wie dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen CITES, der Afrika-Konvention sowie der Bonner Konvention

CMS. Vor allem aber engagierte er sich in der internationalen Naturschutzorganisation IUCN auf dem Gebiet des Umweltrechts und begründete deren renommiertes Environmental Law Center mit Sitz in Bonn.

In den 1950er-Jahren führte ihn sein Weg in die bundesdeutsche Politik, wo er künftig eine einflussreiche Rolle spielen sollte. Gemeinsam mit Abgeordneten des Bundestages und der Länderparlamente gründete Burhenne 1953 die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Wirtschaft (IPA). Dieser partei- und parlamentsübergreifende Zusammenschluss sorgte in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik maßgeblich dafür, dass Umwelt- und Naturschutzthemen auf die Agenda der Parlamente kamen. Durch die Vermittlung von Burhenne konnte die Stiftung in den vergangenen Jahren die komplette Überlieferung der IPA in ihr Archiv übernehmen. Von seiner Tochter erhielten wir 2017 weitere Unterlagen aus seinem Nachlass.

Weitere umfangreiche Zugänge kamen von der Bundesgeschäftsstelle des NABU und vom Deutschen Naturschutzring, die ihre Bestände um zahlreiche Akten und Materialien ergänzten.

Dank einer Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen konnte im März 2017 eine Kompaktusanlage in einem zweiten Archivraum der Stiftung Naturschutzgeschichte installiert werden. Die bisherigen Lagerkapazitäten von etwa 820 Regalmetern konnten hierdurch um rund 430 Regalmeter erweitert werden (*Abb. 3*).

Der Bibliotheksbestand wurde im vergangenen Jahr kontinuierlich durch Buch- und Zeitschriftenspenden sowie gezielte Ankäufe von wissenschaftlicher Literatur ergänzt.

Zugänge ins Studienarchiv Umweltgeschichte

Jens Hoffmann

Archivbericht (Stand 14. August 2018)

Seit Erscheinen des letzten Heftes haben erneut zahlreiche Zugänge von Archiv- und Bibliotheksgut zum Wachsen der Sammlung des IUGR e. V. beigetragen. Insgesamt 39 Personen und Institutionen haben Materialen an das IUGR e. V. gesandt. Der Kreis der Personen und Institutionen, deren Materialien im Studienarchiv vereint sind, ist seit dessen Bestehen auf die stattliche Zahl von 586 angewachsen.

Ausdrücklich gedankt sei an dieser Stelle auch allen Einrichtungen, Organisationen und Personen, die unser Studienarchiv auf dem Wege des Schriftentauschs mit den neuesten Ausgaben der jeweiligen Zeitschriften und Schriftenreihen versorgen.

Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburgische Seenplatte, Neubrandenburg

Statistische Jahrbücher der DDR (1957–1989), Statistische Jahrbücher des Bezirks Neubrandenburg (1957–1990), Literatur zum Städtebau in der DDR

Unterlagen zur Territorialplanung in der Region (insbesondere Landschaftsplanung Südkreise), Planungsatlanten, Generalverkehrsplanung

Prof Dr. Hermann Behrens, Peckatel

Packard: Die große Verschwendung (1965), Haufe, Bruckmeier: Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern (1993), Klafs, Hauff: Vergangenes, Erlebtes, Gelebtes, Familien- und Lebenschronik des Dr. Hans Sieber (1999), von zur Mühlen: Aufbruch und Umbruch in der DDR (2000), Roesler: Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR (2006), Meadows et al.: Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update (2009), Randers: 2052 – Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. Der neue Bericht an den Club of Rome (2012), Gensichen: Ins Offene ... Autobiographie (2016) ca. 50 Bücher zur Agrar-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

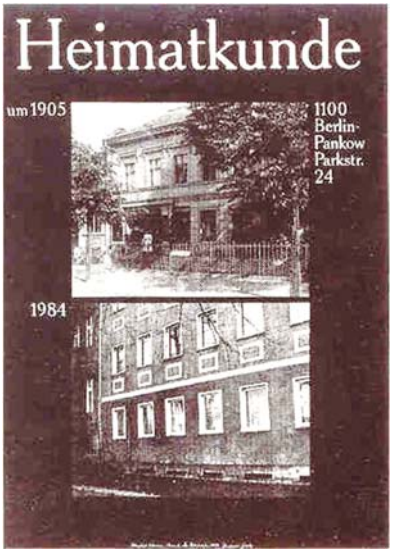
Annett Bellmann, Zwenkau

MIBRAG (Hg.): Video Verborgene Wildnis im Betriebsgelände (Ein Film der NFG Ökologische Station Borna Birkenhain e.V. von Annett Bellmann und Harald Krug), Heyde, Krug: Orchideen in der Mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbaufolgelandschaft (2000), Sächsische Akademie für Natur und Umwelt (Hg.): Naturschutz in Bergbauregionen. Umsetzung von Naturschutzstrategien im Braunkohlenbergbau.

Prof. Dr. Ulrich Brenning, Rostock

Rundbrief „Ornithologische Beobachtungen“ aus der „Vogelschutzstation Serrahn“ (Hubert Weber), 1953 bis 1955, Nummern 1-17 und Nachfolger (hektografiert) „Ornithologischer Rundbrief Mecklenburgs“, Nr. 18 (Januar 1956) bis Nr. 25 (1958), Mitteilungsblatt Nr. 1/1961 bis Nr. 5/1963 des Bezirksfachausschusses Ornithologie und Vo-

gelschutz Rostock. Ferner Zugbeobachtungen Ulrich Brenning aus den 1950er Jahren am Conventer See (Jemnitz-Schleuse)



Manfred Butzmann, Berlin

„Ab nach Schildow – auch eine Heimatkunde“ (Grafiken von Manfred Butzmann)

Helga Deglmann, Berlin

Literatur, u. a.: Lange: Das Jahr des Weidmanns (1971), Momberg: Von Pirschen und Strecken (1973)
Zeitungsausschnitte und Faltblätter zu Natur- und Umweltthemen

Dr. Werner und Heidemarie Eichstädt, Meiersberg

ca. 1 laufender Meter Archivalien zur Naturschutzarbeit
Zeitschriften: Beiträge zur Vogelkunde (1966–1989), Journal für Ornithologie (1959–2002), Ornithologischer Beobachter (1971–2002)

Dr. Berthold Fege, Berlin

Unterlagen aus den Restbeständen des Instituts für Raumordnung und Umweltökonomie an der Hochschule für Ökonomie (Literatur und Archivalien zu den Themen: Rekultivierung von Braunkohleabbauflächen, Stadt- und Raumplanung)

Renate Förster, Güstrow

Zwei Kisten Bücher, u. a.: Buesgen: Der deutsche Wald (1908), Krausch: Die Pflanzenwelt des Spreewaldes (1960), Heilborn, Böhme: Der Kampf ums Dasein im Tierreich (1961), Momberg: Auf grünen Pfaden (1968), Weber: Auf Vogelpirsch (1968), Creutz: Sumpf- und Wasservögel (1970), Körner, Vetter: Wildnis der Wisente (1973), Kolbe: Wasservögel in Freiland und Gehege (1977), Herczeg: Das Weidwerk in Bildern (1980), Heynert: Zwischen Ostsee und Erzgebirge (1981), Heynert: Botanische Kostbarkeiten (1981), Stubbe: Raubwild, Raubzeug, Krähenvögel (1983), Robiller. Lebensräume (1984), Schuster, Sommer: Sumpf- und Wasserpflanzen (1986), Robiller: Refugien der Natur (1987), Lemke, Müller: Naturdenkmale (1988), Spillner: Schätze der Heimat (1988)

FöV AGWA e.V., Suhl

Landeshauptstadt Erfurt (Hrsg.): Lebenselexier Wasser (2016)

Sabine Fritsche, Neubrandenburg

Literatur, u. a.: Haufe, Schretzenmayr: Taschenbuch der heimischen Moos- und Farnpflanzen (1956), Ludwig: Wörterbuch der Waidmannssprache (1966), AdL: Agrarwis-

senschaft im Dienste der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1976), Lemke, Stoy: Jagdliches Brauchtum (1977), Haenel: Energie- und Nährstoffgehalt von Lebensmitteln (1979), Wotte: Jagd im Zwielicht (1983), Rau-Schamfuss: Chemie in der Landwirtschaft, (1998), Hilf, Röhrig: Der Wald und das Weidwerk in Geschichte und Gegenwart (2007), Hausarbeit und Promotion Dieter Schulz

Karl-Peter Füßlein, Böhmerheide

Literatur, u. a.: Lösung der Vogelschutzfrage (1907), Prell: Kampf dem Borkenkäfer (1948), Buddenbrock: Vom Farbensinn der Tiere (1952), Reichelt: Unser Rehwild (1956), Weber, Knoll: Flora des Vogtlandes (1965), Rauschert: Wiesen- und Weidepflanzen (1965), Baumer: Paradiese der Zukunft (1965), Lorenz: Die Rückseite des Spiegels (1975), Grunert: Zimmerblumen (1975), Petersen: Die Gräser (1981), Hennig, Kreisel: Taschenbuch für Pilzfreunde (1987), Schmidt: Schlangen (1989), Reichholf: Der unersetzbare Dschungel (1990), Kindel: Kiefern in Europa (1995), Opitz: Entdeckungen im Silbernen Erzgebirge (1996), Wild: Interessante Wanderungen durch das sächsische Obererzgebirge (1997), Löscher: Heimat Erzgebirge (1997), Müller et la.: Oberlausitz (2011), Mannsfeld: Natürliche Grundlagen der sächsischen Kulturlandschaft (2014)

Christian Hanisch, Görlitz

Umfangreiche Archivalien zur Naturschutzarbeit im Bezirk Dresden und zur Arbeit des KNB Hanisch in Görlitz

Marika Hauptmann, Neubrandenburg

Literatur, u. a.: Nowacki: Getreidebau (1917), Scheibe: Einführung in die Allgemeine Pflanzenzüchtung (1951), Richter: … die schönsten aber sind Orchideen (1958), Synge: Gartenfreude durch Blumenzwiebeln (1966), Grunert: Gartenblumen von A bis Z (1967), Förster: Neuer Glanz des Gartenjahres (1969), Sterba: Lexikon der Aquaristik und Ichthy ologie (1978), Grunter: Das Große Blumenzwiebelbuch (1978), Frank: Bunte Welt der Aquarienfische (1980), Frey: Das Süßwasser-Aquarium (1982), Obst, Richter, Jacob: Lexikon der Terraristik (1984), Reinbothe, Wasternack: Mensch und Pflanze (1986), Sterba: Süßwasserfische der Welt (1987), Richter: Zwergbuntbarsche (1987), Spillner: Zwischen Alpen und Eismeer (1987), Fiedler: Naturfotografie unterwegs (1990), Wetzel: Integrierter Pflanzenschutz und Agroökosysteme (1997)

Heimatbund Thüringen, Weimar

Einzelhefte der Beiträge zur Heimatkunde aus Stadt und Kreis Nordhausen und der Sömmerdaer Heimathefte sowie zahlreiche Jahrgänge des Greizer Heimatboten

Walter Kintzel, Parchim

Rundschreiben der Fachgruppe Ornithologie und Vogelschutz Parchim 1994-2016

Norbert Krätzig, Zwönitz

Unterlagen zur langjährigen Arbeit als Kreisnaturschutzbeauftragter im Kreis Aue (Kopien)

Prof. Dr. Dr. Horst Kurt, Halle/Saale

Zeitungsartikel, eigene und fremde Beiträge, Einzelhefte von Zeitschriften und Schriftenreihen, u. a.: Natur und Umwelt, Mitteilung GNU BV Dresden, Naturschutzarbeit in Sachsen

Dr. Peter Lösel, Berlin

Literatur zur Wasserwirtschaft, u. a.: Eckoldt: Flüsse und Kanäle (1998), Uhlemann: Die Geschichte der Schiffshebewerke (1999), Uhlemann: Zwischen Elbe und Ostsee (2000), Uhlemann: Schleusen und Wehre. Technik und Geschichte (2002)

Johannes Naacke (†), Brandenburg an der Havel

Unterlagen zur Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Berlin-Brandenburgischer Ornithologen und zur Zentrale für Wasservogelforschung
Literatur, vor allem zur Ornithologie, u. a.: Schmidt: Wunderwelt der Steine (1954), Schmalfuß: Pflanzenernährung und Bodenkunde (1958), Schubert, Wagner: Botanische Pflanzennamen und Fachwörter (1962), Freye: Repetitorium der Zoologie (1963), Krüger: Der anatomische Wortschatz (1964), Klopfer: Ökologie und Verhalten (1968), Stahl: Mechanismen der Vererbung (1969), Jahn, Löther, Senglaub: Geschichte der Biologie (1982), Stoy: Jagdliches Brauchtum (1985), Ludwig: Wörterbuch der Weidmannssprache für die Jagdpraxis (1987), Rutschke: Die Wildschwäne Europas (1992), Rochlitzer et al.: Die Vogelwelt des Gebietes Köthen (1993), Hartmann et al.: Die Vogelwelt des Landkreises Demmin (1994), Völkler: Die Vogelwelt des Kreises Bad Doberan (1994), Selig et al.: Die Vögel im Naturpark Drömling (1997), Mitlacher: Ramsar-Bericht Deutschland (1997), Rutschke: Der Kormoran (1998), Hoffmann et al.: Die Vogelwelt des Naturparks Märkische Schweiz (2000), Haupt, Lutz, Boye: Internationale Impulse für den Schutz von Wasservögeln in Deutschland (2000), Kolbe et al.: Zur Geschichte der Vogelkunde im Raum Dessau (2012)

Zeitschriften und Schriftenreihen, u. a.: Die Vogelwelt, Untere Havel, Vögel in Deutschland, Mitteilungen des Vereins Sächsischer Ornithologen

Werner Nedon, Halle/Saale

ca. 10.000 Fotos zur Wasserwirtschaft aus der Sammlung Wecke

Joachim Neumann, Neubrandenburg

Ornithologischer Rundbrief Mecklenburg-Vorpommern (gebunden), Sonderdrucke

Dr. Karl-Friedrich Ortmann, Rostock

Literatur von Prof. Dr. Günther Wertz

Dr. Lutz Reichhoff, Dessau

Dessauer Kalender (Heimatliches Jahrbuch) 2018, ca. 1 laufender Meter Forschungsberichte, Dissertationen und Diplomarbeiten, 11 Mappen mit einer Foto- und Materialsammlung von Siegfried Schlosser

Wolfgang Richter, Himmelpforten

Berichte zum Sommerworkshop am Krüselinsee aus den Jahren 206 bis 2016, DVD mit digitalisierten Filmen

Herr Ruttkowski, Dresden

Historische Zeichen und Wege der Dresdner Heide (1988), Landschaftspflegeplan für das LSG „Elbhänge Dresden-Pirna und Schönfelder Hochland“ (1988); Pflanzen und Tiere der Dresdner Heide (1985)

Arnulf Ryssel, Merseburg

Förderverein Numburg e. V.: 50 Jahre Naturschutzstation Numburg (2017)

Sebastian Schopplich, Gera

Einzelhefte von Zeitschriften und Schriftenreihen: Pommern, DIALOG, Thüringer Museumshefte, Feldherpetologisches Magazin, Zeitschrift für Feldherpetologie, Mittelungen und Information Verein Thüringer Ornithologen, Zeitgeschichte regional, Berichte zum Vogelschutz,
Seydel: Vergessene Heimat (1935), Fricke: Das Vogtland um Weide, Zeulenroda und Pausa (2018)

Christina Schott, Neubrandenburg

Krumbholz: Meine Heimat DDR (1983)

Matthias Schrack, Dresden

Übersicht über die Tätigkeit des Arbeitskreises Brutvogelfauna Dresden, 1971; pers. Unterlagen zu seiner Dozententätigkeit, Tagungsband 40 Jahre ornithologische und Naturschutzarbeit in Großdittmannsdorf

Hans-Georg Spanknebel, Erfurt

ausgefüllte Meldekarten an die Vogelwarten Rossiten bzw. Helgoland über Vogelfunde (1930er Jahre)

Joachim Thiess, Podewall

Archivalien zu Meliorationsprojekten. Literatur zur Melioration

Helga Thomaschke, Ottendorf-Okrilla

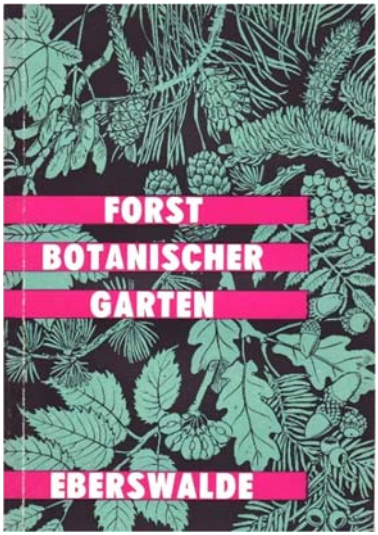
Zeitzeugenbericht über ihre Tätigkeit im Natur- und Umweltschutz, Fotos zu Arbeit von Dr. Teuscher am Institut für Lehrerbildung Radebeul

Umweltzentrum Unstrut-Hainich e.V.

Zeitungsausschnitte, Broschüren des ehemaligen Naturschutzinformationszentrums Nordthüringen e.V.

Norman Voigt, Greifswald

Bastian: Greenpeace in der DDR (1996)



Dr. Uwe Wegener, Halberstadt

Literatur, u. a.: zu Putlitz, Meyer: Landlexikon. 6 Bände (1914), Becker: Der Aufbau des Calbe-Eickendorfer Glazials (1928), Schneider: Praktisches Handbuch der Landwirtschaft (o.J.), Krause: Feld- und Gartenunkräuter und ihre Bekämpfung (1949), Mahla: Gärtnerische Samenkunde (1950), Oberdorf: Wirtschaftliche Pflanzengemeinschaften im Ackerbau (1953), Hussel et al: Umwelt. Boden. Pflanze. Tier (1960), Ohms: Gesunde Rinder auf der Weide (1961), Hahn: Elektrizität in der Landwirtschaft (1964), Mothes: Zur Problematik der gegenwärtigen Biologie (1967), Remer: Organischer Dünger (1980), Dörter: Landwirtschaftliche Meliorationen (1986), Ahrends et al.: Landwirtschaft der DDR (1989), Rempel: Ökonomie der Landwirtschaft der DDR (1989)
Lehrbriefe zu folgenden Bereichen: Pflanzenbau, Agrarökonomik, Ackerbau, Mechanisierung der Landwirtschaft, Tierzucht, Landschaftsgestaltung, Einzelhefte von Zeitschriften und Schriftenreihen
Archivalien (Korrespondenz, Forschungsberichte, Manuskripte usw.)

Michael Weggen, Brandenburg-Kirchmöser

Broschüren und zahlreiche Hefte folgender Zeitschriften und Schriftenreihen, u. a.: Mitteilungen der BAG Artenschutz, Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg, Naturschutzarbeit in Mecklenburg, Landschaftspflege und Naturschutz in Thüringen

Günther Wertz, Rostock

Literatur zu Natur- und Umweltthemen, u. a.: Laatsch: Dynamik der mitteleuropäischen Mineralböden (1957), Wille: Die Insel Usedom (1962), Dyck: Angewandte Hydrologie (1976), Reuter, Klengel, Pasek: Ingenieurgeologie (1980), Barthelmes: Hydrobiologische Grundlagen der Binnenfischerei (1981), Lieberoth: Bodenkunde (1982), Kalbe: Leben im Wassertropfen (1985), Succow, Jeschke: Moore in der Landschaft (1986), Luckner, Schestakow: Migrationsprozesse im Boden- und Grundwasserbereich (1986), Weber: Grundriss der biologischen Statistik (1986), Uhlemann: Berlin und die märkischen Was-

serstraßen (1987), Kosel: Unternehmen Wissenschaft (1989), Langer: Leben unter dem Hakenkreuz (1996), Wegener: Naturschutz in der Kulturlandschaft (1998), Hippauf: Johann Heinrich von Thünen (2000), Goudie: Physische Geographie (2002), Müller: Landschaftselemente aus Menschenhand (2005), Wagemann: Von der DAL zur AdL (2006), Berz: Wie aus heiterem Himmel? (2010), Kuntsche: Beiträge zur Agrargeschichte der DDR (2015)
Dissertationen

Ronny Wolf, Leipzig

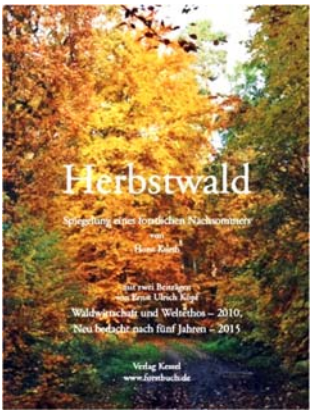
FG für Ornithologie und Herpetologie Falkenhain: Tagungsband zum 40jährigen Bestehen der Fachgruppe (2002), Chronik 40 Jahre ornithologische und Naturschutzarbeit in Großdittmannsdorf

Almut Zimdahl, Berlin

Archivalien, u. a. Dritter Botanisch-dendrologischer Rundbrief (Manuskript), Einladungen, Maßnahmeplan

Neue Bücher

Kurth, H. & Köpf, E. U. 2017: *Herbstwald – Spiegelung eines forstlichen Nachsommers*, Verlag Kessel, Remagen-Oberwinter, www.forstbuch.de; 156 S., zahlreiche Fotos, Gedichte und Grafiken zum Thema Herbst und Lebenszeit, 12,00 €



Horst Kurth, inzwischen im 89. Lebensjahr, ist nicht nur durch seine Lehrtätigkeit in Tharandt, mehrere Lehrbücher und zahlreiche wissenschaftliche Schriften, sondern auch durch viele Jahrgänge von Forstabsolventen, Doktoranden, Freunde, und durch die Zanthier-Akademie sowie den Köhlerverein bekannt geworden.

Er schreibt dieses Buch über die Zeit von 1990 bis 2016, immer aber mit interessanten Rückblicken auf sein bisheriges, erfolgreiches Wirken als Hochschullehrer, Familienvater und als Initiator zahlreicher Aktivitäten.

Horst Kurth wurde im Vorharz, in Halberstadt, geboren und verlebte hier seine Kindheit und Jugendzeit, immer in enger Beziehung zum Harz. Er studierte dann an der Technischen Universität Dresden in der Fachrichtung Forstwissenschaften. Nach Assistenz und Forstpraxis wurde er ab 1969 zum Ordentlichen Professor nach Tharandt berufen. Als begnadeter Hochschullehrer, der seine Vorlesungen meist in freier Rede vortrug, verstand er es ein schwieriges Fach für die Studenten interessant zu gestalten. Aber der Autor des Herbstwaldes berichtet auch über die spannenden Jahre 1989 und 1990 in Tharandt und Dresden, bei denen es u. a. persönliche

Gespräche mit Hans Modrow gab. Wie andere Hochschulen auch, so wurde die Fachrichtung Forstwissenschaft in den Folgejahren ebenfalls „evaluiert“ und Prof. Kurth, langjähriger Dekan und Sektionsdirektor, verlor als „systemnaher Hochschullehrer“ wie viele andere Professoren seinen Lehrstuhl. So wurde er trotz anerkannter wissenschaftlicher Leistungen und international bekannter Lehrbücher zum höchst bezahlten Arbeitslosen in Sachsen und das wenige Jahre vor dem regulären Ruhestand.

In den 1980er Jahren verlagerte Horst Kurth seinen ehrenamtlichen Schwerpunkt verstärkt in den Kulturbund der DDR. Das hatte folgenden Hintergrund, der im „Herbstwald“ beschrieben wird. Im Jahre 1980 äußerte er sich kritisch gegenüber der Abgrenzungspolitik der SED, was ihm schließlich die weitere Hochschullaufbahn als möglicher Prorektor der Universität Dresden verbaute. In dieser Situation konzentrierte er sein gesellschaftliches Handeln auf die neu gegründete Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund mit mehr als 4000 Natur- und Heimatfreunden im Bezirk Dresden. Seine GNU-Arbeit beschränkte sich aber nicht auf den Bezirk Dresden. Der Autor erinnert sich an Vorträge zum Thema „Der Wald im 21. Jahrhundert – eine ökologische Entwicklungsaufgabe im Stoffwechsel mit der Natur“. Das war eine Thematik, die übervolle Kulturbundsäle in Wernigerode, Magdeburg und Halle brachte.

Das vorzeitige Ende der Lehrtätigkeit an der Hochschule nach der „Wende“ war auch ein Auslöser zur Rückkehr nach Hasselfelde in den Harz. Die Beziehungen zum Harz waren aber auch während seiner Tharandter Zeit nie ganz abgerissen, das betraf Studentenexkursionen, fachliche Beratungen und schließlich die Gründung der Initiative „Harzwälder“.

Horst Kurth hatte nun zwar keinen Lehrstuhl mehr und galt offiziell als „arbeitslos“, untätig war er deshalb aber keinesfalls. Es entstand in dieser Zeit ein Lehrbuch zur Forsteinrichtung und drei Dutzend unterschiedliche Veröffentlichungen zum Wald, zur Forstwirtschaft und zur Forstgeschichte. Ich erinnere mich an Besuche auf dem Quastberg bei Hasselfelde: Da gab es kein großes Arbeitszimmer mehr, sondern nur einen Wohnzimmertisch und wohlgeordnet viele Klappkästen, in denen Manuskripte und Bücher zur Bearbeitung unterschiedlicher Themen bereitlagen.

Prof. Kurth nahm in dieser Zeit jedoch auch wichtige internationale Verpflichtungen wahr, so im Internationalen Verband Forstlicher Forschungsanstalten (IUFRO) und brachte zusammen mit Othmar Griess, einem Chairman des Verbandes weitere Schriften heraus. Im Auftrage der IUFRO bereiste er zahlreiche europäische Länder und Südamerika. Eine besondere Genugtuung für den auf diese Weise immer noch aktiven Professor war es ganz sicher, dass ihm die Fachrichtung Forstwissenschaften der TU Dresden zu seinem 70. Geburtstag ein Ehrenkolloquium unter dem Titel „Raum und Zeit – Dimensionen der Forstwirtschaft“ widmete, welches unter internationaler Beteiligung 2001 in Tharandt stattfand. Wesentlichen Anteil an der Gestaltung dieses Kolloquiums hatte Prof. Dr. Ernst Ulrich Köpf, von dem noch die Rede sein wird.

Sicher war dieses Kolloquium für den Jubilar noch einmal eine bedeutende Würdigung seiner bisherigen Arbeit in Tharandt, der neue Schwerpunkt lag aber bereits längst im Harz. Hier widmete er sich gemeinsam mit Peter Feldmer der Förderung des Köhlervereins und trug damit nicht nur zur Aufarbeitung der Forstgeschichte bei, sondern auch zur Förderung des Köhlereistandortes am Stemberghaus bei Hasselfelde. Hervorheben

möchte ich auch die kritische Begleitung unserer Arbeit im Nationalpark Hochharz, in dem noch zahlreiche Versuche der Tharandter Kollegen weitergeführt wurden und mehrere Diplomanden arbeiteten. Viele Entwicklungen im Hochharz hatte Horst Kurth vorhergesehen, wenn auch nicht in der zeitlich schnellen Folge bedingt durch die Temperaturerhöhung nach dem Jahr 2000.

Seit 2004 widmete sich Horst Kurth der Wiederbelebung des Nachhaltigkeitsgedankens von Hans Dietrich von Zanthier, dem gräflich-stolbergischen Oberforst- und Jägermeister, der die erste deutsche Forstakademie in den 1760er Jahren in Ilsenburg gründete. Das „nachhaltige Denken“ sollte von der Forstwirtschaft ausgehend auf weitere gesellschaftliche Bereiche übertragen werden. Horst Kurth wurde zum „Spiritus rector“ der geplanten Zanthierakademie als der Schule der Nachhaltigkeit und wurde dabei von seinen Schülerinnen und Schülern sowie Freunden, die im Harz tätig waren, unterstützt. Im Laufe von 10 Jahren stellte sich aber heraus, dass wir mit diesen Gedanken zu spät gekommen waren. Die Unterstützung des Landes und potenter Geldgeber kam nicht zustande. So blieb es beim regionalen Gedenken und einem Zanthier-Raum in der Klosterstiftung Ilsenburg.

Nun gibt es in diesem Buch „Herbstwald“ noch wesentlich mehr zu lesen, so aus der Hochschulgeschichte in Tharandt, die erheblichen privaten Einschnitte in seinem Leben, Jagdgeschichten des Professors, die Ehrendoktorwürde der Universität Helsinki, ein umfangreiches Literaturverzeichnis und vieles andere mehr.

Der Autor dieser Buchbesprechung möchte aber unbedingt noch auf zwei Beiträge von Prof. Dr. Ernst Ulrich Köpf eingehen, die Prof. Kurth gewidmet sind: „Waldwirtschaft und Waldethos – 2010“ und „Neu bedacht nach fünf Jahren – 2015“. Der erste Beitrag wird Horst Kurth zum 80. Geburtstag gewidmet und wurde in diesem Buch erstmals veröffentlicht. Der zweite Beitrag erschien anlässlich des 85. Geburtstages.

Weltethos beinhaltet Grundprinzipien des Handelns in einer globalisierten Welt, die Köpf vom Wald ableitet. In Anlehnung an Hans Küng versteht er darunter Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit, Solidarität, Wahrhaftigkeit und gegenseitige Achtung. Er geht dabei vom Wald aus, behandelt die verhängnisvolle Rolle des Geldes und der Machtpolitik, nennt Visionen einer zukünftigen Weltwirtschaftsordnung und kommt schließlich auf die Notwendigkeit der Nachhaltigkeit auch in der Wirtschaft zurück. Köpf hält die hemmungslose Deregulierung und Privatisierung von Wäldern für nicht zukunftsträchtig und für das Gemeinwohl sehr abträglich. Er kritisiert aber auch die Stilllegung von Wäldern als einen naiven Naturschutz, der aus der Stadtkultur entstanden sei. Beide Beiträge sind geprägt durch die Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und zeigen die Weitsicht des Hochschullehrers im Ruhestand.

Kommen wir aber zu Horst Kurth zurück, dem beide Beiträge gewidmet sind. Horst Kurth war schon in den 1980er Jahren, als er die Grundsätze für den Wald im 21. Jahrhundert formulierte, ein Visionär, aber in seinem Handeln auch Realist, der „das Machbare“ im jeweiligen Gesellschaftssystem im Blick hatte.

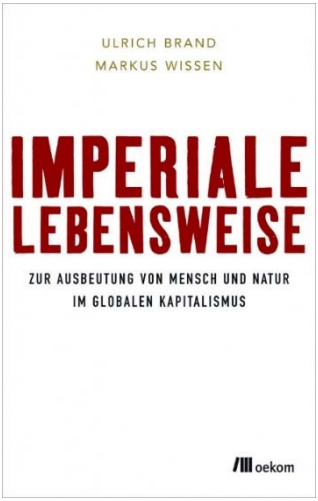
Hinzu kam seine Heimatverbundenheit, aus der er Kraft schöpfte, sonst hätte er die Zeit nach 1990 kaum so produktiv gestalten können. Und so schreibt er in Anlehnung an Johannes R. Becher: In der Heimat ist der Himmel höher – mit Blick auf den Brocken –

die Luft würziger – mit Blick auf die Fichtenbestände im Harz –, da schmeckt das Brot besser und dort sind die Städtchen hübscher – dabei sieht er die bunten Städte am Harzrand.

Alles in allem ein sehr lesenswertes Buch von zwei in die Herbstzeit gekommenen Waldprofessoren nicht nur aus der persönlichen Sicht, sondern auch als ein Mosaikstein der Zeitgeschichte.

Uwe Wegener

Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. oekom verlag München. 224 S. ISBN-10: 3865818439, ISBN-13: 978-3865818430, 14,95 €.



Ulrich Brand und Markus Wissen haben ein Buch geschrieben, dem in diesen Zeiten viele Leser zu wünschen sind. Angesichts aufgekratzter und bewusst oder unbewusst kurzsichtiger Diskussionen, die sich in schnelle Schlüsse über den Zustand unserer Gesellschaft und der Welt versteigen, bieten sie einen Blick über den Tellerrand der deutschen Alltagsangst auf den globalen Kontext aktueller Entwicklungen. Dies ist mehr als notwendig, da sich ökologische Krisen, gewaltsam ausgetragene Konflikte und damit einhergehende Migrationsströme anders kaum verstehen lassen. Wer also mehr verstehen, den Blick weiten will, dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen.

Die Autoren stellen die imperiale Lebensweise in den Mittelpunkt, die sie als wesentliches Moment in der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften verstehen. Sie ist tief in den Institutionen, der Wirtschaft, den Werthaltungen und Orientierungen sowie den Alltagspraxen verankert und stellt daher aus Sicht der Autoren einen Hauptgrund dafür dar, dass angesichts multipler Krisen notwendige und längst überfällige Veränderungen wie eine sozial-ökologische Transformation so schwierig sind oder gar ausbleiben.

Der mit dem Begriff der imperialen Lebensweise verbundene Kerngedanke ist, dass unser Leben wesentlich über die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und Eingriffe und die Naturverhältnisse anderenorts ermöglicht wird. Unser Fußabdruck reicht deutlich über unsere Grenzen hinaus, indem im globalen Maßstab natürliche Ressourcen, Senken und menschliches Arbeitsvermögen genutzt werden. Unsere Lebensweise ist exklusiv in dem Sinne, dass sie nur so lange erhalten werden kann, wie sie über ein Außen verfügt, auf das ihre Kosten, ihre negativen Effekte verlagert werden können. Es geht um Landnahme innerhalb der Gesellschaft und deutlich darüber hinaus – inklusive aller damit

verbundenen Folgen. Die Autoren machen anhand eindrucksvoller Beispiele sichtbar, was unseren Alltag, unser Produzieren und Konsumieren ermöglicht, dies meist ohne darüber zu reflektieren, welche Zerstörungen anderenorts damit einhergehen. Sie erklären, wie sich angesichts von zunehmenden Problemen und Krisen dennoch so etwas wie eine Normalität einstellt. Hier sehen sie die imperiale Lebensweise als zentral und vor allem als Paradoxon an. Sie wirkt in vielen Teilen der Welt verschärfend auf Krisenphänomene und bringt diese sogar wesentlich mit hervor. Dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, ist sie gleichzeitig wesentliches Moment zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Dabei ist der globale Norden seit geraumer Zeit nicht mehr unter sich. Zwei Drittel der Weltbevölkerung befindet sich im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Länder wie China, Indien oder Brasilien erleben enorme Steigerungsraten in Produktion und Konsumtion und die Aneignung unserer Werte und Alltagspraxen erzeugt einen enormen Bedarf an Ressourcen, an Quellen und Senken, an Möglichkeiten der Verlagerung ökologischer Kosten der eigenen Ansprüche in andere Weltregionen. Diese Länder sind so nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische Konkurrenten. Allein ein Blick in Berichte zum Landgrabbing im globalen Maßstab macht dies eindrucksvoll klar. Die Folge sind ökoimperiale Spannungen, da sich immer mehr Menschen mit ihrer Lebensweise auf das Außen konzentrieren, dem man seine Folgen anlasten kann – Abschottung und Abgrenzung gegen dieses Außen und seine Menschen inklusive. Ein Blick in die aktuellen Tageszeitungen reicht, um die damit verbundene Mobilmachung der Köpfe zu erleben.

Der hier beschriebenen Intention des Buches folgt ein Kapitel, das die Probleme zusammenfassend beschreibt, die sich zu einer multiplen Krise verdichtet haben und als deren Kern die Autoren die imperiale Lebensweise verstehen. Diese wird nachfolgend als Kategorie eingeführt, um die Mechanismen zu verdeutlichen, über die die in den Gesellschaftsstrukturen angelegten Herrschaftsverhältnisse einschließlich sozialer Hierarchisierung normalisiert werden.

Ein wesentliches Verdienst des Buches ist neben seinem Mut zu mitunter deutlichen Worten die in den Kapiteln 4 und 5 enthaltene exemplarische Beschreibung der historischen Entwicklung der imperialen Lebensweise in unterschiedlichen historischen Phasen und der hier zu identifizierenden Kontinuitäten und Wirkungen.

Es werden vier Phasen unterschieden: (1) Frühkapitalismus und erste Kolonialisierung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, (2) liberaler Kapitalismus und fortschreitende Kolonisierung bis hin zum historischen Imperialismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, (3) nach einem längeren Übergang mit zwei Weltkriegen die Phase des Fordismus in den 1950er bis 1970er Jahren sowie (4) die bis heute andauernde Phase der neoliberal-kapitalistischen Globalisierung.

Im Mittelpunkt steht die Phase (3) des Fordismus mit einem bis dahin ungekannten Zuwachs am materiellem Wohlstand einschließlich der ressourcen- und emissionsintensiven Wirtschaftsweisen und einer Verfestigung ungleicher Nord-Süd-Verhältnisse (zu diesem Thema immer wieder zu empfehlen Christian Pfister: Das 1950er-Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft. Bern 1995).

Kapitel 5 widmet sich nachfolgend der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren, wo sich ein historisches Fenster öffnete, in dem die imperiale Lebensweise hinterfragt wurde

(Ölpreisschock, Bericht „Grenzen des Wachstums“, erste Weltumweltkonferenz in Stockholm usw.). Die Autoren machen deutlich, dass die seinerzeit gemachten Erfahrungen heute durchaus noch anschlussfähig sind, auch wenn die neoliberale Form der Krisenbewältigung und die damit einhergehende Vertiefung der imperialen Lebensweise das historische Fenster seit den 1980er Jahren schnell wieder schließen sollten. Als aktuelle, die imperiale Lebensweise verallgemeinernde bzw. vertiefende Entwicklungsmodelle werden zum einen das chinesische Modell einer klassischen nachholenden Industrialisierung und zum anderen das in Lateinamerika verfolgte Modell des Neoextraktivismus mit einer Intensivierung von Förderung, Produktion und Export unverarbeiteter Rohstoffe thematisiert – einschließlich der bereits angesprochenen ökoimperialen Spannungen.

Unsere aktuelle Lebensweise wird in Kapitel 6 anhand der Automobilität illustriert: „SUV-Fahren als Krisenstrategie“.

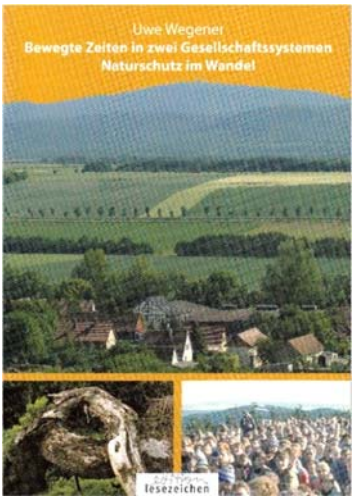
Es bleibt die Frage nach den Alternativen. Brand und Wissen vertreten die Meinung, dass angesichts der beschriebenen Entwicklungen die Anforderungen an eine Alternative radikaler zu formulieren sind, als es aktuell im Mainstream der Debatten um grüne Revolutionen und neue Gesellschaftsverträge (WBGU 2011) getan wird. Die Debatten würden die grundlegenden Mechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung einschließlich der imperialen Lebensweise ausblenden. Es würden die Dynamiken unterschätzt, die für eine Transformation zur Nachhaltigkeit wirklich notwendig seien. Stattdessen herrsche eher der Eindruck vor, man sei sowieso schon auf dem Weg dorthin und man müsse nur noch einige mehr oder einige große Hindernisse aus dem Weg räumen. Den teils radikalen Problemdiagnosen stünden eher zahme politische Vorstellungen gegenüber und die Kontinuität eines ungebrochenen politischen Steuerungsoptimismus würde sich fortsetzen. Trotz aller Anerkennung der multiplen Krise blieben die Vorstellungen weitgehend auf Aspekte einer ökologischen Modernisierung beschränkt. Fragen wie Gerechtigkeit, Macht, Herrschaft und Eigentum seien deutlich unterbelichtet. Transformationen müssten deutlich über den Status quo hinausgehen – man könne die politische Ökonomie und die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft nicht einfach ausblenden. Ein Zitat aus dem Buch: „Unser Eindruck ist, dass es im Mainstream der Transformationsdebatte vor allem darum geht, anschlussfähig gegenüber herrschenden Diskursen zu bleiben, die ökonomischen und politischen Eliten nicht zu verschrecken und ihnen den sozial-ökologischen Umbau möglichst schmackhaft zu machen. Aber gerade dadurch droht Letzterer im Modus eines liberalen Modernisierungsprojekts zu verharren. Demgegenüber plädieren wir dafür, weniger konfliktscheu in der Debatte deutlich zu machen, wer eigentlich von den aktuellen Verhältnissen profitiert.“ (Seite 148)

Das Buch endet mit „Konturen einer solidarischen Lebensweise“. Dabei geraten zum einen das Alltagshandeln der Menschen (Ernährung, Wohnen, Kleidung, Gesundheit usw.) und zum anderen die dieses Handeln überhaupt erst ermöglichenden Strukturen (Macht- und Eigentumsverhältnisse, politische Regeln, Leitbilder) in den Blick. Es seien Freiräume zu schaffen und abzusichern, in denen sich Neues, emanzipatorisches Handeln im Hinblick auf eine solidarische Lebensweise entwickeln kann. Von dort aus könne sich das Neue ausweiten auf Bereiche, in denen es bis dato nicht Fuß fassen konnte. Es würden neue Subjektivitäten, neue Gewohnheiten entstehen. Neben diesen „weichen“, sich schrittweise verdichtenden Ansätzen einer Umkehr zu einer solidarischen Lebensweise

werden auch weiterführende Änderungen angeführt. Die Rede ist von „einer schrittweisen, von Konflikten und Lernprozessen durchzogenen Überwindung der imperialen zugunsten einer solidarischen Lebensweise“, was auch Fragen der Umverteilung von Macht, Einkommen und Vermögen einschließt und „implizit oder explizit die Frage nach der Verfügung über das Eigentum an den Produktionsmitteln und nach der Kontrolle darüber“ stellt. Spätestens an dieser Stelle kommt das Bedürfnis auf, das Buch aus der Hand zu legen und mit den beiden Autoren den Weg in die Kneipe anzutreten – zur weiterführenden Diskussion.

Jens Hoffmann

Wegener, U. (2017): *Bewegte Zeiten in zwei Gesellschaftssystemen. Naturschutz im Wandel*. Herausgegeben vom Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. an der Hochschule Neubrandenburg. Steffen Media. Edition Lesezeichen. Berlin. 311 S., reich bebildert. 29,95 €.



Das vorliegende Buch berichtet über mehr als 65 Jahre haupt- und ehrenamtliche Naturschutzarbeit in der DDR und später von 1990 bis 2016 in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist eine interessante Zeitreise mit autobiografischem Hintergrund.

Uwe Wegener wechselte in seinem Leben vom ehrenamtlichen Naturschutz in die Wissenschaftsorganisation und Naturschutzforschung des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) und dann erneut in die Naturschutzpraxis eines Forstwirtschaftsbetriebes, was in dieser Form wohl einmalig für die DDR war. Er schrieb mehrere Bücher zum Naturschutz, zu ökologischen Problemen und zusammen mit L. Reichhoff über die Geschichte der Forschung des ILN.

Das vorliegende Buch ist aber kein Fachbuch, sondern ein Geschichtenband aus einem reichen Naturschutzerleben mit einem, dank sorgfältiger Tagebuchaufzeichnungen, fachlichen und historischen Hintergrund.

Das Buch beginnt mit den ersten Kontakten zur Ornithologie und zur floristischen Erkundung im Harzgebiet, sowie mit Besuchen der Lehrstätte Müritzhof am Ende der Schulzeit und in der Studienzeit.

Im Institut für Grünland und Meliorationswesen der Universität Halle, sowie später im ILN nehmen Probleme des Bergwiesenschutzes und der Steppenrasen einen wesentlichen Raum der Naturschutzarbeit ein. Das setzte sich nach 1990 mit der Suche nach neuen Organisationsformen im Landschaftspflegeverband Harz und alternativen Bewei-

dungsformen fort. Nach dem Wechsel in die Arbeitsgruppe Potsdam des ILN 1976 gewinnt auch der Waldnaturschutz einen breiteren Raum.

Das Bestreben, die theoretisch gewonnenen Erkenntnisse auch in die Praxis überzuleiten, führte Uwe Wegener in den Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Wernigerode, was im Buch eindrucksvoll beschrieben wird. Mit einer Betriebsfläche von fast 50 Tha und mehr als 40 Schutzgebieten ergab sich hier ein weites Betätigungsfeld und der Naturschutz reichte von den Steppenrasen des Harzrandes über die Bergwiesen bis zu den Laub- und Nadelwäldern des Harzes. Bildreich werden einige Geschichten zu dieser abwechslungsreichen Arbeit beschrieben.

Nach 1990 konzentrierte sich U. Wegener auf die Einrichtung des Nationalparks Hochharz im Rahmen des ostdeutschen Nationalparkprogramms und später auf den Aufbau und die Fusion der Nationalparke im Harz, was in ausführlichen Darstellungen festgehalten wird. Verständlicherweise spielen die Brockengeschichten mitten im Nationalpark eine besondere Rolle, bei denen immer wieder nach Kompromissen zwischen Naturschutz und Tourismus gesucht werden muss.

Vier mehr allgemeine Kapitel zum Europäischen Schutzgebietssystem, zur Naturschutzgeschichte, zum Problem Heimat und Naturschutz, sowie zur Einbindung des Naturschutzes in die globalen Probleme des Anthropozäns schließen das Buch ab.

An den einzelnen Kapiteln wird deutlich, dass hier jemand zur Naturschutzthematik schreibt, der sowohl theoretisch als auch praktisch in der Materie steht.

Uwe Wegener ist zudem aus der Sicht des Verfassers dieser Besprechung eine objektive Darstellung der Rolle des Naturschutzes in der DDR und später im vereinigten Deutschland gelungen. Spannend ist auch die Darstellung zahlreicher Wissenschaftler und Naturschützer, die zu DDR-Zeiten Rang und Namen hatten, heute aber fast vergessen sind.

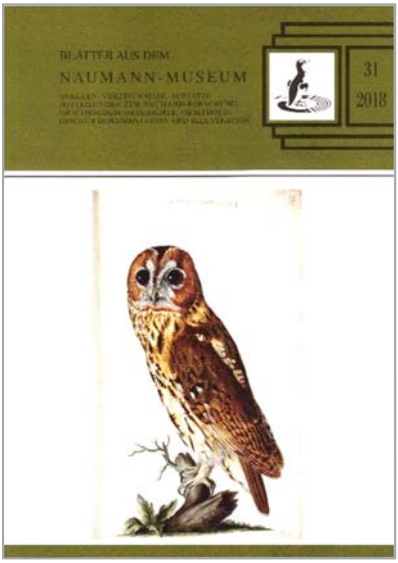
Eine fachliche Vertiefung der Themen ist durch zahlreiche Fußnoten zu jedem Kapitel möglich. Das Buch enthält ein Abkürzungsverzeichnis, ein Stichwortverzeichnis und besonders hervor zu heben, ein Verzeichnis der im Text genannten Persönlichkeiten.

Aus der Sicht des Verfassers dieser Besprechung hätte die Jugendentwicklung etwas gekürzt werden können und dafür der Ausblick der Entwicklung des Naturschutzes aus der europäischen Sicht stärker herausgearbeitet werden können. Aus dem ILN, in dem der Autor des Buches in einem wichtigen Lebensabschnitt wirkte, hätte der Leser gern noch einige Geschichten mehr „aus dem Nähkästchen“ erfahren. Auch dass Uwe Wegener die Erfahrungen seiner vielen naturkundlichen Reisen vor und nach 1990 über vier Kontinente hier nicht oder nur begrenzt einfließen lässt, ist schade.

Im Titel sollte der Naturschutz mehr in den Vordergrund gestellt werden. Auf jeden Fall kann man dieses Buch mit Freude und Gewinn lesen oder wie es Prof. Dr. Hans-Dieter Knapp in seinem einleitenden Text schreibt: „Uwe Wegener ist ein lebendiges Beispiel für ein, trotz einengender Umstände, selbstbestimmtes und erfülltes Leben im Osten Deutschlands und für das geradlinige Verfolgen seiner Lebensaufgabe unter gänzlich veränderten Rahmenbedingungen im vereinten Deutschland.“

Dieter Wehrstedt (Halberstadt)

Blätter aus dem Naumann-Museum Heft 31 (2018), hrsg. von Bernhard Just, Naumann-Museum und Vereinigung der Freunde und Förderer des Naumann-Museums Köthen e. V., ISSN 0233-0415. Bezug über naumann-museum@gmx.de



Christoph Hinkelmann und Joachim Neumann führen in das jüngst erschienene Heft 31 der traditionsreichen Schriftenreihe ein und rufen zur Mitarbeit an künftigen Heften auf:

„Es ist tatsächlich bereits ein halbes Jahrzehnt her, dass das Heft 30 der vorliegenden Schriftenreihe erschienen ist. Die Zwangspause hat eine ganze Reihe von ungünstigen Umständen zur Ursache. Am gravierendsten wirkte sich das fachliche Desinteresse der kommunalen Behörde aus. Noch immer hat es sich dort nicht herumgesprochen, welchen kulturellen Schatz die Stadt Köthen mit dem Naumann-Museum besitzt. Ein Schatz ist es jedoch nur, wenn es auch wahrgenommen werden kann, wenn es ausreichend Unterstützung zur Realisierung publikumswirksamer Öffentlichkeitsarbeit erhält und wenn über das Naumann-Museum gesprochen wird. Ein weiteres wesentliches Mittel hierfür ist eine eigene Schriftenreihe, die durch Tausch mit Publikationsreihen anderer Institute Fachliteratur kostengünstig ins Haus bringt. Andererseits wird dadurch auch die eigene Einrichtung anderswo bekannt. Deshalb ist es extrem wichtig, dass die „Blätter aus dem Naumann-Museum“ wieder präsent sind.

Inzwischen haben sich in der kommunalen Verwaltung Köthens einige Veränderungen ergeben, die uns wieder ein wenig optimistischer in die Zukunft blicken lassen.

Ein ganz wesentlicher Punkt für die Zwangspause im Erscheinen der „Blätter aus dem Naumann-Museum“ war die Reduzierung des Personals am Museum. Der gegenwärtige Zustand ist ein Armutszeugnis für die Stadt Köthen und das Land Sachsen-Anhalt. Das „Personal“ des Museums besteht nur noch aus dem Leiter Bernhard Just, der für alles zuständig ist, sogar für das Putzen der Vitrinen und die Aufsicht. Nach dem allzu frühen Tod des Direktors Dr. Wolf-Dieter Busching war mit Frau Iris HEYNEN eine engagierte Biologin befristet eingestellt worden, die sich intensiv um die „Blätter...“ bemühte und sie in der gewohnten guten Qualität fertigstellte. Leider ist jedoch der Arbeitsvertrag von Frau Heynen nicht verlängert worden, und die ,,Vereinigung der Freunde und Förderer des Naumann-Museums“ konnte diesen Ausfall nicht kompensieren. Zwar hatte Frau HEYNEN den festen Willen, die „Blätter...“ weiterhin zu betreuen, doch konnte sie das aus verschiedenen Gründen nicht realisieren. Wir danken Frau HEYNEN auch an dieser Stelle ausdrücklich für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit.

Auf der Jahresversammlung der „Vereinigung der Freunde und Förderer des Naumann-Museums“ im Dezember 2017 boten wir dem Vorstand an, die Fertigstellung der Manuskripte bis zum Druck zu übernehmen. Dieses Angebot wurde angenommen. Wir legen hiermit nun das längst überfällige Heft 31 der „Blätter aus dem Naumann-Museum“ vor, das noch zum größten Teil von Frau Heynen vorbereitet wurde. Es ist vom Umfang her eine etwas verringerte Ausgabe geworden, was vielleicht den Charakter von Übergang und Neuanfang unterstreicht: Wir wollten die Manuskripte nicht bis zum gewohnten Umfang der Hefte abwarten; wir hielten es für besser, mit den vorhandenen Arbeiten möglichst bald ein Heft vorzulegen.

Wir hoffen sehr, dass Heft 31 gut angenommen wird. Es soll zeigen, dass die „Blätter“ wieder da sind und wir die Arbeit der sehr geduldig gewesenen Autoren in Ehren halten. Wir freuen uns, wenn das Heft positiv aufgenommen wird und hoffen auch auf weitere Manuskripte und Autoren. Wer immer ein ornithologie-historisches Thema vorstellen möchte, soll in den „Blättern aus dem Naumann-Museum“ das richtige Forum finden. Wir freuen uns, wenn Sie diese Information weitergeben und breit streuen!“

Neben der hier zitierten Einführung finden sich in dem Heft Beiträge über wenig bekannte deutschsprachige Sittich- und Papageienliteratur vor 1960, über drei Vogelfangdarstellungen aus der Schweiz, über den Schreiadler als Jagdbeute nach einer Erzählung aus Ostpreußen um 1900, über den fast vergessenen Ornithologen und Schriftsteller Hans Walter Schmidt, eine Klarstellung zu den Auflagen von Otto Kleinschmidts „Die Singvögel der Heimat“ sowie Nachrufe und Würdigungen.

Eine Bitte um Unterstützung betreffend den Beitrag: „Ein zweiter Karl Kullmann − und auch ein Vogelschützer“

(Studienarchiv Umweltgeschichte **20** (2015): 70–74)

Wer weiß etwas über eine „Kullmann-Stiftung“, gegründet 1911?

Herr Detlef Kullmann aus Meerbusch am Rhein schickte kürzlich eine knappe weitere Information zur Geschichte der Ornithologen *Karl Kullmann/Darmstadt* (Geh. Forstrat, geb. am 4. August 1845 in Engelrod, gest. 4.9.1939 Darmstadt) und *Karl Kullmann/Frankfurt am Main* (Weinhändler, geb. 1855 wohl in Bingen am Rhein, gest. 11. Juni 1910 in Frankfurt/M.). Besser gesagt, handelt es sich eher um eine Frage, die sich auf eine Notiz bezieht, die im Jahrbuch der Vogelkunde 1913 (Kosmos-Verlag) erschien. Dort hieß es auf Seite 154, dass in Mannheim auf der Tagung der Vereinigung der Vogelliebhaber Deutschlands, die vom 3.-6. Juni d. J. stattfand, eine „Kullmann-Stiftung“ gegründet wurde. Vermutlich handelte es sich um eine Stiftung, mit der das Wirken des 1910 verstorbenen Frankfurter Weinhändlers Kullmann gewürdigt werden sollte. Detlef Kullmann fand darüber aber nichts weiter heraus, wäre aber an weiteren Informationen sehr interessiert. Wer helfen kann, melde sich bitte bei der Redaktion:

behrens@hs-nb.de oder jenshoffmann@hs-nb.de

Inhalt

Danksagung/Impressum 2

Marieke Müller
Vom Acker übers Jagdgebiet bis hin zum Vogelparadies 3

Berichtigung zu StUg 22 (2017) 15

Hermann Behrens
Ein Besuch bei den Ivenacker Eichen, dem ersten Nationalen Naturmonument in Deutschland 16

Helen Andrews, Florian Braun und Christina Schott
Heimat in den Landschaftswissenschaften – Annäherung an einen umstrittenen und drangsalierten Begriff 30

Max Geyer
Natur – Eine essayistische Betrachtung 35

Berthold Fege und Wolfgang Menge
Territorialökonomische Lehre und Forschung an der Hochschule für Ökonomie (Berlin) 40

Hermann Behrens
Kontinuität von Leitbildern räumlicher Entwicklung in der Entstehungsphase der Territorialplanung der DDR am Beispiel der Zentrale Orte-Theorie 65

Autorinnen und Autoren in diesem Heft 86

Hermann Behrens und Jens Hoffmann
Aus dem Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. 87

Peter Lösel
Das 11. Seminar des Arbeitskreises Wasserwirtschaft 91

Hans-Werner Frohn
Aus der Stiftung Naturschutzgeschichte 93

Jens Hoffmann
Zugänge in das Studienarchiv Umweltgeschichte 99

Neue Bücher

Kurth, H. & Köpf, E. U. 2017: Herbstwald – Spiegelung eines forstlichen Nachsommers (*Uwe Wegener*) 105

Brand, U. & Wissen, M. 2017: Imperiale Lebensweise. (*Jens Hoffmann*) 108

Wegener, U. 2017: Bewegte Zeiten in zwei Gesellschaftssystemen – Naturschutz im Wandel (*Dieter Wehrstedt*) 111

Blätter aus dem Naumann-Museum Heft 31 (2018) 113

Wer weiß etwas über eine Kullmann-Stiftung, gegründet 1911? 114

Studienarchiv Umweltgeschichte

– Archiv und Bibliothek –

Wir sammeln

Archivalien und Bibliotheksgut zur Umweltgeschichte der DDR und der ostdeutschen Bundesländer, speziell zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes und der Landnutzung

Wenn Sie …

… über Quellen und Dokumente zum Thema verfügen und sie nicht mehr benötigen oder die Zeugnisse Ihrer wissenschaftlichen, beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit auf den genannten Gebieten am richtigen Ort wissen wollen …

Werfen Sie nichts weg, sondern …

… regeln Sie, wo die Zeugnisse über Ihre Tätigkeit bleiben sollen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns:

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V.
an der Hochschule Neubrandenburg

Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg

Internet: www.iugr.net

Email: info@iugr.net

Telefon: 0395/5693-4500 oder -8201/-8202

Umwelt hat Geschichte!